



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Instruction
37/57

**Neue
Enthüllungen
über
Planung
Vorbereitung
und
Durchführung
des Putsches
in Chile
durch
ITT
CIA
NATO
BND**

Juli/August
Nr. 7-8/1974

Inhaltsverzeichnis:

AIB-Aktuell

Weiterer Ausbau der Achse
Bonn—Pretoria S. 3

Brasilien

AIB-Interview mit Miguel de Sousa
und Francisco Ferreira (1. Teil)
Das „Wirtschaftswunder“ und die
Macht der Latifundisten S. 4—9

Argentinien

Hans-Jörg Hennecke
Zwischen Fortschritt und Reaktion S. 10—15

Republik Südafrika

Rolle der Bantustans in der
Apartheidpolitik S. 16—20

Palästina

Wolfram Bröner
Ergebnisse der Palästinensischen
Nationalratstagung S. 21—22

Tagung des Palästinensischen
Nationalrates vom 1.—8. Juni 1974 S. 23

AAPSO

Peter Dietzel
Afro-Asiatische Völkersolidarität S. 24—25

Indien

Hintergründe der politischen und
wirtschaftlichen Entwicklung Indiens S. 26—30

Günter Ritter
Einschätzung der jüngsten Ereignisse S. 30—31

Chile

Dr. Julius Mader
„INSTRUCTION 37/57“
Neueste Enthüllungen über den Putsch
in Chile S. 32—43

Ligeia Balladares
Neruda kämpft an der Seite
seines Volkes S. 44

Kurzinformation

Chile-Solidarität / Irak / Iran-
Arabischer Golf / Südvietnam S. 45—48

IMPRESSUM:

Antiimperialistisches Informationsbulletin
Erscheint in der Weltkreis-Verlags GmbH,
46 Dortmund

Herausgeber: Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg,
Bernd Hartmann, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer,
Steffen Lehndorff, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling,
Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Christel Streubel,
Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Redaktionskollektiv: Gabi Bröner (presserechtlich
verantwortlich), Wolfram Bröner, Jutta von Frey-
berg, Barbara Schilling, Frank Werkmeister.

Anschrift der Redaktion: 355 Marburg/L.,
Liebigstr. 46, Tel. 0 64 21 / 2 46 72.
Postscheckkonto 312093-607 Pscr.A Frankfurt/M.,
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
46 Dortmund, Brüderweg 16.

Erscheinungsweise: monatlich

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung
von 2 Belegexemplaren gestattet.

Druck: W. J. Becker, Marburg

Neben Herausgebern und Redaktionsmitgliedern
beteiligten sich an der Arbeit für diese Nummer:
D. Fendt, S. Ibrahim, O. Jäckel, E. Jettka, D. Joe-
ster, U. Moser, G. Ritter, B. Schwiening.

Redaktionsschluß dieser Nummer: 19. 7. 1974

Bitte beachten Sie unsere Anzeigen und Beilage:

- Zeitschrift „Informationsdienst Südliches Afrika“
- Publikation des Weltkreis-Verlags „Adelante Argentinos!“
- Rezension der Schallplatte: „Meu Pais“ von Luis Cilia
- Aufruf zur Solidarität „Bleistifte, Schulhefte, Sportausrüstungen für Angola, Guinea-Bissau und Moçambique“

Bestellung

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Einzelpreis: 1,50 DM

Jahresabonnement: 15,00 DM einschl. Porto

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren
33% Ermäßigung

Bestellungen an:

Antiimperialistisches Informationsbulletin,
355 Marburg/L., Liebigstr. 46, Tel. 06421/24672.
Postscheckkonto 312093-607 PSchA Frankfurt/M.
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
46 Dortmund, Brüderweg 16.

Weiterer Ausbau der Achse Bonn-Pretoria

Am 1.5.1974 berichtete die Washington Post, daß die NATO seit über einem Jahr an geheimen Notstandsplänen für die Luft- und Seeverteidigung Südafrikas arbeitet. Die Ausweitung der "Verteidigungs"-planungen der NATO über den Wendekreis des Krebses hinaus sei durch die erfolgreichen Operationen der Befreiungsbewegungen in Moçambique, FRELIMO, ausgelöst worden. Die für die Planung zuständigen NATO-Gremien seien durch einen Befehl der Verteidigungsminister der NATO aktiv geworden. Die US-amerikanische Zeitung wies gleichfalls auf die strategischen Überlegungen hin, von denen sich die politische Führung der NATO und ihre Planungsstäbe bei ihren Tätigkeiten leiten ließen: "Unfreundliche schwarzafrikanische Regime in Moçambique und Angola" könnten die Stabilität Südafrikas gefährden und der damit zu befürchtende "Verlust des Zugangs zum südlichen Afrika kann die USA und die NATO-Staaten von den dort vorhandenen Rohstoffen ausschließen, die vom Uran und anderen strategischen Metallen bis zum Gold reichen."

Ähnlich berichteten britische und niederländische Zeitungen in der zweiten Maihälfte, die sich in ihren Darstellungen auf eine Studie stützten, die unter der Leitung des Oxforder Professors Sean Gervasi im Auftrage des Dekolonisationsausschusses der UNO fertiggestellt wurde. Diese Studie kommt zu dem Schluß, daß die NATO in Vorwegnahme der sich verschlechternden Position imperialistischer Interessen durch den Niedergang des portugiesischen Kolonialismus der militärischen Zusammenarbeit mit Südafrika in Zukunft ein stärkeres Gewicht einräumt. (Vgl. The Star, Johannesburg, 18.5.1974; Informationsdienst Südliches Afrika, Nr.6/1974, S.3)

Diese verstärkte Übertragung gesamtimperialistischer Sachwalterinteressen im südlichen Afrika auf den Militärapparat der Rassisten wird offenbar unter aktiver Beteiligung des derzeitigen Bundesverteidigungsministers Leber und unter politischer Verantwortung der sozialliberalen Bundesregierung betrieben. Im Rahmen dieser neuen NATO-Konzeption verstärken sich die militärischen Kontakte zwischen der RSA und der BRD. Vom 15. bis 19. März 1974 stattete das Schulschiff "Deutschland" der Bundesmarine dem Rassistenregime einen Besuch ab. Zum erstenmal seit 1938 lief damit ein Schiff der bundesdeutschen Marine einen südafrikanischen Marinestützpunkt an.

Offenbar nicht zuletzt durch westdeutsche Unterstützung ist es südafrikanischen Atomwissenschaftlern gelungen, ein ökonomischeres Verfahren zur Herstellung angereicherter Urans zu entwickeln. Nachdem das südafrikanische Atomforschungszentrum eine Durchführungsstudie zum Bau einer Urananreicherungsanlage positiv abgeschlossen hat, sind die südafrikanische Uranium Enrichment Corporation (UCOR) und die Atomenergiebehörde dazu übergegangen, die Wirtschaftlichkeit einer solchen umfangreichen Kapitalmittel erfordernden Produktionsstätte für Kernbrennstoffe zu prüfen, die als Rohstoffe für den Betrieb von Kernkraftwerken benötigt werden, aber auch als Grundstoffe für die Herstellung von Atomwaffen verwandt werden können.

Die Essener Steinkohlen-Elektrizitäts-AG (STEAG), als möglicher Abnehmer von Kernbrennstoffen, und die zu 90% in Bundesbesitz befindliche Gesellschaft für Kernforschung (Karlsruhe), die ein der südafrikanischen Methode vergleichbares Urananreicherungsverfahren entwickelt hat, sind mit Einwilligung des ehemaligen Forschungs- und Technologieministers Ehmke aufgrund vertraglicher Abmachungen mit der UCOR führend an der Prüfung der Wirtschaftlichkeit

des südafrikanischen Verfahrens beteiligt.

Für den Fall, daß diese Studie positiv ausgeht - und nichts spricht bisher dagegen - bemühen sich weitere bundesrepublikanische Unternehmen schon jetzt darum, in die als multinationale Kapitalgesellschaft projektierte Urananreicherungsanlage in Südafrika investieren zu können und an diesem 2 Milliardenprojekt mit profitablen Lieferaufträgen beteiligt zu sein.

Damit zeichnet sich erneut eine Entwicklung ab, die die westdeutschen Monopole als Investoren, Lieferanten von hochwertigen Kapitalausrüstungen und Beziehern von Kernbrennstoffen auf einem strategisch wichtigen Gebiet zu engen Geschäftspartnern der Rassisten werden läßt. Das Rassistenregime, dessen Energiebasis aufgrund des Mangels eigener Erdölvorkommen relativ schmal und daher gegen auf Abbau des Rassismus abzielende Boykottaktionen auf diesem Sektor empfindlich ist, wird mit dem Bau der projektierten Urananreicherungsanlage seine Position auf dem Energiesektor festigen können und selbst zum Exporteur hochwertiger Energierohstoffe werden.

Damit ist aber erwiesen: Diese kommerziellen Beziehungen der BRD-Monopole auf dem Energiesektor stärken das Rassistenregime gegen Druck von außen. Darüber hinaus wissen die südafrikanischen Rassisten spätestens seit dem Bekanntwerden der neuen NATO-Pläne, daß die Vertiefung solcher Beziehungen sich auszahlt. Die an Profit und Rohstoffen interessierten imperialistischen Geschäftspartner sind gegebenenfalls bereit, die Aufrechterhaltung des für sie profitablen Rassismus mit militärischen Mitteln zu gewährleisten.

Der ehemalige Bundeskanzler und SPD-Parteivorsitzende Willi Brandt hatte anlässlich des UN-Beitritts der BRD vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen dazu aufgerufen, "darum zu ringen, daß die Reste des Kolonialismus überwunden werden und jeder Rassismus geächtet wird."

Wenn Worte in der Politik einen Sinn haben, dann konnte das Völkerforum diesen Aufruf nur so verstehen, daß sich die Bundesregierung der sozialliberalen Koalition bemüht, die politischen, ökonomischen, kulturellen und militärischen Beziehungen der BRD zum Rassistenregime abzubauen.

Es ist aber offensichtlich, daß das Gegenteil geschieht. Mit höhrender Mißachtung übergeht die Bundesregierung das Rechtsempfinden des größten Teils der Menschheit.

Damit müssen die Beteuerungen des ehemaligen Bundeskanzlers Brandt als das genommen werden, was sie sind, nämlich bloße Beschwörungsformeln, die geeignet sind, das politische Mitwirken der sozialliberalen Regierung an der Festigung des Rassismus in Südafrika zu verschleiern.

Die Rassisten Südafrikas und ihre traditionellen westdeutschen Helfershelfer haben allen Grund zum Jubeln. Die Propaganda-Postille der südafrikanischen Rassisten für die BRD, die in Johannesburg herausgegeben "Afrika-Post" (Nr. 6/1973), kommt daher zu folgender Einschätzung: "Die politischen Beziehungen zwischen der BRD und Südafrika liegen ebenfalls recht günstig. Obwohl die Bundesrepublik von einer sozialliberalen Koalition regiert wird, bestehen von seiten des Kabinetts keine großen Hindernisse und Schwierigkeiten. Diese unter den sozialliberalen Parteien Europas einmalige Einstellung ist sogar freimütiger und konstruktiver in ihrem Ausdruck, als man es bei einigen konservativen Parteien und Regierungen findet."

Dem ist nichts mehr hinzuzufügen!

Brasilien

Ende Juni d.J. gewährten die beiden Repräsentanten der Kommunistischen Partei Brasiliens (PCB), Miguel de Sousa und Francisco Ferreira, der Redaktion des Antimperialistischen Informationsbulletins ein ausführliches Interview, dessen ersten Teil wir in dieser Nummer wiedergeben.

M. de Sousa und F. Ferreira geben zunächst eine Einschätzung des Regierungswechsels im März 1974. Die Frage nach dem sogenannten brasilianischen "Wirtschaftswunder" beantworten sie mit einer Reihe von grundlegenden Daten zur ökonomischen Entwicklung des Landes sowie zur sozialen Lage der Werktätigen. Daran schließt sich eine detaillierte Darstellung der brasilianischen Landwirtschaft, der Rolle der Latifundisten, der Situation der Landbevölkerung und ihres Widerstandskampfes an.

In den folgenden Teilen des Interviews, die wir in AIB Nr. 9 und 10/1974 veröffentlichen, schildern M. de Sousa und F. Ferreira u.a. den Aufschwung der antifaschistischen Widerstandsbewegung und die Expansionspolitik Brasiliens in Lateinamerika.

AIB Interview mit Miguel de Sousa

und Francisco Ferreira (1. Teil)

Das 'Wirtschaftswunder' und die Macht der Latifundisten

FRAGE: Im März 1974 wurde General Geisel zum neuen Staatsoberhaupt Brasiliens ernannt und in diesem Jahr begeht die brasilianische Diktatur ihren 10. Jahrestag. Bringen diese Ereignisse irgendwelche Veränderungen für das brasilianische Volk mit sich?

ANTWORT: Der Wechsel des Diktators in Brasilien bedeutet keineswegs eine Änderung des brasilianischen Regimes. Es handelt sich hier allein um eine Modifizierung der Regierenden, nicht etwa des Regimes.

Das Regime in Brasilien entwickelte sich in diesen 10 Jahren der Diktatur von einer reaktionären, bürgerlichen Diktatur zu einem Polizeistaat und schließlich zu einem faschistischen Staat. Dieser faschistische Staat errichtete in Brasilien einen gigantischen Unterdrückungsapparat, der heute den gesamten Staat und alle staatlichen Institutionen vollständig kontrolliert.

10 Jahre Diktatur haben das Leben der Industriearbeiter und aller Werktätigen sehr verändert. In diesem Zeitraum ist ihre Lebenssituation ungeheuerlich erschwert worden. Die Kaufkraft der Arbeiterschaft sank zusehends. Es vergrößern sich die Ernährungs-, Gesundheits-, Erziehungs-, Wohn- und andere Probleme.

Für einen kleinen Teil der Bevölkerung hat sich die Situation in den letzten 10 Jahren natürlich verbessert, nicht aber für die Gesamtheit der arbeitenden Menschen. Mit Sicherheit erwartet die brasilianische Bevölkerung keine wesentliche Veränderung der Situation unter diesem Regime. Im Gegenteil. Unter der augenblicklichen Regierung kann ihre Lage nur schwieriger werden.

Nach seinen eigenen Worten hält Regierungs-

chef Geisel die "Sicherheit" und die Repression in Brasilien für notwendig, um den derzeitigen wirtschaftlichen Zustand aufrecht zu erhalten, und er wird sicherlich nicht nur alle bisher eingesetzten Unterdrückungsmittel, sondern gegebenenfalls noch härtere anwenden.



Jagd auf Guerrilleros in Rio de Janeiro: „Niemand darf sich sicher fühlen“

Ich möchte noch einige konkrete Beispiele nennen, damit man eine bessere Vorstellung von dem erhält, was unter Geisel zu erwarten ist. Beim Wechsel der anderen brasilianischen Diktatoren gab es jedesmal eine gewisse Aussicht auf beschränkte politische Änderungen im Lande. Dazu sei bemerkt, daß in den 10 Jahren der Diktatur bereits vier Diktatoren ausgewechselt wurden, was ein Durchschnitt von

schen Öffnung" in Brasilien zu sprechen.

Aber schon die ersten Amtshandlungen Geisels bewiesen das Gegenteil.

Als man anfang, unaufhörlich von der "demokratischen Öffnung" zu sprechen, wurden z.B. in Sao Paulo ca. 30 Arbeiterführer verhaftet - die meisten waren Katholiken. Ein Teil von ihnen sitzt immer noch in den Gefängnissen. Fast alle wurden gefoltert. Es war eine Demonstration der Stärke des Unterdrückungsapparates in Brasilien, der mehr oder weniger unabhängig von der Regierung arbeitet.



Demonstration katholischer Priester in Brasilien

Ein anderes Beispiel ist der brasilianische Abgeordnete Francisco Pinto. Er hielt, als General Pinochet aus Chile anlässlich der Regierungsübernahme Geisels in Brasilien weilte, eine öffentliche Rede, in der er Pinochet bei seinem wahren Namen nannte: einen Mörder, einen Faschisten, dessen Anwesenheit zu verurteilen sei. Dieser Abgeordnete Francisco Pinto wurde von der Regierung angeklagt, verlor sein Mandat und kann sich an den nächsten Wahlen im November nicht beteiligen. Das sind zwei Beispiele, die die Aussichten unseres Volkes unter der Regierung Geisel aufzeigen.

An der Universität von Sao Paulo wurden unmittelbar nach Geisels Machtübernahme demonstrativ 30 Studentenführer festgenommen - ein weiteres Anzeichen dafür, daß diese Regierung die Repressionen fortzusetzen gedenkt.

Die Situation in Brasilien hat sich in der jüngsten Zeit politisch wie auch ökonomisch weiter verschärft.

FRAGE: In der BRD ist viel vom vorbildhaften wirtschaftlichen Aufschwung Brasiliens, vom sogenannten "Brasilianischen Wunder" die Rede.

Können Sie uns einige charakteristische Daten zur ökonomischen Entwicklung der letzten Jahre zur sozialen Lage der Masse der Bevölkerung nennen?

ANTWORT: Wenn man das sogenannte "Brasilianische Wirtschaftswunder" charakterisieren soll, muß man zunächst sagen, daß es in Brasilien keine wirtschaftliche Entwicklung gibt, sondern ein wirtschaftliches Wachstum. Das sind zwei verschiedene ökonomische Begriffe. Wirtschaftliche Entwicklung bedeutet eine Änderung der ökonomischen Struktur, während man ein wirtschaftliches Wachstum erreichen kann, ohne die Struktur des Landes wesentlich zu verändern. Und das, was im Augenblick in Brasilien geschieht, kann man nur wirtschaftliches Wachstum nennen.

Aufgrund dieses wirtschaftlichen Wachstums wurde in Brasilien und im Ausland eine ungeheure Propaganda über das "Brasilianische Wirtschaftswunder" angekurbelt. Die nordamerikanische Zeitschrift 'Newsweek' begann z.B. eine Sondernummer über Brasilien mit folgender Frage:

"Stimmt es, daß es das größte Wirtschaftswachstum der Welt in Deutschland und in Japan gibt?" "Gewiß!" "Falsch. Die Wirtschaft, die in der Welt den größten Aufschwung erlebt, ist die brasilianische."

Über das "Brasilianische Wunder" sind bereits viele Untersuchungen und viele Bücher geschrieben worden. Unserer Meinung nach handelt es sich aber um nichts anderes als um ein kapitalistisches Entwicklungsmodell, das auf einer besonders hohen Ausbeutung der Arbeiterklasse und auf dem Einsatz ausländischen Kapitals basiert. Brasilien verfügt über billige Arbeitskräfte und gewährt allen ausländischen Investoren Garantien. Unmittelbar nachdem die Militärdiktatur 1964 die Macht übernahm, wurde als erstes ein Gesetz aufgehoben, das die Rückführung der Profite ausländischer Firmen aus Brasilien begrenzt hatte. Und gleich darauf wurde ein Beschluß zur Sicherung ausländischer Investitionen erlassen. Von diesem Moment an begann eine violente Entnationalisierung der brasilianischen Wirtschaft. 1972 betrug die ausländischen Investitionen in Brasilien 318 Millionen Dollar. Diese Investitionen wuchsen von 1972 bis 1973 von 318 auf 900 Millionen; was bedeutet, daß sie sich verdreifacht haben. Es gab sozusagen einen Massenzustrom von Dollars, die die brasilianische Wirtschaft auch benötigt, um ihre augenblickliche Funktionsweise aufrechtzuerhalten. Um diesen Aufschwung der ausländischen Kapitalinvestitionen zu ermöglichen, wurde der Cruzeiro stark abgewertet.

Das Wirtschaftswachstum stützt sich darauf, daß die Auslandsverschuldung ständig steigt,



Laut Überseerundschau Nr. 3/1974 erreichten die westdeutschen Privatinvestitionen Ende 1973 in Brasilien 2 Mrd DM.

das heißt: Brasilien exportiert weniger, als es einführt. Um diese Importe zu bezahlen und um das Wachstum der ausländischen Industrien in Brasilien zu fördern, muß das Land Auslandsschulden machen. Zur Zeit beträgt die Auslandsverschuldung Brasiliens ungefähr 13 Milliarden Dollar. Die Geldreserven des Landes dienen zur Abzahlung der Zinsen und zum Ausgleich der Entwertung der brasilianischen Währung. Ein Teil des undosiert zufließenden Fremdkapitals, das nicht direkt investiert werden kann, wird (von brasilianischer Seite, d.Red.) wiederum im Ausland eingesetzt. Natürlich werden mit diesem Kapital geringere Profite erzielt, als Zinsen bezahlt werden müssen. Eine alte Weisheit besagt, daß man für geborgtes Geld mehr zurückerstatten muß, als man gewinnen kann. So werden auch die Geldreserven Brasiliens zu einem Faktor, der die Inflation beschleunigt.

Um einen besseren Einblick in die Entnationalisierung der brasilianischen Wirtschaft zu vermitteln, möchte ich einige Daten anführen.

Im übrigen ist es heute sehr schwierig, an Zahlenmaterial über ausländische Industrieanlagen in Brasilien heranzukommen. In Brasilien selbst gibt es keine Veröffentlichungen mehr über die Herkunft des im Lande investierten Kapitals. Die zuverlässigsten Zahlen, über die wir verfügen, stammen aus dem Jahre 1968.

1968 kontrollierte das ausländische Kapital in Brasilien:

- 44,2% der Bekleidungs- und Textilindustrie,
- 87,7% der pharmazeutischen Industrie,
- 60,1% der chemischen,
- 56,1% der Maschinenindustrie,
- 17,8% des Bergbaus und der Eisenverhüttung,
- 67,9% der Elektroindustrie,
- 91,7% der Automobilindustrie,
- 16,6% der Erdölproduktion (einschließlich der Nebenprodukte), und
- 44% der Metallindustrie.

Dies zeigt, daß die dynamischen Zweige der brasilianischen Industrie vom ausländischen Kapital beherrscht werden. Das Kapital, das den größten Einfluß in Brasilien ausübt, kommt natürlich aus den USA. Von den hundert größten ausländischen Firmen, die es 1972 in Brasilien gab, waren 37 US-amerikanische, 12 kamen aus der BRD und die restlichen waren auf 15 andere Länder verteilt.

Um die Auslandsverschuldung zu verdeutlichen, möchten wir noch anführen, daß jeder vom Ausland zwischen 1967 und 1970 als Kredit gewährte Dollar eine Realverschuldung von 1,8 Dollar bedeutete. Mit jedem Dollar erhöhten sich die Schulden um 1,8 Dollar. Um diese

Schulden bezahlen zu können und um im Ausland mit den brasilianischen Produkten konkurrenzfähig zu bleiben, mußte man zu einer, wie sie es nennen, 'Produktivitätssteigerung' kommen. Es wurden weniger Arbeitskräfte in den Betrieben beschäftigt, um so die Ausgaben für die Löhne zu senken. So wurde auch das Realeinkommen der Arbeiter in den 10 Jahren der Diktatur um 30% verringert. Zugleich nahmen die Erziehungs- und Gesundheitsprobleme im Lande zu. In dem am weitesten entwickelten Bundesland, in Sao Paulo, ist z.B. die Kindersterblichkeit in den Jahren der Diktatur gewachsen. In Lateinamerika gibt es heute nur in Haiti eine größere Kindersterblichkeitsquote als in Brasilien.

Die Politik des sogenannten "Wirtschaftswunders", die das Wachstum einiger Sektoren der brasilianischen Wirtschaft bewirkte, beruht auf einer größeren Ausbeutung der Arbeiterklasse und verringert mehr und mehr deren Einkommen.

Die Gewinne wurden in den Händen einer kleinen Bevölkerungsschicht konzentriert. Wir möchten in diesem Zusammenhang MacNamara, den Präsidenten der Weltbank, zitieren, sicherlich in diesem Falle eine völlig 'unverdächtige' Quelle. Er bestätigte, daß die Beteiligung am Nationaleinkommen des ärmsten Teils der Bevölkerung, d.h. von 40%, von 10% 1960 auf 8% 1970 gesunken ist. Der reichste Teil der Bevölkerung, d.h. 5%, vergrößerte im selben Zeitraum seinen Anteil am Nationaleinkommen von 29% auf 30%. Das ist das wahre Gesicht des "Brasilianischen Wirtschaftswunders".

In den 10 Jahren der Diktatur sank im Verhältnis zum Bevölkerungswachstum die Lebensmittelproduktion um 0,8%, die Textilindustrie um 2,5%. Aber die Produktion der Automobilindustrie stieg in dieser Periode um 11,7%. Das heißt: Brasilien produziert heute nur für einen kleinen Teil der Bevölkerung, und das "Wirtschaftswunder" gereicht allein zum Nutzen dieser kleinen Schicht.



Hunderttausende Landarbeiter verlassen jährlich den brasilianischen Nordosten, um in den Industriezentren des Südens Arbeit zu suchen. Ihre Hoffnung ist jedoch oft vergebens. Sie vermehren das Heer der Arbeitslosen und Armen, die in Not und Elend vegetieren.

Es wurden in den letzten Jahren schon die verschiedensten Mechanismen angewandt, um dem ständigen Preisanstieg Einhalt zu gebieten. Aber besonders in diesem Jahr zeigt sich, daß die Diktatur nicht in der Lage ist, diese Preisbewegung aufzuhalten. Durch das Wachstum der Bevölkerung ist ein Teil lebensnotwendiger Nahrungsmittel prozentual gesunken. Dadurch stiegen die Preise in diesem Jahr so stark an, daß man das Problem der Inflation immer nachdrücklicher diskutiert. Die Inflationsentwicklung wird durch die Erhöhung der Ölpreise noch verstärkt, da Brasilien mehr als 70% seines Erdölverbrauchs importieren muß.

FRAGE: Während über die Industrieproduktion Brasiliens viel publiziert wird, existieren über die Entwicklung des Agrarsektors und die Klassenstruktur auf dem Lande nur sehr spärliche Informationen. Welche Bedeutung kommt der Agrarproduktion in der brasilianischen Wirtschaft zu? Welche Eigentumsverhältnisse sind vorherrschend? Über welche ökonomischen und politischen Machtpositionen verfügen die Latifundisten?

ANTWORT: In der Agrarproduktion gab es nur ein geringes Wachstum. Während der Anteil des Industriesektors am Nationaleinkommen zwischen 1960 und 1970 um 43,41% gestiegen ist, erhöhte sich der Anteil des Agrarsektors nur um 14,17%.

Aber dennoch bleibt der Agrarsektor für Brasilien die Hauptdevisenquelle. Nach wie vor sorgen hauptsächlich Kaffee, dann Zucker, So-

ja und Kakao zusammen mit anderen landwirtschaftlichen Produkten für die Devisen, die auch wirklich im Lande bleiben.

Die Industrieexporte entfallen fast ausschließlich auf ausländische Unternehmen. Brasilien dient lediglich als Basis des Imperialismus, der hier möglichst billig produziert und die Waren dann ebenso billig exportiert.

Der Agrarsektor aber bleibt in Brasilien in seinen längst überholten Formen verhaftet. Er ist der rückständigste Bereich der Wirtschaft. Der von ihm abhängige Bevölkerungsteil leidet unter den größten und schwerwiegendsten Problemen Brasiliens. Die Klassenstruktur hat sich unverändert erhalten, d.h. die Macht der Latifundisten blieb auf dem Lande unangetastet; sie können immer noch ihr Repressionsystem gegenüber den Bauern und den Landarbeitern aufrechterhalten.

Es beginnen sich landwirtschaftliche Betriebe auf dem Lande zu entwickeln, die bemüht sind, kapitalistische Methoden einzuführen. Sie machen bereits einen großen Teil der agrarischen Produktion aus. So erhöht sich auch die Bedeutung der Lohnarbeit auf dem brasilianischen Agrarsektor; ja eigentlich ist sie heute schon vorherrschend.

Auch das ausländische Kapital engagiert sich in der Landwirtschaft, besonders im Bundesland Amazonas. Im Gebiet des Amazonasbeckens entstehen große, auf Fleischproduktion spezialisierte Farmen. Übrigens wurden kürzlich Investitionen aus der BRD in derartige landwirtschaftliche Betriebe vorgenommen. Das 'Norddeutsche Fleischkontor' hat Investitionen von über drei Milliarden DM getätigt, um am Amazonas in den nächsten drei Jahren 300 000 Tonnen Fleisch für die Europäische Gemeinschaft (EG) zu produzieren. Einige der ausländischen Betriebe eigneten sich Landstriche an, die größer sind als das Territorium manches europäischen Landes. Das ausländische Kapital kauft das Land zu Spottpreisen und wendet praktisch Sklavenhaltermethoden an. Die Arbeiter werden im wahrsten Sinne des Wortes - besonders im Nordosten Brasiliens - gekauft und in das Amazonasgebiet gebracht. Man zwingt sie solange zu arbeiten, bis die Ausgaben, die für ihren Ankauf gemacht wurden, wieder gedeckt sind. Erinnerung sei an einen Fall, als 1970 ein Journalist der brasilianischen Zeitschrift 'Realidade' in den Nordosten reiste und dort zwei Arbeiter kaufte. Er brachte sie mit einem Vertrag und den Quittungen nach Sao Paulo. Das ist eine in diesen Gebieten übliche Form der Sklavenarbeit.

FRAGE: Die Bewunderer des brasilianischen "Modells" sprachen wiederholt von einer sogenannten "Landreform" des Regimes. Worum handelt es sich hier tatsächlich? Wie sieht die Lage und die Organisiertheit der Landarbeiter und armen Bauern aus? Gibt es nennenswerte Widerstandsaktivitäten auf dem Lande?

ANTWORT: Im vergangenen Jahr besuchte Präsident Medici mit einem nordamerikanischen Industriellen einen dieser landwirtschaftlichen Großbetriebe. Dabei kam es zu einer spontanen Aktion der Arbeiter: Etwa 2 000 Landarbeiter hatten auf Handtücher Parolen wie 'Wir wollen Freiheit' und 'Wir wollen bessere Löhne' geschrieben. Als die beiden Besucher ankamen, erhoben alle ihre Tücher, und es kam zu einer Protestaktion, die im ganzen Lande bekannt wurde. Gleich darauf wurde mehr Polizei eingesetzt, um die Situation in diesen Gebieten besser zu kontrollieren.

Von einer Agrarreform unter der Diktatur kann nicht die Rede sein. Es ist kein Land an Bauern verteilt worden und auch sonst nichts geschehen, was als "Landreform" zu bezeichnen wäre. Viel wurde von dem Versuch der Kolonisierung entlang der Straße 'Transamazonica' gesprochen, aber vor kurzem hat das Landwirtschaftsministerium selbst eine Studie veröffentlicht, die diesen Versuch als gescheitert wertete. Natürlich brachte das eine Reihe von sozialen Problemen für die Leute mit sich, die sich bereits dort angesiedelt hatten. Die niedrigsten Löhne Brasiliens werden auf dem Lande gezahlt. Auch die Analphabetenquote ist dort am höchsten. Die Hoffnung auf eine Lösung dieser Probleme ist sehr gering. Trotzdem erlebte die Gewerkschaftsbewegung auf dem Lande einen ziemlichen Aufschwung. Die Gewerkschaften auf dem Lande wurden reorganisiert. Ihre Zahl ist sogar gestiegen. So spitzt sich der Konflikt, besonders im Amazonasgebiet, zwischen Bauern und den Großgrundbesitzern zu. 1972 und 1973 gab es 109 offene Auseinandersetzungen auf dem Lande, bei denen 40 Bauern ermordet wurden. Das ereignete sich hauptsächlich in den Bundesländern Para, Amazonas und Mato Grosso, aber auch im Süden, in Paraná und São Paulo, wo es bereits zu Kämpfen zwischen den Bauern und der Armee gekommen ist. Augenblicklich gibt es in Brasilien mehr als 1 500 Gewerkschaften auf dem Lande. Sie werden politisch hauptsächlich von der katholischen Kirche unterstützt, die eine wichtige Arbeit auf dem Lande leistet. Noch immer sind es die Latifundisten, die das Bild der Landwirtschaft in Brasilien bestimmen. Der größte Teil der Großgrundbesitzer sind Brazilianer, aber es fällt heute bereits

schwer zu differenzieren, wo ausländisches Kapital steckt, wie und wo der Latifundist auch in der Industrie investiert und inwiefern dadurch auch ausländisches Kapital gleichzeitig mit Industrie und Landwirtschaft verflochten ist. Ob ökonomisch an ausländisches Kapital gebunden oder nicht, in jedem Fall unterstützen die Großgrundbesitzer die Militärdiktatur Brasiliens politisch.

FRAGE: Wie sieht die politische Einflußnahme der Latifundisten in Brasilien aus? Können Sie das anhand eines Vergleiches mit anderen Staaten Lateinamerikas - etwa Uruguays, dessen Diktator Bordaberry ja selbst Großgrundbesitzer ist- illustrieren?

ANTWORT: Mit Uruguay läßt sich der Einfluß der Latifundisten in Brasilien nicht vergleichen. Politisch unterscheiden sich Brasilien und Uruguay, und auch wirtschaftlich ist Brasilien nicht wie Uruguay, das fast ausschließlich auf Fleischproduktion ausgerichtet ist - abhängig von einem Produkt, das die gesamte nationale Wirtschaft beherrscht. So gibt es in Brasilien auch keinen Großgrundbesitzer als Präsidenten. In Brasilien wird die Regierung von Militärs gebildet, die den Faschismus stützen. Es gibt auch keine faschistische Partei in Brasilien. Die Streitkräfte stellen alle wichtigen Repräsentanten des Faschismus. Es gibt aber auch im sogenannten Parlament und besonders im Senat Großgrundbesitzer; z.B. war der letzte Landwirtschaftsminister ein großer Latifundist. Der heutige Minister ist ein Technokrat, der die politischen Interessen der Großgrundbesitzer verteidigt; die Probleme auf dem Lande nimmt er nur im Hinblick auf Produktionsverbesserung und profitablere Kommerzialisierung in Angriff. Damit also die augenblicklichen Herrschaftsverhältnisse bestehen bleiben, nehmen Großgrundbesitzer durch von ihnen bestellte Kandidaten auf die Politik des Landes Einfluß. Da sie zum Teil auch als Kapitalisten in der Industrie auftreten, haben sie so die Möglichkeit, ihre Kontrolle über das Land auszuüben. Das Auftreten dieser Latifundisten hat sich in Brasilien in den letzten Jahren sehr verändert. Sie sind nicht mehr die folkloristischen Großgrundbesitzer des traditionellen Lateinamerika, die rauhbeinig, mit lockerer Pistole über ihre Besitzungen ritten. Der größte Teil von ihnen hat die besten Universitäten besucht, spricht mehrere Sprachen und bildet sich ständig weiter - was der besseren Machtausübung der Großgrundbesitzerklasse dient.

Argentinien

Hans-Jörg Hennecke

Zwischen Fortschritt und Reaktion

Vom 3. bis 7. Juli d.J. war der Chefredakteur der Jugendzeitschrift "elan", Hans-Jörg Hennecke, als Vertreter der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend Gast des 10. Kongresses der Kommunistischen Jugend Argentiniens, der nach 28 Jahren wieder legal und in aller Öffentlichkeit tagen konnte.

Hans-Jörg Hennecke schildert in dem folgenden Bericht die Eindrücke seiner Reise und erläutert insbesondere die Kämpfe der fortschrittlichen Jugend Argentiniens und die Widersprüchlichkeit der peronistischen Bewegung.

2. Juni 1974. Gespannt erwarten an diesem Sonntag die argentinische Jugend und breite politische Kräfte des Landes ein Ereignis größter Bedeutung: Nach 28 Jahren Illegalität kann der Kommunistische Jugendverband Argentiniens (FJC) am nächsten Morgen in aller Öffentlichkeit seinen 10. Kongreß eröffnen.

Durch die Straßen der Hauptstadt Buenos Aires ziehen Malkolonnen der FJC und popularisieren das Ereignis.

18 Uhr: An der Papelera Argentina bemalen drei Jugendliche die Mauern des Werkes "Ader 500". Unter ihnen der Delegierte für den 10. Kongreß der Kommunistischen Jugend, Ruben Poggioni, 19 Jahre alt. Langsam fährt ein schwarzer Peugeot 404 an der Malkolonne vorbei, wendet und hält direkt neben den Jugendlichen.

Die Insassen des Fahrzeugs: zwei Männer zwischen 30 und 40 sowie ein Kind. Der Beifahrer verläßt das Fahrzeug und richtet nach Art argentinischer Polizisten seinen Browning in die Luft. Ruben Poggioni und seine Freunde denken in diesem Moment an drei Genossen der sozialistischen Jugend, die wenige Tage zuvor von faschistischen Mördern erschossen wurden. Während nun auch der Fahrer des Peugeots aussteigt, laufen Ruben und sein Freund Jorge Ramos, 20 Jahre alt, um ihr Leben. Gezielt schießen die beiden Männer auf die Flüchtenden. Während Jorge trotz eines Streifschusses am Bein weiterlaufen kann, bricht Ruben Poggioni unter den Kugeln zusammen. Der dritte der FJC-Malkolonnen war stehengeblieben. Die Mörder zwingen ihn, sich mit dem Gesicht zur Mauer zu stellen. Frage des einen: "Sollen wir den auch umbringen?"

Antwort: "Los, lauf weg."

Ohne Eile steigen die Mörder in ihren Wagen und fahren davon. Schnell besorgen zu Hilfe geholte Genossen einen Krankenwagen für den noch lebenden Ruben. Doch auf dem Operationstisch des Spitals kommt jede Hilfe zu spät. Ruben Poggioni, Jungkommunist aus der Zone Nord von Buenos Aires, ist tot. Einer von vie-



Nach 28 Jahren Illegalität konnte der 10. Kongreß der Kommunistischen Jugend Argentiniens wieder legal und in aller Öffentlichkeit tagen.

len, die unter den Kugeln faschistischer Mörder in Argentinien starben.

Die Polizei der Hauptstadt nimmt ein Protokoll auf. Gelangweilt wie nach einem Handtaschenraub. Rubens Freunde bieten eine Skizze von den Mördern an. Die Policia Argentina zeigt sich uninteressiert.

Der Terror in Argentinien ist allgegenwärtig. Politische Morde machen kaum noch Schlagzeilen. Sie sind so häufig, daß sich die Zeitungen meist mit Kurzmeldungen begnügen.

Im argentinischen Bundesparlament spreche ich darüber mit Dr. Sandler. Er ist Universitätsprofessor, Abgeordneter der APR (Revolutionäre Volksallianz - ein Bündnis von Kommunisten, Linksliberalen, Christen und Volksfortschrittlichen).

"Es gibt keinen Zweifel, daß die Regierung Peron von einer großen Mehrheit gewählt wurde. Wir kämpfen gemeinsam mit der Regierung für die vollkommene Unabhängigkeit des Landes. Das ist nicht einfach. Die Kräfte der Militärdiktatur und des Faschismus, die das Land jahrelang gelenkt haben, geben nicht plötzlich auf. Sie provozieren und schüren den physischen Terror gegen Linksgruppen. Hinzu kommen ähnliche Manöver wie in Chile vor dem faschistischen Putsch. Industriegüter werden zurückgehalten, um die Bevölkerung unzufrieden zu machen. Dabei muß man den Prozeß unserer Befreiung auch im Zusammenhang mit der Einkreisung unseres Landes sehen. Alle unsere Nachbarstaaten werden von faschistischen Diktaturen beherrscht: Chile, Bolivien, Brasilien, Paraguay, Uruguay."

Der Prozeß der Befreiung Argentinien begann im März 1973 mit dem Wahlsieg des Peronisten Dr. Campora. Campora erzwang damit die Möglichkeit für eine Kandidatur des im Exil lebenden früheren argentinischen Präsidenten, General Juan Domingo Peron. Alle fortschrittlichen Kräfte unterstützten den Mann, dessen Name zum Symbol für viele Argentinier geworden war. Denn Peron versprach: Demokratie im Innern, soziale Gerechtigkeit und eine anti-imperialistische Außenpolitik.

Was von den Versprechungen in die Tat umgesetzt wurde, enttäuscht heute breite Massen auch unter den Peronisten. Sicher, die politischen Parteien der Linken sind legal, zu den sozialistischen Ländern nahm Argentinien politische und wirtschaftliche Beziehungen auf - aber: Die Macht der Monopole und Großgrundbesitzer blieb unangetastet. Der Staatsapparat aus der Zeit der Diktatur wurde praktisch vollständig übernommen. Viele Versprechungen Perons blieben uneingelöst - und die Gefahr eines faschistischen Putsches wächst. Gerade jetzt, nach seinem Tod. Die peronistische Bewegung (Justizialistische Partei) ist heillos zerstritten. Sie stellt eine Sammlungsbewegung unterschiedlichster politischer



Juan Peron zusammen mit seiner Frau Isabel, die nach dem Tod des Generals Präsidentin von Argentinien wurde.

Kräfte dar, von der sozialistisch orientierten Peronistischen Jugend bis zum Rechtsbürgertum.

„Die heile Welt ist vertikal“

Seit 30 Jahren kursiert eine Unmenge von Definitionen, die den Peronismus in einem Wort erklären möchten. Tatsache ist jedenfalls, daß der Peronismus eine kleinbürgerliche Ideologie ist. Und daß er heute, auch nach Perons Tod, den letzten Versuch der Herrschenden Argentinien darstellt, das Land weitgehend nach bürgerlich-demokratischen Vorstellungen zu regieren.

Warum der letzte Versuch? Natürlich konnten weder Peron noch seine Anhänger nach dem Wahlsieg 1973 dort fortfahren, wo sie im September 1955 aufhören mußten. Die Wandlungen auf dieser Welt sind an Argentinien nicht spurlos vorübergegangen. Und auch die peronistische Bewegung ist nicht mehr das, was sie 18 Jahre

zuvor einmal war. Das Bewußtsein der breiten Massen hat sich in den Kämpfen gegen die Militärdiktatur enorm entwickelt. Wo anfangs oftmals blinder Glaube an den "Lider" (Führer) stand, etablierte sich Selbstvertrauen und Klassenbewußtsein. Argentiniens Arbeiter von heute sind keine Nachbeter eines Führers. Das gilt auch für die, die sich zum Peronismus bekennen. Und das macht es auch für die Rechtsperonisten so schwer, die gesamte Bewegung in den Griff zu bekommen.

Anachronistisch für das heutige Argentinien ist auch die innere Struktur der Justzialistischen Partei. Denn trotz des offiziellen Einschwörens auf bürgerlich-demokratische Normen, ist die peronistische Bewegung im Innern nach wie vor eine autoritäre Glaubensgemeinschaft.

Vertikalismus heißt das Prinzip. Und das bedeutet: Keine Meinungsbildung von unten nach oben, sondern der Führer bestimmt in allen entscheidenden Fragen. Der Vertikalismus ist eines der Glaubensbekenntnisse der peronistischen Bewegung. Er machte die Bewegung für den Führer auch aus dem Ausland lenkbar und ermöglichte, daß trotz der Veränderung im Bewußtsein der peronistischen Massen die Alten der Bewegung im Sattel blieben. Das gilt in besonderem Maße für die einflußreichen Führer der großen peronistischen Gewerkschaften.

Gewerkschaften – Gangster und Gewehre

Das Ford-Automobilwerk in Buenos Aires zählt zu den größten Industriebetrieben Argentiniens. 8.000 Arbeiter produzieren hier Kraftfahrzeuge. Wie in allen anderen Betrieben sollen auch bei Ford betriebliche Gewerkschaftsleitungen die Interessen der organisierten Arbeiterschaft wahrnehmen. Entsprechend den Vorschriften hatten sie sich im Frühjahr 1974 neu zur Wahl zu stellen.

Die alteingesessene Gewerkschaftsführungsgruppe bei Ford stand wegen ihres Paktierens mit der Betriebsleitung längst im Zielfeuer der Kritik. Opportunismus und Korruption waren die Vorwürfe, und jedem war klar, daß die Wahlen eine Veränderung bringen müßten. Doch der Vertikalismus rettete die unternehmerfrommen Gewerkschaftsbürokraten. Ihre Wahlliste, von ihnen allein festgesetzt und vorgeschlagen, stand bei der Wahl schließlich als einzige auf dem Stimmzettel. Der Versuch, demokratische Gewerkschaftslisten ins Spiel zu bringen, wurde mit der Entlassung von Kandidaten oder Revolverschüssen vereitelt.

Was bei Ford praktiziert wurde, ist nicht nur für die Masse der Industriebetriebe gängige Praxis. Auch in den Gewerkschaftsführungen wird so verfahren. Von Demokratie keine Spur. "Vandorismus" wird das Spiel der Ge-



Demonstration der peronistischen Jugend vor dem Kongreßpalast in Buenos Aires

werkschaftsbürokratie genannt, nach dem Namen eines Gewerkschaftsführers, der diesen Stil vor Jahrzehnten einführte. Die Führungsmethoden in den meisten argentinischen Gewerkschaften erinnern lebhaft an frühere Beispiele einzelner US-Gewerkschaften. Um ihre Herrschaft zu erhalten, beschäftigen manche Gewerkschaftsführer des argentinischen Gewerkschaftsdachverbandes CGT ganze Heerschaaren von Bewaffneten. Ihnen wird nachgesagt und manchmal auch nachgewiesen, daß sie alle Versuche zur Einführung gewerkschaftlicher Demokratie mit dem Gewehr beantworten. Und schon mancher, der mutig für die Veränderung der vertikalen Gewerkschaftsstruktur eintrat, wurde an entlegenen Plätzen tot aufgefunden.

Nur einige kleine Gewerkschaften unter den ca. 100 CGT-Mitgliedsverbänden sind bisher von den Demokraten erobert worden. Die demokratischen Gewerkschafter haben sich in einer informellen Gruppe zusammengeschlossen, die unter dem Namen Intersyndical-Bewegung wachsendes Ansehen gewinnt.

„Laßt uns Millionen sein, damit sie zurückkommt!“

Das Phänomen des Peronismus ist kaum begreifbar ohne seine Mythen. Legenden ranken sich besonders um die erste Frau Juan Perons, um die 1952 verstorbene Evita Peron, Legenden werden entstehen um den im Juni d.J. verstorbenen General.

Angesichts ihres Todes versprach Evita ihren Millionen Anhängern, daß sie zurückkehren werde und zwar:

"Ich werde in Millionen von Euch zurückkommen".

Dieses Wort ist fast zum Programm geworden. In Universitäten und Schulen, an Betrieben, Bretterzäunen und Zeitungskiosken prangen Evita-Poster mit eben diesem Spruch. Und ein weiteres Poster wurde von der Peronistischen Jugend gewissermaßen als Antwort mit einem neuen Text hinzugefügt: "Laßt uns Millionen sein, damit sie zurückkommt." Während Isabel Peron, die zweite Frau Juan Perons, die nach dem Tod des Generals Präsidentin von Argentinien wurde, dem Rechtsperonismus zugeordnet werden muß, ist Evita 22 Jahre nach ihrem Tod immer noch das Idol der Linken. Zu den politischen Forderungen der Peronistischen Jungmädchen-Bewegung, der "Gruppierung Evita", gehört z.B. die Rückführung des mumifizierten Leichnams Evita Perons nach Argentinien.

Und die militante Organisation der Peronistischen Jugend, "Montoneros", versichert, "Evita wäre Montonero, würde sie heute noch le-

ben". Bis zum Tod des Generals war der Jubelruf gängig "Peron, Evita", wenn sich der "Lider" mit seiner zweiten Frau und Vizepräsidentin Isabel auf Kundgebungen zeigte. Was nicht bedeuten sollte, daß Isabel das Ansehen einer zweiten Evita erlangt hätte.

Eine Regierung sucht ein Programm

Als der Militärdiktator Lanusse Ende 1972 Präsidentschaftswahlen ausschreiben ließ, erklärte er unverblümt die Absichten der Reaktionen:

"Die kommende konstitutionelle Periode wird eine vorübergehende sein, weil keine einzige Partei unter diesen Voraussetzungen allein handeln kann und deshalb müssen wir lernen, uns der Demokratie zu bedienen."

Die Veränderungen in Argentinien sollten also nur scheinbar sein. Und die Justizialistische Partei kam den Vorstellungen des Diktators insofern entgegen, als sie praktisch über kein konkretes Programm verfügte. Erst im Verlaufe des Wahlkampfes und unter dem Druck der eigenen Anhänger wurde eine Anzahl von Versprechungen formuliert, die im wesentlichen folgendes beinhalten:

Massive Lohnerhöhung, Mindestlohn und gleitende Lohnskala, Maßnahmen zur Beendigung der Arbeitslosigkeit, Verstaatlichung der Banken, Verstaatlichung des Außenhandels, Einfuhrsperre für Güter, die im Lande selbst produziert werden, Schutz der nationalen Industrie, Aufhebung der Sondergesetze und Sondergerichte, Amnestie für die politischen Gefangenen, Herstellung von Verbindungen mit Kuba, Vietnam und Nordkorea, Handel ohne ideologische Barrieren, endgültige Beseitigung des Großgrundbesitzes und Durchführung einer Bodenreform, Rücknahme der Eisenbahnen durch den Staat, Bodenschätze, Wasserfälle und Gas sind unveräußerliches Eigentum der Nation, Hochschulautonomie, Aufhebung der Unterdrückungsgesetzgebung einschließlich des Antikommunistengesetzes.

Mit der Parole "Gegen Abhängigkeit, für Befreiung" warben die Justizialisten um die Gunst der Wähler. Außerhalb der Justizialistischen Partei und ihrer Verbündeten wird der Gehalt der Wahlversprechen auch von der bürgerlich-radikalen Partei und der Revolutionären Volksallianz unterstützt. 80% der Argentinier, die das Programm unterstützten, verlangen heute die strikte Einlösung der Wahlversprechen.

Die FREJULI hat viele Stühle

Im argentinischen Bundesparlament beraten und beschließen seit März 1973 wieder gewählte Abgeordnete. Entsprechend dem Wahlergebnis stellen die Justizialisten die Mehrheit. Die



Losungen der Peronistischen Jugend.
Der Autor des Artikels, Hans-Jörg Hennecke in Buenos Aires

Justizialisten, die sich im argentinischen Bundesparlament und in den Provinzparlamenten mit der Christlichen Volkspartei und anderen Gruppen zusammengeschlossen haben, treten nur unter ihrem Bündnisnamen "Frente Justicialista Libertador", d.h. Justizialistische Befreiungsfront, auf. Von den 243 Abgeordneten gehören 125 zum FREJULI-Block, 43 Abgeordnete stellt die Bürgerlich-Radikale Partei, 12 die Revolutionäre Volksallianz, der Rest verteilt sich auf kleine Gruppen und Regionalparteien. Die Widersprüche der peronistischen Bewegung spiegeln sich selbstverständlich auch in der FREJULI-Fraktion wider. Bis Anfang 1974 waren in ihr sowohl Jungperonisten als auch Vertreter der Gewerkschaftsbürokratie und der Unternehmer vertreten. Aufgrund des entschiedenen jungperonistischen Widerstandes gegen das neue Strafgesetzbuch (Codigo Penal) wurden zehn ihrer Abgeordneten aus der Fraktion ausgestoßen.

Doch viele Jungperonisten haben trotz aller Enttäuschungen noch Hoffnungen in den Peronismus.

Juan Fernandez gehört zu den führenden Jungperonisten in der Gewerkschaftsbewegung. Meine Frage an ihn: Warum bist du Peronist?

"In den 18 Jahren, wo Peron fort war, haben wir den Kampf um seine Rückkehr geführt, damit er eine Befreiungs-Regierung bildet. Dafür haben wir im Gefängnis der Diktatur ge-

essen, sind gefoltert worden. Nun, die Rückkehr gelang. Aber wir sehen jetzt, daß die Regierung ihre Versprechungen nicht einhält. Die Staatsbeamten aus der Diktaturzeit wurden übernommen. Ebenso die Polizisten, die damals unsere eigenen Leute gefoltert haben, und das heute schon wieder tun.

Nach einem Jahr Volksstaat sehen wir, daß der Prozeß der Befreiung nicht den richtigen Weg geht. Er wird verhindert durch imperialistische Kräfte, die auch in der Regierung sitzen. Das wollten wir am 1.Mai dem Präsidenten Peron

sagen. Denn er hatte uns versprochen, mit dem Volk zu reden. Und am 1.Mai zu fragen, ob die Regierung gut war. Wir gingen also zur Mai-kundgebung auf der Plaza del Mayo, um zu sagen: Die Regierung war nicht gut.

Aber der Präsident hat das Gespräch mit dem Volk nicht geführt. Er hat uns beleidigt. Deshalb sind wir vom Platz gegangen.

Trotzdem bleiben wir Peronisten. Weil wir glauben, daß der Peronismus die Bewegung der Arbeiterklasse ist, daß er antiimperialistisch und revolutionär ist. Wir Jungperonisten glauben, daß wir in diesem Moment die Geschichte des Peronismus weiterführen. Wir kämpfen in der Partei, um alle Verräter herauszuschmeißen, um den Staat wieder dem Volk zu geben und die Revolution zu machen.

Wir haben nicht mit dem General gebrochen. Peron ist der größte Führer der Bewegung. Aber es gibt derzeit Meinungsverschiedenheiten. Wir sind der revolutionäre Sektor der Partei und die revolutionäre Zukunft des Peronismus.

Widersprüchlich wie die Peronistische Bewegung ist auch die Politik des Generals. Freundschaftlich empfing er uns zum Gespräch: die Führung des Kommunistischen Jugendverbands Argentiniens und die ausländischen Gäste des Kongresses. Peron erklärte:

"Wir haben ... eine ideologische und politische Theorie für unser Land ausgearbeitet. Einzig und allein für unser Land, jedoch ohne Forderungen nach Vorherrschaft oder nach Vorteilen für irgend jemand. Wir haben den Imperialismus, der die Erde stets beherrscht hat, selbst erfahren und glauben, daß die Grundlage für die Lösung gerade in der Beseitigung des Imperialismus liegt. Wir haben die Arme geöffnet für alle Menschen, die den Frieden und die Einigkeit unter den Menschen lieben, die den Weg beschreiten wollen, den wir fortzufahren entschlossen sind, in der unmittelbaren und fernen Zukunft. Aus diesem Grunde, meine Herren, möchte ich Ihnen sagen, daß Sie herzlich willkommen sind in diesem Lande und daß Sie willkommen sind, weil wir wissen, daß Sie Menschen sind, die für den Frieden eintreten. ... Sie sind Menschen des Friedens, Menschen mit Ideen, die den unseren gleichen und folglich haben wir in diesem Land Schluß gemacht mit den ideologischen Grenzen, die der Imperialismus unserer Republik stets auferlegt hat. ...

Die Organisationen der Jugend, die die Herren der Zukunft sind, müssen sich stärken und vorbereiten. Zu viele Fehler haben wir gemacht, wir - die Alten, aber wir hinterlassen große Erfahrungen, die die Jugend nutzen sollte. Deswegen glaube ich, daß die Entwicklung der Aktivitäten der Kommunistischen Jugend dieser Welt, in dem sie eine internationale Organisation schaffte, meine völlige und absolute Zustimmung verdient."

Peronismus ohne Peron

Rängeleien und Intrigen um die Nachfolge des Generals in Staat und Bewegung sind so alt wie der Peronismus selbst. Als der 78jährige ins Land und an die Macht zurückkehrte, begann das Intrigenspiel hinter den Kulissen in aller Schärfe. Peronismus ohne Peron - das war kalkuliert und vorbereitet, noch ehe der Leichnam des Generals am 1. Juli 1974 im Parlamentsgebäude aufgebahrt wurde.

Daß entsprechend der Verfassung die Vizepräsidentin ins höchste Amt des Staates aufrückt, war Formsache. Die entscheidende Frage heißt: Wie lange wird sie regieren, oder wer wird in ihrem Schatten der eigentliche Machthaber sein? Die Kämpfe um die wirkliche Nachfolge des Generals sind in vollem Gange. Klar ist dabei: Auch Zwischenentscheidungen täuschen nicht darüber hinweg, daß es nun keine Persönlichkeit mehr gibt, die die widersprüchliche Bewegung des Peronismus zusammenhalten kann. Das einzige, was sie alle eint, ist nur noch der Name des toten Generals und die peronistische Vergangenheit, die für viele jedoch erst 1973 begann. Die Jungperonisten zitieren wieder Evita: "Der Peronismus ist entweder revolutionär, oder er ist nichts." Und sie ziehen für sich die Schlußfolgerung: Wir sind der revolutionäre Sektor der Partei und die revolutionäre Zukunft des Peronismus. Wir kämpfen in der Partei, um alle Verräter rauszuschmeißen.

Wer aus der peronistischen Bewegung herausgeschmissen wird oder ob sie sich selbst in

ihre Einzelteile auflöst, wird die Zukunft erweisen.

Den Peronismus ohne Peron möchten die etablierten Peronisten jedenfalls reaktionär gestalten.

Der Mythos Peron hat unabhängig von einer fortschrittlichen oder reaktionären Entwicklung Argentiniens große Überlebenschancen. Die unterschiedlichen Kräfte machen sich nun daran, ihre jeweiligen Vorstellungen mit dem Namen Perons zu schmücken.

Die Rechten sind am Drücker. Und unter den Linken erkennen immer mehr, daß der Peronismus nicht revolutionär ist und zumindest letztlich unvereinbar mit ihren Vorstellungen von einem sozialistischen Vaterland. Schon bei den Trauerfeierlichkeiten für Peron verzichtete die Peronistische Jugend auf den zuvor allgemein verbindlichen Slogan "Für das peronistische Vaterland", sie antwortete mit dem Ruf "Für das sozialistische Vaterland". Die Erben Perons sehen der Realität ins Auge.

Hans-Jörg Hennecke

Adelante Argentinos!

H.-J. Hennecke schildert in seinem Buch die komplizierte Situation Argentiniens und den Kampf seiner Jugend.

Er war zu Gast bei General Peron - drei Wochen vor seinem Tode; führte Gespräche mit zahlreichen Politikern, Gewerkschaftern, Jugendverbandsfunktionären, Jungarbeitern, Studenten und Schülern.

Das ergibt das Porträt eines Landes, mit dem sich große Hoffnungen verbinden.

ADELANTE ARGENTINOS !

Herausgegeben vom Bundesvorstand der SDAJ. 140 S., Preis: 5,80 DM zuzüglich Porto bei Bestellungen bis 4 Exemplaren.

Ein Sonderpreis von 4,- DM kann bei Voreinzahlung auf das Weltkreis-Verlags-Postscheckkonto Dortmund 278669 - 460 gewährt werden.

Zu bestellen bei:

Weltkreis-Verlags GmbH

46 Dortmund

Brüderweg 16

Republik Südafrika

Der im folgenden abgedruckte Text gibt eine Diskussion wieder, die die Mitglieder des Zentralkomitees der Südafrikanischen Kommunistischen Partei über einen Bericht des Parteivorsitzenden, Dr. Y. Dadoo, zu den gegenwärtigen Aufgaben und Problemen des nationalen Befreiungskampfes geführt haben. Die Schwerpunkte der Diskussion beziehen sich auf

- die Versuche des weißen Regimes, die nationale Befreiungsbewegung durch die Förderung und Korruption einer afrikanischen Mittelschicht - vor allem in den Bantustans und mit Hilfe ihrer Führer - zu spalten,
- die Differenzen, die hinsichtlich taktischer Fragen im Lager der Weißen entstanden sind,
- die Entwicklung der Massenkämpfe der afrikanischen Arbeiter und die Stärkung des Befreiungskampfes.

Mit Rücksicht auf den illegalen Status der Südafrikanischen Kommunistischen Partei können die Namen der Diskussionsteilnehmer, die innerhalb der Gewerkschaftsbewegung, der nationalen Befreiungsbewegung und ihrer militärischen Organisation, Umkonto we Sizwe, führende Kräfte repräsentieren, nicht genannt werden.

Aus Platzgründen war es nicht möglich, die Diskussion im vollen Umfang wiederzugeben. Die Auslassungen im Text betreffen ausschließlich die unmittelbaren Bezugnahmen auf den Bericht von Y. Dadoo und stellen keine inhaltlichen Kürzungen dar.

Rolle der Bantustans in der Apartheidpolitik

Genosse A:

"In der letzten Zeit haben sich im Lager der Weißen viele Differenzen gezeigt, deren Bedeutung wir zwar nicht überbewerten sollten, da sie nicht Ausdruck grundlegender antagonistischer Widersprüche sind; dennoch sind diese Differenzen von Wichtigkeit, denen wir einige Aufmerksamkeit schenken müssen. Hierfür können als Beispiele gelten: die Spannungen innerhalb der United Party (UP)¹⁾, die sich in der kürzlichen Spaltung zwischen Steyn und Schwartz²⁾ manifestieren; ein vorsichtiges Abrücken der Politik der brutalen Demonstration weißer Herrschaft und viel Gerede über die sogenannte 'kleine Apartheid'³⁾. Die Anzeichen für Differenzen im Lager der Weißen beinhalten aber auch gewisse Gefahren für die Befreiungsbewegung, da in der letzten Zeit bisweilen Versuche unternommen wurden, reformistische Elemente innerhalb der schwarzen Bevölkerung für Kompromisse bei Reformen zu gewinnen. Es gab viele Anzeichen für eine zunehmende Verständigung zwischen der United Party, den Progressiven⁴⁾ und gewissen Bantustan-Führern. Wir müssen uns die grundlegende Frage stellen, ob hier nicht erste Ansätze für eine Annäherung zwischen der afrikanischen Mittelklasse und der weißen Bourgeoisie entstehen, die den Kampf verhindern und die Dauer der weißen Herrschaft verlängern soll. In dieser Hinsicht stellt die Politik der 'Aufweicheung' eine Gefahr dar.

In den Bantustans besteht die Gefahr, daß eine Mittelklasse heranwächst, die ihren Vorteil in der separaten Entwicklung suchen und diesen zu verteidigen suchen wird. Diese Elemente liebäugeln mit den Progressiven und der

UP. Es ist bezeichnend, daß bei den jüngsten Wahlen im Transkei die Mehrzahl der Kandidaten der Nationalen Unabhängigkeitspartei Transkeis sich zusammensetzte aus pensionierten Lehrern, Geschäftsleuten etc. Es wird immer deutlicher, daß die weiße Regierung diese Gruppe als potentiellen Verbündeten betrachtet und daß viele nur zu bereitwillig sich in eine Front gegen die Kommunisten einreihen werden.

Ein weiterer bedeutender Faktor ist die Tatsache, daß das Vorster-Regime in zunehmendem Maße anerkennt, daß Afrikaner, Inder und Farbige stärker in Polizei und Armee vertreten sein müssen. Um ihnen wenigstens den Anschein von Anerkennung im System der weißen Herrschaft vorzuspiegeln und um ihre Zusammenarbeit gegen die Befreiungstreitkräfte aufrechtzuerhalten, können wir damit rechnen, daß ihnen in nebensächlichen Bereichen immer mehr Konzessionen gemacht werden."

Genosse A zur Bedeutung des Anwachsens multinationaler Gesellschaften und zur Gefahr, die diese Gesellschaften auch noch nach der Unabhängigkeit darstellen werden:

"Wir sind uns alle der ständigen Bedrohung bewußt, die diese Gesellschaften für das ganze unabhängige Afrika darstellen, und wissen, auf welche Weise sie Afrikas Entschluß, die wahre Befreiung zu unterstützen, zu untergraben versuchen. Wir sollten diese Gefahr stärker als bisher herausstellen.

Über die Streikbewegung zu Beginn des Jahres 1973 (...) müssen [wir] berichten, daß unsere Partei und die nationale Befreiungsbewegung - trotz ihrer einfallsreichen Arbeit, die an der Entwicklung der Unruhen Anteil hatte -

nicht fähig waren, aus den Unruhen den größten Vorteil zu ziehen und sich rasch und wirkungsvoll an die Spitze der Bewegung zu stellen. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit, unseren illegalen Apparat noch weiter auszudehnen und auszubreiten. Wir wissen natürlich, daß es Absprachen zur Zusammenarbeit gab, aber viele Ereignisse haben sich spontan entwickelt. Die Stärke des schwarzen Proletariats hat gewisse Kreise der imperialistischen Welt aufmerksam gemacht. Der Besuch der britischen TUC⁵⁾-Delegation verweist auf die Tendenz, das Potential des schwarzen Proletariats für eigene Zwecke zu nutzen und es in reformistische Bahnen zu lenken. Wir müssen davor auf der Hut sein. Diese Entwicklung bestätigt die Tatsache, daß es zu den dringendsten Aufgaben der gesamten Befreiungsbewegung gehört, unsere Präsenz in der Bevölkerung zu intensivieren und die legitime Gewerkschaftsorganisation des unterdrückten Volkes - SACTU⁶⁾ - zu stärken.

In den Bantustans müssen wir unsere Anwesenheit deutlicher spürbar machen und besser in der Lage sein, den Menschen bei Wahlen Hilfestellung zu leisten und sie generell gegen die Bantustan-Politik der Regierung zu mobi-

lisieren.(...) Angesichts der zunehmenden Diskussion über eine südafrikanische Föderation und die indirekte Anerkennung einer dauerhaften Teilung dürfen wir die Gefahren der Herausbildung verschiedener Nationalismen nicht überschätzen. Wir müssen wirkungsvollere Slogans ausarbeiten, um diesen Tendenzen beizukommen. (...)

Wir müssen stärker als je zuvor das Konzept eines einheitlichen Südafrika, das auf den Prinzipien der Freiheits-Charta⁷⁾ basiert, in der Bevölkerung populär machen."

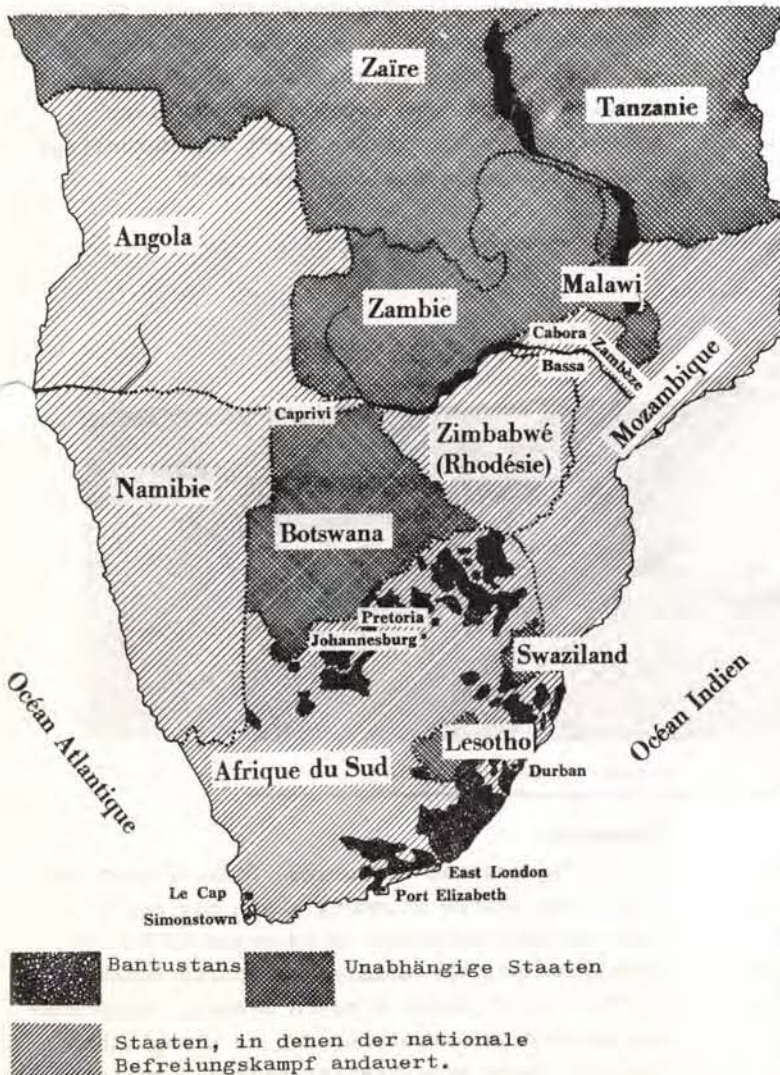
Genosse B:

"Die Bantustan-Führer schaden dem Kampf. Einige sprechen sehr richtig über die Probleme der Bevölkerung. Aber schließlich kommen sie immer wieder darauf zurück, daß die Belange der Bevölkerung in den Händen derjenigen belassen werden sollen, die von der Regierung als ihre Vertreter ausgewählt worden sind. Ich stimme zu, daß ein Mann wie Buthelezi⁸⁾ kein "Onkel Tom"⁹⁾ ist. Er hat sich nicht nur bei den Zulus, sondern bei einem großen Teil der Bevölkerung Südafrikas Respekt erworben. Es ist kaum anzunehmen, daß ein solcher Mann auf ungerechte Kompromisse eingehen würde, wenn er unter dem Druck der Bevölkerung steht. Wir (...) dürfen uns nicht davor scheuen, die Führer der Bantustans offen zu kritisieren, wenn sie eine Politik betreiben, die den Kampf untergräbt."

Genosse C:

"Wir müssen der politischen und ideologischen Arbeit mehr Aufmerksamkeit als bisher schenken.

Im Land findet eine "Vietnamisierung" statt. Die herrschende Klasse ist bestrebt, diesen Prozeß der "Vietnamisierung" auf die schwarze Mittelklasse zu stützen, weil sie weiß, daß diese einen reformistischen Weg einschlagen wird - einen Weg gegen die Beteiligung der Volksmassen bei der Lösung der Probleme des Landes, einen Weg der Mutlosigkeit, der die bewaffnete Auseinandersetzung fürchtet. Diese Mittelklasse bildet sich aus Staatsbeamten, Polizeioffizieren, Richtern, Händlern usw. heraus. (...) Das Bantustan-Konzept zu akzeptieren, hieße eine Lösung zugunsten der weißen Minderheitsregierung bejahen. Ähnliche Prozesse sind in den Städten zu beobachten. Zum Beispiel hat Punt Janson, der Minister für Bantu-Verwaltung, kürzlich auf einer Versammlung die Veränderung der Lebensbedingungen für die Schwarzen in den Städten in Aussicht gestellt, wenn sie mit der Regierung zusammenarbeiten. Im Bereich der Gewerk-



schaften ist es ein erklärtes Ziel der Regierung, das von der TUCSA¹⁰⁾ und von reformistischen Elementen aus dem Ausland unterstützt wird, zu gewährleisten, daß jede Gewerkschaftsbewegung unter den schwarzen Arbeitern im Interesse des weißen Staatsapparats manipuliert werden kann. Auch hier werden Afrikaner dazu benutzt, die Rolle der Weißen zu spielen. Die gleiche Tendenz zeigt sich gegenwärtig im Sport, wo die Regierung einige Afrikaner dazu benutzt, um die Isolation, in der sich Südafrika befindet, aufzubrechen. Ein weiteres Indiz für diesen Prozeß ist die Aktivität von ASSECA¹¹⁾, die mit Gruppen in den USA Kontakt aufgenommen hat und sich für eine allmähliche Entwicklung der Rechte [der Schwarzen] einsetzt. Auf diese Art und Weise versucht die Regierung, auf breiter Ebene unter den Afrikanern Sprecher für die Apartheid zu finden. Gleichzeitig scheint es eine stärker werdende Strömung innerhalb der Politik der Weißen zu geben, die öffentlich die Möglichkeit eines Kurswechsels diskutiert und auf diese Weise versucht, Afrikaner eng an politische Organisationen der Weißen anzuschließen. Zum Beispiel wurde auf dem letzten UP-Kongreß in Frage gestellt, ob eine Weiterführung der traditionellen "weißen Herrschaft" klug sei, und es wurde immer wieder von der Notwendigkeit gesprochen, die Macht mit der schwarzen Bevölkerung zu teilen. Die in der Öffentlichkeit stark beachtete Konferenz über Föderalismus in East London¹²⁾, wurde von

versuchen, mit Teilen der afrikanischen Bevölkerung Übereinkünfte zu treffen. Einigen Afrikanern wird möglicherweise eine bessere gesellschaftliche Stellung gewährt werden, damit sie motiviert sind, das System entschiedener zu verteidigen. Kurz gesagt, all dies zeigt die verzweifelten Anstrengungen im weißen Lager, eine Alternative zu der wahren nationalen Befreiungsbewegung zu finden und die Kontrolle über die soziale und wirtschaftliche Struktur des Landes zu behalten. Es unterstreicht die Bedeutung der Rolle der Arbeiterklasse und ihres politischen Ausdrucks innerhalb des nationalen Befreiungskampfes. Unsere Partei hat eine besondere Aufgabe und wird in Anbetracht der Prozesse, die sich auf ökonomischer Ebene abspielen, eine immer größere Bedeutung erlangen. Die Tendenz zur Monopolisierung wächst und wird auf die Politik des Landes eine spürbare Wirkung haben. In allen Wirtschaftsbereichen konzentriert sich die schwarze Arbeiterklasse in größeren Gruppen.

Mehr und mehr weiße Arbeiter werden aus dem eigentlichen Produktionsprozeß herausgezogen und übernehmen Aufsichtsfunktionen. Diese Entwicklung verstärkt die Bedeutung der afrikanischen Arbeiterklasse für qualifizierte Arbeit. Sie ist dadurch weniger leicht entbehrlich und ersetzbar. Die Stabilität der Arbeiterklasse wird erhöht, so daß diese wichtigste revolutionäre Kraft für zukünftige Kämpfe eine neue Qualität gewinnt."



Hütten der afrikanischen Bevölkerung in den Bantustans

Sprechern der Progressive Party beherrscht. Es wird in zunehmendem Maße von einer Reform der Paßgesetze gesprochen und - so durch Regierungssprecher wie Janson - von der Notwendigkeit, die Afrikaner für eine Zusammenarbeit mit den Weißen zu gewinnen.

Alle diese Tendenzen hängen mit dem Niveau der Massenkämpfe zusammen. Je härter der Kampf ist, desto schneller werden die Weißen

Genosse D:

(...) "In unseren bisherigen Diskussionen hat sich eine starke Stimmung gegen die Rolle, die von den Bantustan-Führern gespielt wird, breitgemacht. Wir sollten uns durch solche Gefühle nicht daran hindern lassen, Vorgehensweisen herauszuarbeiten, die es ermöglichen, uns mit ihnen auseinanderzusetzen, ohne sie ins feindliche Lager zu stoßen. Natürlich

müssen wir die wahre Bedeutung ihrer negativen Äußerungen klarstellen. Aber wann immer wir mit ihren Äußerungen übereinstimmen, sollten wir sie unterstützen und den Weg für eine echte Lösung weisen. Wir dürfen nicht die Möglichkeit übersehen, daß sich einige von ihnen unter veränderten Bedingungen hinter die Massen stellen könnten.

Genosse A hat Recht, wenn er die dringende Notwendigkeit betont, die Freiheits-Charta zu popularisieren. Wir müssen daran denken, daß eine neue Generation herangewachsen ist, die, bedingt durch die Illegalität der nationalen Befreiungsbewegung, nicht in vollem Maße die Möglichkeit hat, die Politik der Befreiungsbewegung kennenzulernen. Ich stimme mit der Einschätzung überein, daß die Regierung versucht, unser Volk zu "vietnamisieren". Es wird eine Mittelklasse aufgebaut, die als Puffer dienen soll. Die Versuche, eine Zusammenarbeit zwischen der Regierung und Teilen der schwarzen Bevölkerung zu erreichen, beschränken sich nicht allein auf Südafrika. Vor kurzem haben die Portugiesen in ihren Kolonien ähnliche Maßnahmen durchgeführt, einschließlich der Einrichtung von strategischen Dörfern (Aldeamentos). Die einzige Antwort darauf ist die Mobilisierung der Massen. (...)

Gibt es Aussichten, die Weißen für unsere Sache zu gewinnen? (...) [Es besteht die] Notwendigkeit, aus der Spaltung der Weißen Nutzen zu ziehen und - mit angemessener Vorsicht - diejenigen weißen Demokraten für uns zu gewinnen, die bereit sind, sich an die Seite der nationalen Befreiungsbewegung zu stellen. Ich bin der Überzeugung, daß für unseren Kampf eine Situation von Vorteil wäre, in der die Zwistigkeiten im weißen Lager für unsere Zwecke nutzbar gemacht werden können. Wir müssen die Tür für alle Kräfte offen halten, die bereit sind, mit uns zusammenzuarbeiten. Während unsere Politik im Kontext des Kampfes der Afrikaner klar ist, sollten wir nicht die Bedeutung der unterdrückten Minderheiten unterschätzen. Wir beobachteten einen Bruch in der weißen Moral unmittelbar nach den Sharpeville¹³⁾-Unruhen.

Wir sollten in unserer Propaganda deutlich machen, daß diejenigen, die nicht gegen uns sind, sich auf unsere Seite stellen können und daß die Türen allen offen bleiben, die der weißen Herrschaft keine Unterstützung mehr gewähren wollen. Wir dürfen natürlich nicht von der antiquierten "Viel-Rassenpolitik" reden. Wenn die Macht des Volkes sich behauptet, wird es viele im Feindeslager geben, die zu schwanken beginnen; und es ist wichtig, ihnen das Gefühl zu geben, daß sie in einem wahrhaft demokratischen Land eine



Bergarbeiterstreik - Zeichnung eines afrikanischen Künstlers

Zukunft haben können."

Genosse F:

Die TUCSA ermuntert reformistische Gruppen außerhalb Südafrikas zur Mithilfe bei der "Organisierung" der schwarzen Arbeiter. Im Augenblick muß unsere Haltung zu den Betriebskomitees eindeutig sein: sie sollen die Aufmerksamkeit von der dringenden Notwendigkeit, richtige Gewerkschaften aufzubauen, ablenken.

Ich stimme im ganzen mit den Ausführungen überein, die über die Bantustans gemacht wurden. Einer der größten Dienste, die die Bantustan-Führer der Regierung erweisen, ist vielleicht die Tatsache, daß sie sich für die Werbung von ausländischen Investitionen in Südafrika und in den Bantustans selbst benutzen lassen. Wir wissen, daß Südafrika ohne eine starke Wirtschaft nicht das wäre, was es ist, und daß die politische Unterdrückung immer intensiver wurde, je stärker sich die Wirtschaft entwickelte. Natürlich sind wir nicht gegen wirtschaftliche Entwicklung, aber wir müssen immer wirksamer die Theorie entlarven, daß irgendeine wirtschaftliche Entwicklung an sich schon zu einer fundamentalen Änderung führen wird.

Es ist wichtig, die gegenwärtige Konfrontation zwischen den Bantustan-Führern und der Regierung anlässlich der Forderung nach mehr Land für die Bantustans in eine viel grundsätzlichere Forderung umzuwandeln und nicht auf sogenannte traditionelle Gebiete zu beschränken."

Genosse H:

"Wir hatten es lange mit deklassierten Elementen zu tun, die darauf abgerichtet waren, mit dem Feind zu kollaborieren. Es gibt dafür auch heute noch Beispiele in den portugiesischen Kolonien. Wir sollten deshalb auf der Hut vor der verräterischen Rolle sein, die solche Kollaborateure spielen können. Dennoch bin ich der Meinung, daß es eine Übertreibung ist, von "Vietnamisierung" in dem Sinn zu sprechen, daß versucht würde, eine Marionette vom Typ Thieus aufzubauen. Der weiße Staat kann aufgrund seiner Natur nicht genügend anbieten, um die verschiedenen sozialen Schichten innerhalb der afrikanischen Bevölkerung zu zuverlässigen Verbündeten zu machen. In Vietnam gab es eine starke einheimische Bourgeoisie und die Imperialisten hatten eine soziale Basis. Ohne jede Selbstgefälligkeit glaube ich nicht, daß es je zu einer wirklich bedeutsamen Allianz zwischen der weißen Bourgeoisie und der schwarzen Mittelschicht kommen kann. Ich bezweifle sogar, daß sie Unterstützung von den Führern bekommen würden. Das heißt nicht, daß wir nicht auf der Hut sein müssen. Die Gefahr besteht darin, daß die Massen von solchen Elementen verwirrt werden können. In unserer Haltung gegenüber den Bantustan-Führern müssen wir darauf achten, nicht zu sektiererisch zu werden und sie mit unseren eigenen strengen Maßstäben zu messen. Wir, als Teil der Befreiungsbewegung, vertreten einen

revolutionären Standpunkt und können mit dem weißen Staat nicht über den richtigen vorwärtsweisenden Weg feilschen. Aber wir müssen die ideologischen Grenzen der Bantustan-Führer sehen, die dazu führen, daß sie in einer Anzahl wichtiger Punkte widersprüchliche Positionen einnehmen. Die Tatsache, daß sie an einem Tag die Freilassung von Gefangenen fordern und am nächsten Tag ausländische Investitionen in Südafrika unterstützen, macht ihren Mangel an logischem Denkvermögen deutlich. Dies ist ein Zeichen ideologischer Konfusion.

Die große Debatte, die jetzt - unter Kontrolle - begonnen hat, ist ein hoffnungsvolles Zeichen und hilft mit, die Unruhe zu erhalten, die Südafrika seit den letzten Jahren zu spüren bekommt.

Es ist die Aufgabe unserer Bewegung, sich mit einigen der gutwilligeren Bantustan-Führern auseinanderzusetzen und zu versuchen, sie zu überzeugen.

Wir dürfen nicht unterschätzen, daß Südafrika von der allgemeinen internationalen Wirtschaftskrise mitbeeinträchtigt ist. Dieselben Ursachen, die zu den Streiks von Anfang 1973 geführt haben, werden 1974 und in den folgenden Jahren vielleicht noch schärfere Wirkungen zeigen. Wir müssen in unserer Propaganda mehr auf die wirtschaftlichen Fragen eingehen, die die Arbeiter betreffen, auf Arbeitslosigkeit und die endlosen Inflationsraten."

(Quelle: The African Communist, No 57, Second Quarter 1974, London, S. 25-33)

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) UP - United Party repräsentiert vor allem die englischsprachigen Industriekapitalisten.
- 2) Schwartz vertritt innerhalb der UP hinsichtlich der Apartheid-Politik pragmatische Positionen, die im Interesse der Stabilität der ökonomischen Herrschaftspositionen auf die rigidesten Formen des Rassismus verzichten wollen (Gegner der 'Petty' Apartheid). Steyn trat aus Protest gegen diese Haltung zur National Party über.
- 3) "Petty Apartheid" - kleine Apartheid, die sich in den alltäglichen Diskriminierungsvorschriften und -maßnahmen äußert, z.B. für Schwarze und Weiße getrennte Omnibusse, Parkbänke, Restaurants etc.
- 4) Progressive Party - Partei des intellektuellen Mittelstands, die für die Aufrechterhaltung des bestehenden ökonomischen Systems die Mittel der bürgerlich-parlamentarischen Herrschaft vorzieht und daher auch gegen die brutalsten Formen des Rassismus ist.
- 5) TUC - britische Dachgewerkschaft
- 6) SACTU - South African Congress of Trade Unions (Südafrikanischer Gewerkschaftskongreß) ist die illegale, nicht-rassistische Gewerkschaftsorganisation Südafrikas.
- 7) Die Freiheits-Charta wurde am 26.6.1955 vom "Kongreß des Volkes" verabschiedet.

Sie enthält die demokratischen "Freiheitsforderungen" aller Schichten der südafrikanischen Bevölkerung, der Afrikaner, Inder, Farbigen und Weißen. Vgl. AIB Nr. 6-7/1971.

- 8) Buthelezi - Führer des Bantustans Zululand
- 9) Onkel Tom - Titelgestalt des amerikanischen Romans "Onkel Toms Hütte", die für die südafrikanischen und nordamerikanischen schwarzen Freiheitskämpfer als Symbol des unterwürfigen schwarzen Lakaien gilt.
- 10) TUCSA - Trade Union Council of South Africa - 'weißer' Gewerkschaftsverband Südafrikas
- 11) ASSECA - Association for the Educational and Cultural Advancement of the African People (Gesellschaft für die kulturelle Entwicklung des afrikanischen Volkes)
- 12) East London - Hafenstadt an der südöstlichen Küste Südafrikas
- 13) Sharpeville - Am 31. März 1960 verursachte die südafrikanische Polizei als Reaktion auf eine gewaltlose Demonstration gegen die Paßgesetze ein blutiges Massaker, als sie mit Maschinengewehren gegen die Demonstranten vorging (80 Tote, 200 Schwerverletzte). Als Antwort auf dieses Massaker rief der ANC zu einem eintägigen Generalstreik am 28.4.1960 auf.

Palästina

Wolfram Brönner

Ergebnisse der Palästinensischen Nationalratstagung

Am 8. Juni 1974 endete in Kairo die 12. Tagung des Palästinensischen Nationalrates, des höchsten Organs der "Palästinensischen Befreiungsfront" (PLO). Kahled Al Fahm, der Vorsitzende des Nationalrates, bezeichnete diese Tagung als "die wichtigste in der Geschichte der palästinensischen Widerstandsbewegung".

Das im Ergebnis des Oktoberkrieges 1973 veränderte Kräfteverhältnis im Nahen Osten, der Beginn der Genfer Nahostfriedenskonferenz, das Zustandekommen des syrisch-israelischen Truppentrennungsabkommens u.a.m. eröffneten neue Möglichkeiten sowohl zur Durchsetzung des vollständigen Abzugs Israels aus allen 1967 okkupierten Gebieten als auch für die Wiederherstellung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes. Die unmittelbar bevorstehende 2. Phase der Genfer Nahostfriedenskonferenz erforderte daher zwingend die Erarbeitung eines einheitlichen, aktualisierten politischen Standpunktes der PLO. Die zentralen Fragen nach der Haltung der PLO zur Genfer Konferenz und zu einer möglichen palästinensischen (Teil-)Staatsgründung beherrschten auch die Debatten der 151 Delegierten des Nationalrates.

Die Bedeutung des „Etappenprogramms“

Außerordentliche Bedeutung gewinnt in dieser Situation die Formulierung konkreter Übergangs bzw. Zwischenschritte der PLO für eine gerechte und dauerhafte politische Lösung der Palästinafrage.

Yasser Arafat, seit 1969 Vorsitzender des Exekutivkomitees der PLO, legte auf der Kairoer Tagung ein entsprechendes Arbeitspapier vor, das eine palästinensische Teilnahme an der Genfer Konferenz offenhält und das die Errichtung einer staatlichen palästinensischen Verwaltung in jedem von Israel geräumten Teilgebiet anvisiert. Dieses nachfolgend in vollem Wortlaut wiedergegebene "Politische Etappenprogramm" wurde von den Delegierten der Nationalratstagung mit überwältigender Mehrheit angenommen, und zwar entgegen der vom 'linken' Flügel des palästinensischen Widerstandes, der "Volksfront" (FPLP) um Georges



Kämpfer der PLO auf dem Weg in ihre Stellung

Habasch, geforderten Ablehnung jeglicher Verhandlungen und politischer Lösungswege. Während in den früheren programmatischen Dokumenten der PLO lediglich von dem utopischen Ziel eines einheitlichen arabisch-jüdischen Staates die Rede war, kommt die in Punkt 2 des "Etappenprogramms" genannte Forderung der Orientierung auf die Errichtung zunächst eines eigenen palästinensisch-arabischen Staates nahe.

Yasser Arafat erklärte auf der Kairoer Tagung, er sei bereit, die PLO auf der Genfer Nahostfriedenskonferenz zu vertreten, sofern er entsprechende Vollmachten erhalte. Allerdings macht die PLO ihre Teilnahme in Genf von einer prinzipiellen, in Punkt 1 des "Etappenprogramms" benannten Voraussetzung abhängig: Die Sache der Palästinenser müsse als eine politische Frage, als eine Frage der Herstellung der legitimen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes behandelt werden. Sie dürfe hingegen nicht, wie in der UNO-Resolution Nr. 242 von 1967, auf eine Erörterung des sogenannten "Flüchtlingsproblems" hinauslaufen.

Yasser Arafat bestätigt

Mit Yasser Arafat stellt die stärkste Organisation des palästinensischen Widerstandes,

die Al Fatah, wiederum den Vorsitzenden des von 9 auf 14 Mitglieder erweiterten Exekutivkomitees der Palästinensischen Befreiungsfront (PLO). Diesem gehören neben der Al Fatah folgende bewaffnete Widerstandsgruppen an: die der syrischen Baath-Partei nahestehende "Al Saika", die von Najef Hawatmeh geführte "Demokratische Volksfront" (FDPLP), die mit der irakischen Baath-Partei verbundene "Arabische Befreiungsfront" (ALF), die von den Kommunistischen Parteien Jordaniens, Syriens, des Libanon und des Irak getragene "Al Ansar" sowie erstmals auch 3 Repräsentanten der "Palästinensischen Nationalen Front" aus den okkupierten Gebieten Westjordanien und des Gazastreifens.

Aussagen der „Politischen Deklaration“

In einer einstimmig verabschiedeten "Politischen Deklaration" stellt der Nationalrat fest, daß sich seit seiner letzten Tagung im Januar 1973 wesentliche Veränderungen im Nahen Osten ergaben.

Dabei handele es sich um "Entwicklungen und Ereignisse, von denen der Oktoberkrieg und seine Folgen die wichtigsten waren, denn sie erhöhten das Ansehen und die Rolle der arabischen Nation. Sie waren ein Schritt auf dem Wege zur Zerschlagung des zionistisch-imperialistischen feindlichen Lagers".

Als weitere neue Faktoren nennt die Deklaration: Die gesteigerten palästinensischen Massenaktivitäten "innerhalb und außerhalb der besetzten Gebiete, die, nachdem die Basen der Palästinensischen Nationalen Front sich in den besetzten Gebieten vergrößerten und nachdem die PLO ihre politischen Aktivitäten erweiterte... neue und bedeutende Dimensionen annahm". Dies habe nicht zuletzt "zu einer weltweiten Anerkennung der PLO als der einzig legitimen Vertreterin des palästinensischen Volkes" geführt. Analog sei "die Isolierung des reaktionären königlichen Regimes in Jordanien verstärkt worden".

Zur Verwirklichung der anstehenden Aufgaben der PLO gelte es, sowohl "den militärischen Widerstand gegen die zionistische Okkupation zu verstärken" als auch die verschwörerischen Pläne des Hussein-Regimes und die "darauf hinauslaufenden imperialistischen Pläne" zu vereiteln.

Das erfordere insbesondere die Festigung der Einheit aller Abteilungen des palästinensischen Widerstands, die Stärkung der Nationalen Front in den besetzten Gebieten sowie der libanesischen Front, die enge Koordinierung des Kampfes mit allen "nationalen" arabischen Kräften und Regimes, die Vertiefung der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten, die Intensivierung des Kampfes zur "Isolierung des reaktionären königlichen Regimes in Jordanien" und gegen die Aktivitäten des "internationalen Zionismus, der dafür eintritt, daß immer mehr Juden aus der ganzen Welt in das besetzte Palästina einwandern" 1).

Liquidationsversuche Israels gegen Palästinenser

Israels herrschende Kreise eskalierten in den letzten Wochen ihre Operationen gegen die Palästinenser. Davon zeugen die barbarischen

Bombenangriffe gegen palästinensische Flüchtlingslager und Stützpunkte im Südlibanon ebenso wie die anhaltende Verhaftungswelle in den okkupierten Gebieten gegen Aktivisten der Palästinensischen Nationalen Front.

Nichts anderes als die Fortsetzung dieser anachronistischen 'Politik der Stärke' verhiess auch die Regierungserklärung des neuen israelischen Ministerpräsidenten Rabin vom 3. Juni 1974. Rabin unterstrich, Israel sei nicht bereit,

"sich auf die Grenzen vor dem Sechstagekrieg 1967 zurückzuziehen... Ein palästinensischer Staat zwischen Israel und Jordanien komme nicht in Frage". Ebenso lehne man "eine Beteiligung der PLO an der Genfer Konferenz grundsätzlich ab. Wir setzen uns mit Terroristen nicht an einen Tisch". 2)

Indessen deutet die politische Entwicklung seit dem Oktoberkrieg weit eher daraufhin, daß sich Tel Aviv letztendlich gezwungen sehen wird, eine Teilnahme der PLO in Genf zu akzeptieren. Die gerade in der gegenwärtigen Phase gesteigerten Versuche, den palästinensischen Widerstand zu liquidieren, tragen allenfalls dazu bei, Israels internationale Isolierung weiter zu vertiefen. Auch die Hoffnungen Tel Avivs, auf diesem Wege die Kampfmoral des palästinensischen Widerstandes zu brechen, sind auf Sand gebaut. Die Kairoer Nationalratstagung setzte der israelischen Vernichtungsstrategie folgende Orientierung entgegen: Es gelte gerade jetzt, die "libanesischen Front" sowie die Kampfeinheit des palästinensischen und libanesischen Volkes zu stärken,

"damit unsere Brüder im Südlibanon und unser Volk in den Lagern sich den Aggressionen des Feindes entgegenstellen kann, ebenso wie den Versuchen, den Widerstand zu zerschlagen". 3)

Anmerkungen:

- 1) Falastin Al Thaura, Beirut, Nr.96, 12.6. 1974, S. 11 f.
- 2) Süddeutsche Zeitung, 4.6.1974
- 3) Falastin Al Thaura, a.a.O.

..... Anzeige

issa informationsdienst **südliches afrika**

issa berichtet kontinuierlich über entwicklungen in politik und wirtschaft/rüstung

issa stellt aktionen vor

issa notiert relevante termine

issa dokumentiert zeitschriften-aufsätze

issa erscheint monatlich jahresabonnement dm 15.-

issa
INFORMATIONSTELLE
SÜDLICHES AFRIKA E.V.
53 bonn-1, markt 10/12

Tagung des Palästinensischen Nationalrates vom 1.-8. Juni 1974

POLITISCHES ETAPPENPROGRAMM DER PLO

Ausgehend von der Palästinensischen Nationalcharta und dem Politischen Programm der Palästinensischen Befreiungsbewegung (PLO), das auf seiner 11. Tagung vom 6.-12. Januar 1973 beschlossen wurde, ausgehend von der Überzeugung, daß die Erringung eines dauerhaften und gerechten Friedens in der Region unmöglich ist ohne die Wiedererlangung der vollständigen Rechte unseres palästinensischen Volkes auf Rückkehr und Selbstbestimmung über sein ganzes nationales Territorium, und im Lichte des Studiums der politischen Ereignisse, die sich zwischen der vorigen und gegenwärtigen Tagung des Rates ereigneten, beschließt der Palästinensische Nationalrat:

1. Die PLO bestätigt ihre frühere Haltung zur Resolution Nr. 242 (des UN-Sicherheitsrates, d.Übers.), die die nationalen Rechte unseres Volkes verwischt und die Frage unseres Volkes als Flüchtlingsproblem handhabt. Deshalb wird das Verfahren mit dieser Resolution sowohl auf arabischer als auch auf internationaler Ebene, einschließlich der Genfer Konferenz, abgelehnt.
2. Die PLO kämpft mit allen Mitteln, an deren Spitze der bewaffnete Kampf steht, für die Befreiung des palästinensischen Bodens und die Errichtung einer kämpfenden unabhängigen nationalen Volksherrschaft auf jedem Teilstück des palästinensischen Bodens, das befreit wird. Dazu bedarf es des forcierten Hinwirkens auf die Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten unseres Volkes und seines Kampfes.
3. Die PLO bekämpft jedes Projekt zur Errichtung einer palästinensischen Existenz, das mit der Anerkennung (des Staates Israel, d. Übers.), mit einem Friedensschluß und der Garantie sicherer Grenzen verbunden wäre, was einem Verzicht auf das nationale Recht und auf die Rechte unseres Volkes zur Rückkehr und Selbstbestimmung in seinem Vaterland gleichkäme.
4. Die PLO betrachtet jeden Akt der Befreiung (palästinensischen Territoriums, d.Übers.) als einen Schritt auf dem Wege zur Verwirklichung ihrer Strategie der Errichtung eines demokratischen palästinensischen Staates; diese Strategie wurde in den früheren Beschlüssen des Nationalrates festgelegt.
5. Die PLO kämpft gemeinsam mit den nationalen jordanischen Kräften für die Bildung einer nationalen jordanisch-palästinensischen Front, deren Ziel die Schaffung einer nationalen demokratischen Herrschaft in Jordanien ist, die sich dem Kampf um die Errichtung einer palästinensischen Existenz anschließt.
6. Die PLO kämpft für die Herstellung einer Kampfeinheit zwischen den beiden Völkern (dem jordanischen und dem palästinensischen, d. Übers.) und zwischen allen Kräften der arabischen Befreiungsbewegung, die sich auf dieses Programm einigten.
7. Im Lichte dieses Programms kämpft die PLO für das Erstarren der nationalen Einheit und für deren Weiterentwicklung auf ein Niveau, das es ermöglicht, ihre nationalen Aufgaben und Pflichten zu erfüllen.

8. Die nationale palästinensische Herrschaft kämpft nach ihrer Errichtung für die Vereinigung der Konfrontationsstaaten (Syrien, Ägypten und Jordanien, d.Übers.), um die Befreiung des gesamten palästinensischen Bodens zu vollenden. Sie betrachtet diesen Kampf als einen Schritt auf dem Wege zur Erringung der umfassenden arabischen Einheit.

9. Die PLO kämpft für das Erstarren ihrer Solidarität mit den sozialistischen Staaten und den internationalen Kräften der Emanzipation und des Fortschritts, um damit die zionistischen, reaktionären und imperialistischen Verschwörungen zum Scheitern zu bringen.

10. Im Lichte dieses Programms legt die Führung die Taktik fest, die diesen Zielen dient und deren Verwirklichung ermöglicht.

Das Exekutivkomitee ist verpflichtet, dieses Programm in die Praxis umzusetzen. Sollte sich ein schicksalhafter Umstand ergeben, der für die Zukunft des palästinensischen Volkes von Bedeutung ist, dann wird der Nationalrat zu einer Sondersitzung einberufen, um diesen Umstand zu erörtern.

(Quelle: Falastin Al-Thaura, Beirut, Nr. 96, 12.6.1974, S. 12-13)



Afro-Asiatische Völkersolidarität

Vom 23.-27. März dieses Jahres fand in Bagdad/Irak die 11. Ratstagung der Organisation für Afro-Asiatische Völkersolidarität (AAPSO) statt. An ihr nahm auch ein Vertreter des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees aus der Bundesrepublik als Beobachter teil. (vgl. AIB 4/74). Wie bereits angekündigt, nimmt das AIB dieses Ereignis zum Anlaß, die AAPSO, die eine wichtige, bei uns jedoch weitgehend unbekanntere Kraft im Rahmen internationaler Zusammenschlüsse von gesellschaftlichen Organisationen ist, vorzustellen.

Ihren Willen, gemeinsam gegen Kolonialismus und Imperialismus anzukämpfen, bekundeten erstmalig 29 Staaten der "Dritten Welt" auf der historischen Bandung-Konferenz in Indonesien im April 1955. Eine Zehn-Punkte-Erklärung, inhaltlich auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz fußend, wurde zu einem mächtigen Impuls für den nationalen Befreiungskampf der kolonial unterdrückten Völker. Die bedeutsame Erklärung von Bandung läßt sich in den folgenden zehn Grundsätzen zusammenfassen:

1. Achtung der fundamentalen Menschenrechte und der Prinzipien und Ziele der Charta der Vereinten Nationen;
2. Achtung der Souveränität aller Völker und der Integrität ihrer Territorien;
3. Anerkennung der Gleichheit aller Rassen und Nationen unabhängig ihrer Größe;
4. Unterlassung der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder;
5. Achtung des Rechtes jeder Nation auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen;
6. a) Verzicht auf die Ausnutzung kollektiver Verteidigungsorganisationen für die privaten Ziele und Zwecke irgendeiner Großmacht;
b) Verzicht auf die Praxis, auf irgendein anderes Land Druck auszuüben;
7. Unterlassung aggressiver Handlungen und Drohungen sowie der Gewaltanwendung gegenüber der regionalen Sicherheit oder der politischen Unabhängigkeit eines Landes;
8. Beilegung aller internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel wie Verhandlungen, Vergleich, Schiedsspruch, juristische Regelung oder andere von den betroffenen Parteien in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen gewählte friedliche Mittel;
9. Entwicklung der gemeinsamen Interessen und der gegenseitigen Zusammenarbeit;
10. Achtung des Rechts und der internationalen Verpflichtungen. 1)

Im Geiste der Bandung-Konferenz sowie unter dem Eindruck der imperialistischen Aggression Großbritanniens, Frankreichs und der USA im Nahen Osten, trat vom 26.12.1957 - 1.1.1958 in Kairo der erste Afro-Asiatische Solidaritätskongress zusammen. Er wurde zur Geburtsstunde der Organisation für Afro-Asiatische Völkersolidarität, AAPSO.



Youssef El Sebai, Generalsekretär der AAPSO

Ziele und Aufgaben

Den Prozeß der Dekolonisierung zu beschleunigen (ein großer Teil Schwarzafrikas und des arabischen Raums befand sich noch unter britischer bzw. französischer Herrschaft) und die Anschläge des Imperialismus auf die Souveränität der jungen Nationalstaaten zurückzuweisen, waren die Hauptmotive für den Zusammenschluß. Im Statut der Organisation heißt es dazu:

"Ziel der AAPSO ist es:

1. Den Kampf der afro-asiatischen Völker gegen Imperialismus und Kolonialismus zu einen und zu koordinieren, die Befreiung der Völker zu beschleunigen und ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu gewährleisten.
2. (...)
3. Die Bewegung afro-asiatischer Solidarität in allen Ländern beider Kontinente voranzutreiben und zu festigen sowie als ständiges Bindeglied zwischen den verschiedenen Ländern im Rahmen der Solidaritätsbewegung zu wirken.
4. Solche Maßnahmen zu ergreifen, die als notwendig erachtet werden zur Förderung der afro-asiatischen Solidarität und zur Zurückweisung von Versuchen imperialistischer Mächte, die auf die Zerstörung der Freiheit irgendeines Mitgliedslandes der Solidaritätsorganisation gerichtet sind." 2)

Struktur

Mitglieder der AAPSO sind gesellschaftliche Organisationen unterhalb der Regierungsebene; es sind Befreiungsbewegungen³⁾, politische

Parteien und gewerkschaftliche Gruppierungen bzw. repräsentativ zusammengesetzte Solidaritätskomitees aus den Ländern beider Kontinente. Die assoziierte Mitgliedschaft gesellschaftlicher Organisationen aus Ländern anderer Kontinente (so z.B. der sozialistischen Länder Europas) ist ebenfalls möglich. In ihrer politischen Zusammensetzung von z.Zt. über 60 Mitgliedsorganisationen aus ebensovielen Ländern bildet die AAPSO ein Bündnis antiimperialistischer Kräfte, das in seinen Reihen fortschrittliche Nationalisten, revolutionäre Demokraten, Sozialisten und Kommunisten vereinigt. Das Gewicht dieses Bündnisses wird dadurch erhöht, daß eine ganze Reihe von Mitgliedsorganisationen aus den fortschrittlichen jungen Nationalstaaten regierungstragende Parteien und Bewegungen sind.

Höchstes Organ, verantwortlich für Programm und Politik der Organisation, ist die Konferenz aller Mitglieder, die in der Regel alle 2 Jahre zusammentritt. Dazwischen tagt jeweils der Rat der AAPSO, dem ein Repräsentant jeder Mitgliedsorganisation angehört; er bereitet die Konferenzen vor, setzt Kommissionen ein, prüft die Finanzen der Organisation etc. Das 30köpfige Exekutiv-Komitee fungiert als ausführendes Organ zwischen den Konferenzen; es wird aus der Mitte des Rates gewählt und ist diesem rechenschaftspflichtig. Das Exekutiv-Komitee beruft ein geschäftsführendes Sekretariat, an dessen Spitze der Generalsekretär der Organisation und seine drei Stellvertreter stehen. Das Amt des Generalsekretärs wird z.Zt. von Youssef El Sebai (Ägypten) verwaltet; seine Stellvertreter werden vom Irak, der Republik Guinea und Indien gestellt. Sitz der AAPSO ist Kairo.

Tätigkeit

Aufgabenbereich und Arbeitsweise der AAPSO sind vielfältig. Im Vordergrund steht die Organisation materieller und politischer Hilfe für die Befreiungsbewegungen. Neben einer umfangreichen Publikationstätigkeit und der Entsendung von Delegationen nimmt die Veranstaltung von Seminaren und Konferenzen zu aktuellen Fragen des antiimperialistischen Kampfes breiten Raum ein. Als ein Ergebnis der 11. Ratstagung in Bagdad wurde die Einrichtung eines afro-asiatischen Forschungs- und Dokumentationszentrums beschlossen.

Es hat in der Vergangenheit nicht an Versuchen seitens des Imperialismus gefehlt, durch die Schürung von Differenzen zwischen den Mitgliedern die AAPSO in ihrer Funktionsfähigkeit lahmzulegen. Diese Versuche scheiterten jedoch ebenso wie die Absichten der Pekinger

Führung, die Organisation für ihre chauvinistische und antisowjetische Politik zu mißbrauchen.

Zunehmend entwickelte sich in den letzten Jahren eine enge und freundschaftliche Zusammenarbeit mit dem Weltfriedensrat und auch mit der 1966 in Cuba gegründeten Tricontinentale der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas (OSPAAL).

Die 11. Ratstagung der AAPSO brachte zudem weitreichende Beschlüsse hinsichtlich der künftigen Aufgaben der Organisation: Mit dem weitgehenden Zusammenbruch der Kolonialsysteme in den fünfziger und sechziger Jahren tritt neben das Ziel, den Restkolonialismus in Afrika zu zerschlagen, verstärkt der Kampf gegen die wirtschaftliche Ausplünderung der formal unabhängigen Staaten durch die neokolonialistischen Aktivitäten der imperialistischen Mächte.

Probleme der Kontrolle nationaler Rohstoffe, einer unabhängigen wirtschaftlichen Entwicklung sowie des internationalen Handels erhalten zunehmendes Gewicht. Dies bedeutet für die AAPSO auch die vermehrte Unterstützung fortschrittlicher Regierungen, wie die des Irak, die für ihr Land eine nichtkapitalistische Entwicklung anstreben und aus diesem Grunde verschärften Angriffen der inneren und äußeren Reaktion ausgesetzt sind.

Die Unterstützung, die das chilenische Volk auf der 11. Ratstagung durch die AAPSO erhielt, läßt zudem erwarten, daß sich die Organisation mit der Verschärfung der antiimperialistischen Kämpfe in Lateinamerika auch verstärkt diesem Kontinent zuwenden wird.

Anmerkungen:

- 1) Voller Wortlaut in: Die afro-asiatische Solidaritätsbewegung, Dokumente, Berlin 1968, S. 60
- 2) Statut des AAPSO, hektographiertes Material
- 3) U.a.: MPLA (Angola), Nationale Befreiungsfront des Bahrein, APALAC (Canarische Inseln), MOLINACO (Komoren Inseln), Eritrea Befreiungsfront, PAIGC (Rep. Guinea-Bissau), FRELIMO (Moçambique), SWAPO (Namibia), PLO (Palästina), Vereinigte Befreiungsfront von West-Somalia, PFLOAG (Zaffar), ZAPU (Zimbabwe), ANC (Südafrika), FUNK (Kambodscha), Befreiungsbewegung von Sao Tomé und Príncipe, Afro-Asiatische Solidaritätskomitees aus Laos und Südvietnam.

Indien

Hintergründe der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Indiens

In der bürgerlichen Presse der BRD nahmen die jüngsten Ereignisse in Indien einen außergewöhnlich breiten Raum ein. Über die tatsächlichen Hintergründe dieser aktuellen Auseinandersetzung schwieg man sich jedoch aus.

Dieser Berichterstattung soll hier mit zwei sich ergänzenden Beiträgen entgegengetreten werden:

Der erste Beitrag geht auf die grundsätzlichen Fragen der ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklung des Landes ein. Es handelt sich dabei um die gekürzte Fassung eines Gespräches, das die Redaktion des AIB Ende des letzten Jahres mit dem Mitglied des Zentralkomitees der Indischen Kommunistischen Partei, Sarada Mitra, führte. Die angeführten Fakten, Beispiele und Daten beziehen sich im wesentlichen auf das Jahr 1973. Der Autor skizziert die Rolle der einheimischen Großbourgeoisie und die allgemeine Situation der Landwirtschaft, erläutert die Hintergründe der widersprüchlichen Politik der Regierung Ghandi und die Merkmale der an Indien vergebenen imperialistischen bzw. sozialistischen Entwicklungshilfe. Am Beispiel der Politik der linken Einheitsregierung im Staat Kerala veranschaulicht Sarada Mitra die Erfordernisse zur Lösung der grundlegenden Probleme Indiens.

Der zweite Beitrag, der den Eisenbahnerstreik und die Haltung bzw. das Vorgehen der Regierung Ghandi behandelt, gibt eine Einschätzung der jüngsten Entwicklungen und Ereignisse.

Auslandskapital und einheimische Großbourgeoisie

Unserer Einschätzung nach befindet sich Indien auf dem Weg der kapitalistischen Entwicklung - danach strebt zumindest die nationale Bourgeoisie. Die Position des ausländischen Kapitals in Indien ist, was das Investitionsvolumen betrifft, sehr viel schwächer als die des indischen Kapitals. Es hat jedoch bedeutende Schlüsselpositionen inne, besonders im Bereich der Exportproduktion, z.B. bei Tabak. Außerdem besitzt es seit langem eine bedeutende Stellung in der erdölverarbeitenden Industrie. Der Staat hat zwar inzwischen begonnen, eigene Raffinerien aufzubauen, so daß hier ein scharfer Wettbewerb zwischen den staatlichen Unternehmen und denen des Auslandskapitals herrscht. Nach wie vor stammt jedoch der Hauptanteil der Produktion aus den Raffinerien des Auslandskapitals, weshalb es auch im großen Umfang die Preise kontrollieren kann. Die Konzerne machen dabei große Profite und transferieren erhebliche Devisensummen ins Ausland. Das bedeutet für die indische Wirtschaft eine enorme Belastung.

In Indien hat sich innerhalb der letzten 20 Jahre eine einheimische Monopolbourgeoisie entwickelt. Es ist eine charakteristische Besonderheit Indiens, daß eine solche Entwicklung, besonders der Zement-, Zucker- und Textilindustrie, noch unter kolonialer Beherrschung erfolgen konnte.

Diese Monopolgruppen unterstützten den Kampf für die Unabhängigkeit Indiens und profitierten natürlich danach in großem Umfang davon. So verfügt nur ein Viertel der indischen Unternehmer über 55% des gesamten Anlagekapitals. In gewissem Ausmaß wurde ihre Position während der letzten 5 - 6 Jahre geschwächt.

Zunächst durch den Prozeß der Nationalisierungen: Das gesamte Bank- und Versicherungswesen wurde verstaatlicht, ebenso die gesamte Kohleindustrie und ein Teil der Textilindustrie. Aber trotz dieser teilweisen Schwächung ist die Rolle der Monopolbourgeoisie in der Wirtschaft sehr bedeutend. Fast die gesamte Konsumgüterindustrie liegt in ihrer Hand. Sie kontrolliert die Preise, die in den letzten 2 Jahren enorm gestiegen sind - im letzten Jahr zwischen 20% und 40%!

Entwicklung der Landwirtschaft

In den indischen Dörfern entwickelt sich allmählich eine kapitalistische Landwirtschaft. Ca. 15% des kultivierbaren Landes werden auf diese Weise bewirtschaftet. Das ist zwar nicht viel, hat aber enorme soziale Auswirkungen. In den indischen Dörfern kann man beobachten wie die neuen kapitalistischen



Bauern einer Dorfgemeinschaft in Andra Pradesh

Farmer mit der (zahlenmäßig ca. 3-4 mal größeren) Schicht der halbfeudalen Landbesitzer kooperieren, während sich der Ruin eines großen Teils der Mittel- und Kleinbauern beschleunigt und sich die Klassengegensätze auf dem Lande ständig verschärfen.

Eine enge Grenze für das Vorantreiben einer kapitalistischen Landwirtschaft besteht allerdings im Mangel an notwendigen Industriegütern, an Traktoren, Mähreschern, Düngemittel etc. Die indische Industrie ist noch nicht in der Lage, die Landwirtschaft mit all diesen Gütern zu versorgen. Deshalb muß das meiste aus dem Ausland importiert werden.

Schaffung einer „linken und demokratischen Front“

Die kommunistische Partei betrachtet es in der gegenwärtigen Situation als wichtigste Aufgabe, antiimperialistische, antif feudale und antimonopolistische Maßnahmen voranzutreiben. Zur Erfüllung dieser Aufgaben muß die Arbeiterklasse in der Bauernschaft, also einer kleinbürgerlichen Schicht, ihre Verbündeten suchen sowie im städtischen Kleinbürgertum und einem Teil der mittleren Bourgeoisie, die sich im Gegensatz zur Monopolbourgeoisie befindet.

Zur Effektivierung dieses Kampfes hält die kommunistische Partei die Bildung einer "linken und demokratischen Front" für unerlässlich, die alleine fähig ist, die nationale demokratische Revolution zu erkämpfen, welche den ersten Schritt auf dem Weg zum Sozialismus darstellt.

Die Außenpolitik der Regierung schätzen wir positiv ein, denn sie fördert den Frieden, stärkt die antiimperialistischen Kräfte in der Welt und bemüht sich um gute Beziehungen zur Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern ebenso wie zur 'Dritten Welt'. Deshalb unterstützen wir diese Orientierung, bemühen uns, diese Politik weiterzutreiben und bestehen auf noch größerer Beständigkeit bei ihrer Verwirklichung.

Ganz offensichtlich liegt der Fall in der Innenpolitik anders. Hier unterstützen wir nicht alle Aspekte der Regierungspolitik. Der Hauptwiderspruch in der Innenpolitik ergibt sich daraus, daß die Regierung und die nationale Bourgeoisie versuchen, die indischen Probleme auf dem Weg der kapitalistischen Entwicklung zu lösen, was zum Scheitern verurteilt ist. Einige der Maßnahmen der Regierung, wie z.B. die Nationalisierung von Monopoleigentum werden von uns unterstützt. Wir stellen uns jedoch allen Schritten entgegen, die geeignet sind, das aus- und inländische Kapital zu stützen. Auf dieser Grundlage kann un-

ser Verhältnis von Einheit und Auseinandersetzung charakterisiert werden.

Charakter der Regierungspolitik

Eine der Hauptkennzeichen unserer Epoche - nicht nur in Indien - ist der Aufschwung und das erfolgreiche Voranschreiten der nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika und Asien. Diese nationale Befreiungsbewegung wird nicht überall (wie es z.B. in Vietnam der Fall ist) von der Arbeiterklasse geführt. Welche sozialen Kräfte führen diese Bewegung? Im allgemeinen ist es die Kleinbourgeoisie oder die sich entwickelnde nationale Bourgeoisie. Die Ursache dafür liegt im Widerspruch zwischen dem Imperialismus und der nationalen Bourgeoisie. Beide treten zwar für den Kapitalismus ein, aber die nationale Bourgeoisie kann aufgrund der Ausbeutung durch den Imperialismus ihren eigenen Kapitalismus nicht aufbauen. Dieser Widerspruch ist einer der wesentlichen Triebkräfte der nationalen Befreiungsbewegung.

Zum anderen bewirken die Existenz und die ökonomische Stärke des sozialistischen Lagers, daß sich viele nationale Bourgeoisien Afrikas und Asiens an diese Länder um Hilfe wenden. Die Hauptform der Hilfe der sozialistischen Länder besteht in der Stärkung des staatlichen Sektors. Solange der Staat sich in den



Die indische Regierung beschloß ein großangelegtes Alphabetisierungsprogramm, um das Erbe des Kolonialismus auf diesem Gebiet endgültig zu überwinden. Das Bild zeigt Studenten der Universität Bombay, die für diese Arbeit ausgebildet werden.

Händen der Bourgeoisie befindet, bedeutet natürlich der staatliche Sektor Staatskapitalismus. Dennoch unterscheidet sich ein Staatskapitalismus eines jungen Nationalstaates völlig vom staatsmonopolistischen Kapitalismus der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder.

Der Staatskapitalismus der jungen Nationalstaaten richtet sich in erster Linie darauf, ihre Länder aus dem ökonomischen Griff des Imperialismus zu befreien. Die ökonomischen Beziehungen dieser Länder mit den sozialistischen Ländern stärken diesen Aspekt.

Entwicklungshilfe aus zwei Weltsystemen

Die zwei wichtigsten Aspekte, die die unterschiedlichen ökonomischen Beziehungen mit den imperialistischen Ländern einerseits und den sozialistischen Ländern andererseits charakterisieren, sind folgende:

1. Indien braucht für seine Entwicklung den Aufbau von Industrien. Es kann diese Industrien gegenwärtig nicht aus eigener Kraft errichten sondern braucht dabei ausländische Hilfe. Indien bekommt z.B. Schwerindustrie-komplexe aus beiden Weltsystemen, dem imperialistischen und dem sozialistischen. Der Unterschied besteht darin, daß Käufe aus den imperialistischen Ländern Indien harte Devisen und hohe Zinsen kosten. Der Kauf solcher Ausrüstungen aus dem Westen ist natürlich auch mit politischem Druck verbunden.

2. Es existiert eine permanente negative Zahlungsbilanz für Indien. Es kauft z.B. für eine Million DM Waren aus der BRD, und die BRD kauft demgegenüber nur Waren im Wert von 20% dieser Summe. Bei den sozialistischen Ländern dagegen bezahlt Indien die Maschinen, Ausrüstungen etc. niemals in Devisen, sondern in "Rupie-Währung", was bedeutet, daß die sozialistischen Länder ihrerseits für diesen Wert

indische Exportgüter einkaufen. Das bringt mehrere Vorteile mit sich. Zum ersten bekommen wir die Maschinen, zum zweiten haben wir damit zugleich einen Absatzmarkt für unsere Produkte, und die Zahlungsbilanz ist auf diese Weise immer ausgeglichen.

Aufschwung der Massenaktionen

Im letzten Mai fand ein von der kommunistischen Partei initiiertes "Volksmarsch auf das Parlament" statt. Von jedem Winkel Indiens kamen Menschen: Eine halbe Million traf sich an diesem Tag in Delhi. Die Jugendorganisation z.B. hatte 2 1/2 Monate vorher eine Gruppe von ca. 100-250 Demonstranten gebildet, die von 4 verschiedenen Ausgangsrichtungen 10 Wochen lang durch Indien reisten und dabei in jede einzelne Stadt und ca. 50-60% aller Dörfer kamen - mit dem Zug, dem Bus, zu Fuß, was immer sich anbot. Während dieser Reise sammelten sie Unterschriften und hielten Versammlungen ab. Viele Dörfer erlebten das zum ersten Mal. Überall, wo sie auch hinkamen, wurde mit Unterkunft, Verpflegung, Geld etc. für sie gesorgt. Sie brauchten kein Geld auszugeben, sondern konnten im Gegenteil sogar Geld für ihre Organisation sammeln. So wurden die Menschen über den Marsch auf das Parlament, über die Forderungen etc. informiert. Die Forderungen, die unsere Partei aufgestellt hatte, waren 6 Monate lang von 10 Millionen Menschen in Stadt und Land unterschrieben worden. Sie wurden von Parlamentsabgeordneten der kommunistischen Partei übergeben, damit



Mit Kundgebungen und Demonstrationen brachten Mitglieder und Anhänger der Kommunistischen Partei Indiens ihre Unterstützung für das Wahlprogramm ihrer Partei in den einzelnen Bundesstaaten zum Ausdruck.

sie sie an die Regierung weiterleiteten: U.a. enthielt sie als zentrale unmittelbare Forderung die Nationalisierung des Handels mit Futtergetreide, denn die Futtergetreidepreise waren zu diesem Zeitpunkt rapide in die Höhe gegangen.

Einen Monat später wurde daraufhin der Weizen Großhandel verstaatlicht. Diese Entscheidung bedeutet, daß die Regierung die Bevölkerung mit dem benötigten Weizen versorgen muß. Woher bekommt sie ihn aber? Sie sollte ihn von den reichen Bauern und den kapitalistischen Farmern bekommen. Nach dem Gesetz kauft sie den gesamten auf dem Markt angebotenen Weizenüberschuß auf, wozu sie allein berechtigt ist. Wir reichten eine Zusatzgesetzesvorlage im Parlament ein: Nicht das tatsächliche, sondern das mögliche Überschußangebot sollte der Regierung zugänglich sein. Wir erlitten eine Abstimmungsniederlage. Jetzt ist die Regierung mit den Konsequenzen konfrontiert. Das Getreide wird zurückgehalten und zu hohen Preisen auf dem Schwarzmarkt verkauft.

Die größte Massenbewegung, die wir danach initiieren konnten, richtete sich gegen die Reispreise und gegen das Zurückhalten des Futtergetreides. Wir entschieden, daß es nicht ausreicht, Resolutionen zu verabschieden und zu demonstrieren, sondern daß das Volk mobilisiert und praktische Schritte unternommen werden müßten. Das bedeutete, zuerst in jedem Dorf, an jedem Ort festzustellen, wo Getreide gehortet wurde. Sodann mobilisierten wir Freiwillige, öffneten und beschlagnahmten die Getreidelager und verkauften das Getreide zu normalen Preisen.

Viele fragen, wie das möglich war, denn es gibt ja eine Verwaltung und Gesetze. Es kommt tatsächlich darauf an, ob in einer solchen konkreten Situation eine Verwaltung in der Lage ist, sich dem entgegenzustellen. So kam es, daß in sehr vielen Staaten die Regierungen sich neutral verhielten und entgegen der Forderung der Landbesitzer keine Polizei einsetzten. In einigen Fällen gaben sie diesem Druck jedoch nach; acht Genossen wurden dabei erschossen.

Im April gab es im Kohlesektor eine weitere Bewegung. Die Kohle-Monopolisten weigerten sich, die Löhne der Arbeiter zu erhöhen. Die Arbeitsbedingungen in den Bergwerken waren sehr schlecht und gefährlich. So kam es im gesamten Kohle-Sektor zu einem einwöchigen Streik, der von der Gewerkschaft ausgerufen und von unserer Partei, der Kongreßpartei und einigen anderen geführt wurde. Er wurde mit großem Erfolg beendet und führte zur vollständigen Nationalisierung des Kohlebergbaus.

Kampf um die Landreform

Die gegenwärtige Bewegung, die unsere Partei entwickelt, richtet sich auf die Besetzung von illegal angeeignetem Land. Nach dem Gesetz darf keine Familie mehr als 30 Morgen Land besitzen, aber tatsächlich umgehen es die Farmer und Großgrundbesitzer, indem sie sich Land unter verschiedenen Namen aneignen. Aber das läßt sich herausfinden, und dann warten wir nicht erst auf die Regierung, sondern mobilisieren Tausende von landlosen Bauern und Landarbeitern und besetzen das Land. Natürlich hört damit der Kampf noch nicht auf. Es gilt dann, das Land zu verteidigen und zu kultivieren. Das ist die künftige Massenbewegung, um die Verwirklichung einer Landreform zu erzwingen.

Das Beispiel der linken Regierung in Kerala

Seit 3 Jahren gibt es in Kerala eine Koalitionsregierung, gebildet von der Kongreßpartei, der kommunistischen Partei und drei anderen Parteien. Diese Regierung konnte einige sehr wichtige Maßnahmen realisieren, darunter besonders die Durchsetzung einer Landreform, was in keinem anderen indischen Staat verwirklicht wurde. Danach darf jede Familie nicht mehr als 8 - 20 Morgen Land besitzen (je nach Fruchtbarkeit etc. des Bodens). Das Pachtsystem wurde abgeschafft; das Land gehört denen, die es bebauen. Das hat natürlich eine große Bedeutung für ganz Indien und hat unserem Kampf für die Verwirklichung der Landreform großen Aufschwung gegeben. Bemerkenswert dabei ist, daß in Kerala die Kongreßpartei als Koalitionspartner für die Landreform eintritt, während sie dies in vielen anderen Staaten, wo sie als einzige Partei die Regierung bildet, nicht durchsetzt. Aber das zeigt wieder die Unterschiede im Charakter dieser Partei von Staat zu Staat.

Die zweite wichtige Errungenschaft besteht in der Nationalisierung vieler wichtiger Monopolbetriebe, auch all-indischer Unternehmen, z.B. der in Kerala sehr bedeutenden Holzindustrie. Aber die endgültige Verstaatlichung hängt von der Unterzeichnung des entsprechenden Gesetzes durch den Präsidenten der Republik ab, was noch aussteht. Auch die großen britischen Tee- und Gummipflanzungen sollen nationalisiert werden, was jetzt ebenfalls von der Unterzeichnung durch den Präsidenten abhängt, ohne die die Verstaatlichung nicht vorgenommen werden kann.

Außerdem wurden der staatliche industrielle Sektor ausgebaut, ein Mindestlohn für die



Neubauten und Slums in Bombay

Landarbeiter festgesetzt und einige andere Erleichterungen staatlich garantiert, um die die anderen indischen Arbeiter noch kämpfen müssen.

Ein weiteres Beispiel: In Kerala gab es 250 000 Menschen, die keine Wohnung hatten; sehr viele Landarbeiter schliefen mit ihren Familien in der Nähe der Häuser der Großgrundbesitzer. In diesem Jahr wurden bereits 100 000 Häuser (200 000 fehlen noch) nahezu kostenlos an die Landarbeiter übergeben. Die Häuser sind natürlich sehr einfach: Zwei Zimmer, eine Küche, ein Bad und ein kleiner Vorgarten für Gemüse etc. Dennoch bedeutet das eine enorme Veränderung in ihrem Leben, denn sie haben nun zum ersten Mal ein Dach über dem Kopf. Wie aber hat die Regierung dieses Projekt finanziert? Zum einen entdeckte man einige ungenutzte Möglichkeiten in den Gesetzen der Zentralregierung, wodurch 50% der Mittel gedeckt werden konnten. Zum anderen brauchte man für die Bauarbeiten keinerlei Geld auf-

zubringen, denn in jedem in Frage kommenden Dorf wurde ein Volkskomitee gegründet, das sich aus den Bauernorganisationen, verschiedenen politischen Parteien usw. zusammensetzte. Sie waren dafür verantwortlich, freiwillige Arbeit zu organisieren und diejenigen, denen die Häuser gehören sollten, mußten natürlich auch mitarbeiten. Die Architekten waren Studenten der Abschlußsemester, die kostenlos die gesamten Planungen durchführten. Außerdem wurden Geldsammlungen durchgeführt, nicht nur in Kerala, sondern in ganz Indien. Auf diese Weise konnten diese 100 000 Häuser praktisch umsonst gebaut werden. Ein anderes Projekt galt den arbeitslosen Ingenieuren und Technikern, die auch in Kerala nicht genügend Arbeitsplätze in der Industrie finden können. Die Antwort der Regierung auf die Fragen der Ingenieure und Techniker lautete:

"Wenn Ihr 100 Rupien aufbringt, werden wir Euch 900 Rupien dazugeben; dann habt Ihr schon 1 000 Rupien Kapital und könnt eine Produktionsgenossenschaft gründen."

So fingen sie an, mit großem Erfolg Motorräder herzustellen und wurden dabei von den Gewerkschaften, den Jugendorganisationen und auch der Zentralregierung unterstützt. Weder mußte dafür aus dem Ausland etwas importiert werden, noch wurde ausländisches Kapital benötigt.

All das ist natürlich kein Sozialismus - es ist weit entfernt davon. Aber die Bedeutung dieses Beispiels, auch über Kerala hinaus, liegt darin, daß hier sichtbar wird, wie eine Einheit der linken und demokratischen Kräfte selbst in solch begrenztem Rahmen den Prozeß gesellschaftlicher Veränderung vorantreiben kann. Und die Bevölkerung gewinnt Vertrauen, daß noch mehr erreichbar ist, wenn sie an dieser Einheit festhält.

Günter Ritter

Einschätzung der jüngsten Ereignisse

"Ratlos dem Chaos entgegen", diese Schlagzeile der Zeit charakterisiert die Berichterstattung der bürgerlichen Presse in der BRD über die aktuelle Situation in Indien.

In der Tat befindet sich das Land in einer sehr schwierigen Lage, die sowohl durch einen tiefgreifenden politischen Polarisierungsprozeß als auch durch wachsende ökonomische Probleme gekennzeichnet ist. Allerdings liegen die Ursachen weniger in der 'Unfähigkeit der Politiker' oder gar in der 'Sozialisierungspolitik der Regierung Gandhi', wie die bürgerliche Presse behauptet. Es sind vielmehr

die großen einheimischen und ausländischen Konzerne, die Indien bewußt in ein ökonomisches und politisches Chaos zu stürzen versuchen mit dem Ziel, eine reaktionäre Regierung zu installieren. Die progressiven Maßnahmen der Regierung Indira Gandhi - wie der Aufbau eines staatlichen Sektors in der Wirtschaft, der Ausbau der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu den sozialistischen Ländern, besonders zur Sowjetunion - waren den reaktionären Kreisen in Indien und ihren imperialistischen Verbündeten ein Dorn im Auge. So setzten sie alles daran, erzielte Fort-

schritte wieder rückgängig zu machen und die indische Regierung auf einen Rechtskurs zu drängen. Bereits im Juli 1973 stellte das Zentralexekutivkomitee der Kommunistischen Partei Indiens dazu fest:

"In dieser Lage zeigen sich beunruhigende Tendenzen in der Wirtschaftspolitik der Regierung. Sie bringt die Japaner in die Düngemittelindustrie, erleichtert die Lizenzvergabe an Monopolfirmen, wendet die bestehenden Vermögensteuern auf landwirtschaftliches Vermögen nicht an. Die Verknüpfung zwischen dem Großkapital und gewissen einflußreichen Elementen in der Regierung und der Kongreßpartei sind eine bedrohliche Erscheinung geworden."¹⁾ Diese Einschätzung der KPI wurde - so S. Wittek - durch die jüngsten Ereignisse in Indien bestätigt:

"Inflation, schwindelerregende Preissteigerungen, durch Warenhortung künstlich erzeugte Knappheit an lebenswichtigen Gütern verursachten im Land eine in erster Linie 'hausgemachte Krise', mit der das Monopolkapital, die Großgrundbesitzer, Großhändler und Kulaken auf den Dörfern eine radikale innen- und außenpolitische Kursänderung erzwingen wollen. Diese Situation wurde noch durch zögernd durchgeführte oder von einigen reaktionären Kongreßabgeordneten bewußt sabotierte Regierungsbeschlüsse verschärft."²⁾

Die Bedeutung des Eisenbahnerstreiks

Diese Politik der Regierung Gandhi kam auch in ihrer Haltung zum Streik der indischen Eisenbahner im Mai d.J. zum Ausdruck. Die Eisenbahner wollten mit ihrem Streik eine Lohnerhöhung, die Einhaltung des 8-Stunden-Tages, bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen, Auszahlung von Teuerungszuschlägen und die Versorgung ihrer Familien mit Konsumgütern durchsetzen. Die Regierung antwortete mit Massenverhaftungen von Gewerkschaftern und mit massivem Einsatz von Polizei und Armee. Obwohl der Streik inzwischen ohne die Realisierung aller Kernforderungen abgebrochen werden mußte, wertet ihn die KP Indiens dennoch als großen Erfolg,

"denn die Regierung konnte ihr beabsichtigtes Ziel nicht durchsetzen, ihn innerhalb von zwei bis drei Tagen brutal niederzuschlagen."³⁾

Der Eisenbahnerstreik und viele andere Massenaktionen der indischen Werktätigen in den letzten Monaten haben gezeigt, daß der Grad der Organisiertheit und damit die Stärke der indischen Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Schichten gewachsen ist und damit auch die Möglichkeit, eine fortschrittliche, antiimperialistische Innen- und Außenpolitik gegen den Widerstand der einheimischen Reaktion und der ausländischen Konzerne durchzusetzen. In dieser Situation zeichnet sich eine Aktionseinheit der Linkskräfte des Landes ab. Eine 'blinde Antikongreßhaltung', wie sie Teile der Linken vertreten, würde allerdings ein einheitliches, geschlossenes Vorgehen der

fortschrittlichen Kräfte Indiens verhindern. Auf einer Konferenz von 12 Linksparteien, die kürzlich in Neu Delhi stattfand, herrschte Übereinstimmung darüber, "daß der Hauptfeind die Rechtsreaktion ist, die vom US-Imperialismus gelenkt wird".⁴⁾

Ferner wurde ein von der Kommunistischen Partei vorgelegtes 7 Punkte - Aktionsprogramm, das die Verstaatlichung des gesamten Getreidehandels, einen allgemeinen Preisstop, Bekämpfung der Inflation, Beseitigung der Arbeitslosigkeit, eine konsequente Durchführung der Bodenreform und die Nationalisierung bestimmter Industriezweige vorsieht, einstimmig angenommen. In einer Erklärung der Kommunistischen Partei an die anderen Linksparteien vom Mai d.J. wird die Geschlossenheit aller fortschrittlichen Kräfte als Voraussetzung zur Durchsetzung dieses Aktionsprogramms bezeichnet:

"Die harte Alternative in unserem Land lautet: Entweder gelingt es den linken und demokratischen Parteien, den Massenorganisationen und fortschrittlichen Teilen der Kongreßpartei,

sich zu vereinen, die Gegenoffensive der dunklen Kräfte der Reaktion zu zerschlagen und das Land vorwärtszubringen oder die Rechtsreaktion gewinnt die Oberhand. Ihr Ziel ist es, die fortschrittliche Politik, insbesondere die Demokratie, die wirtschaftliche Selbständigkeit, die Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegung, der Friedenskräfte und des Antimperialismus sowie die Freundschaft mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern zu untergraben. Wenn die Linken und die demokratischen Kräfte die Gefahr der rechten Reaktion ignorieren, so könnte dies ihren eigenen Untergang bedeuten."⁵⁾

Anmerkungen:

- 1) Indien - Politische und wirtschaftliche Krisensymptome, Informationsbulletin Nr. 18/1973, S. 52
- 2) S. Wittek, Linkskräfte begegnen imperialistischen Umtrieben, horizont Nr. 20/1974
- 3) A. Degenhard, Scharfe Absage an Rechtspolitik, horizont Nr. 24/1974
- 4) S. Wittek, Linksbündnis - Indiens Alternative zum Chaos, Unsere Zeit, 16.5.74
- 5) ebenda

Chile

In der Artikelserie der Neuen Berliner Illustrierten, "INSTRUCTION 37/57", enthüllt Dr. J. Mader anhand neuer Geheimdokumente weitere Beweise über die Beteiligung der imperialistischen Reaktion am faschistischen Putsch in Chile.

J. Mader, der 1969 das Nachschlagewerk "Who is who in CIA" verfaßte, führt hier den Nachweis, daß die chilenischen Putschgeneräle streng nach den Direktiven des NATO-Hauptquartiers, dessen "Instruktionen Nr. 1 - 49/57", operierten. Dieses Putschmodell stammt von führenden Militärs aus den USA und 13 anderen NATO-Staaten. Seine praktische Vorbereitung und Durchführung lief über das US-Fort Gulick in der Panamakanalzone, über chilenische NATO-Verbindungsoffiziere, z.B. Pinochet, über die Agentenstäbe des US-amerikanischen Geheimdienstes CIA u.a.m.

Inhalt und praktische Auswirkungen der CIA-Umsturzpläne "Plan Centauro" und "Operation SACO" untermauern Maders Beweisführung. Aufgedeckt werden das Zusammenspiel und die personellen Verflechtungen von staatlichen Institutionen der USA, CIA-Spezialoperationen in Chile sowie den früheren "Arbeitseinsätzen"

Dr. Julius Mader

Neueste Enthüllungen über den Putsch in Chile

Der Santiagoer Hauptmann Roberto Garrido schoß sich zum Obergeschoß des chilenischen Präsidentenpalastes durch. Er drang in den "Salon Rojo" ein. Dann ließ er seine Maschinengewehr rattern. Sein erstes, wehrloses Opfer: Miriam Rupert, Allendes Sekretärin. Tödlicher Brustschuß. Dann nahm Garrido den vom Volk Chiles gewählten Präsidenten ins Visier. Dr. Salvador Allende saß schwer verwundet im Sessel. Ein Bombensplitter hatte ihm schon vor zwei Stunden die Schulter aufgerissen, ein durchs Fenster eingedringenes Projektil hatte ihn im Magen getroffen. Dennoch kämpfte Genosse Allende im Sitzen weiter mit einem ihm von Fidel Castro verehrten Schnellfeuerabwehr. Garrido schoß erbarmungslos auf seinen rechtmäßigen Präsidenten und Oberbefehlshaber. Garrido ist Scharfschütze. Allende wurde von zwei Schüssen in die Brust aus dem Leben, aus seinem hohen Amt gerissen.

In ganz Chile rasten um diese Zeit die Putschisten. Man schrieb den 11. September 1973. Die zerschmetterte, auf dem Parkett der Moneda liegende Marmoruhr zeigte 14.10 Uhr. Wie konnte dies alles geschehen? Wer steckte hinter den Putschisten? Wer hatte sie gut gerüstet, konspirativ formiert, detailliert instruiert? Halten wir zunächst historische Fakten fest: Die "Sidewinder"-Luft-Boden-Raketen, die die Moneda zerstörten, waren "made in USA". Die Piloten, die sie über Santiago abfeuerten, hatten ihr Training bei der US Air Force absolviert und waren sogar teilweise aus den USA angefordert worden. Die Panzer, die den Präsidentenpalast, UP-Parteibüros, Gewerkschaftshäuser und Universitätsinstitute bombardierten, stammen aus Beständen der US Army. So auch Garridos Mordwaffe samt Munition.

Der Mörder kam aus Fort Gulick

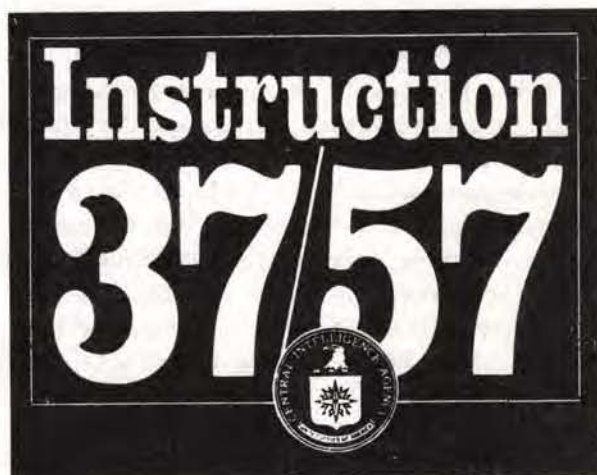
Fünf Kilometer südöstlich von Colon, in

führender CIA Agenten.

Nicht weniger bedeutend sind Maders Recherchen über die Verstrickung der Bundesrepublik Deutschland in die Umsturzaktivitäten in Chile, die sich nicht auf das NATO-Hauptquartier beschränken. Führende Vertreter von bundesdeutschen Konzernen, staatlichen- und Parteiinstitutionen hinterließen Spuren in Chile ebenso wie der westdeutsche Geheimdienst BND und die Generalität der Bundeswehr.

Maders Enthüllungen erbringen den Nachweis, daß die Terrorherrschaft des Faschismus in Chile das Werk des internationalen Imperialismus, seines Militärpaktes NATO, seiner Geheimdienste, seiner Monopolherren, ihrer politischen und militärischen Parteigänger ist.

In einer in der Illustrierten "Stern" begonnenen Serie von Viktor L. Marchetti und John D. Marks "CIA - die geheime Weltmacht" werden J. Maders Aussagen bestätigt. Die jahrelange Tätigkeit von Marchetti und Marks als Stabsoffizier des CIA-Direktors bzw. als Beamter des US-Außenministeriums vermittelte ihnen umfangreiche Kenntnisse über die üblichen putschistischen Praktiken der USA.



der von den USA noch beherrschten Kanalzone des mittelamerikanischen Staates Panama, stößt man auf dicke Stacheldrahtverhaue. Schilder warnen: "Stop! Fort Gulick Army Reservation". Diese südlichste amerikanische Bastion der Landstreitkräfte der USA ist so geheim, daß sie die meisten handelsüblichen Landkarten, darunter auch kleinmaßstäbige, nicht ausweisen. Deshalb sei dieses US-Fort zunächst einmal geographisch bestimmt: 9.19 Grad nördlicher Breite, 79.52 Grad westlicher Länge. Dort befindet sich seit 1962 die "US School of America", eine Putschistenakademie. Jährlich wurden und werden, mit Stacheldraht und elektrisch geladenen Zäunen vor unliebsamen Besuchern hermetisch abgeschirmt, von Pentagon-Instrukteuren 1 500 Offiziere aus Mittel- und Südamerika korrumpiert und fit gemacht. De Séverac, ein französischer Militärexperte, der sich in Fort Gulick einmal umsehen durfte, schätzte die angetroffenen Pentagonkader so ein:

"Diese Offiziere sind alle proamerikanisch (gemeint ist USA-hörig - J.M.) eingestellt, und in ihren Ländern steht ihnen eine glänzende Zukunft bevor."

Von Fort Gulick aus wurden schon Diversanten



CHILE

Straßenkämpfe in Santiago de Chile. Der Sturz des marxistischen Staatspräsidenten Salvador Allende wurde von der CIA gemeinsam mit Managern amerikanischer Großkonzerne sorgfältig vorbereitet. Die Armee putscht im September 1973. Allende (hier das letzte Foto von ihm) stirbt im Präsidentenpalast; die Situation in Chile ist »bereinigt«

gegen das sozialistische Kuba in Marsch gesetzt. Aus Fort Gulick stammten die konterrevolutionären Mörder, die im bolivianischen Dschungel Che Guevara und seine Mitstreiter, darunter unsere Genossin Tamara Bunke, aus dem Hinterhalt abknallten. Und nicht zufällig gehört auch der chilenische Hauptmann Roberto Garrido, der als hinterhältiger, treueidbrüchiger Präsidentenmörder in die Geschichte eingegangen ist, zu den diplomierten MusterSchülern jenes Pentagon-Trainingszentrums. Übrigens nicht nur er, sondern bisher 1 882 chilenische Offiziere. Sechs davon - das mußte die gut informierte "New York Times" zugeben - haben für Diktator Pinochet den Putschplan terminiert.

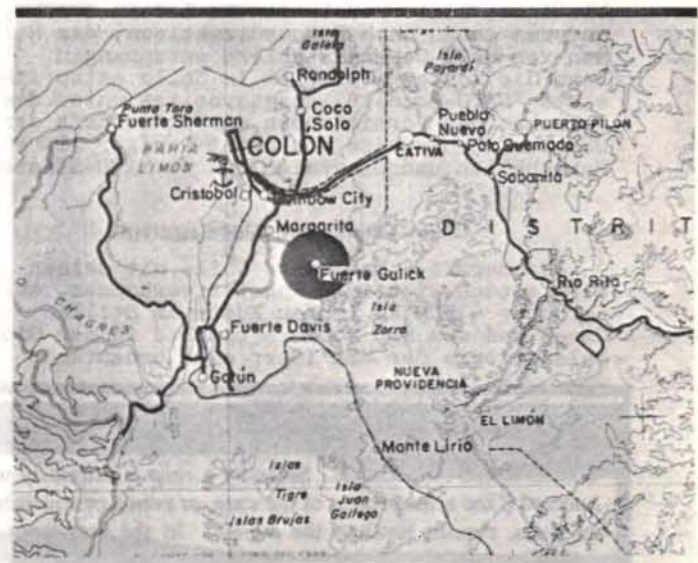
LOCH IN DER GEHEIMHALTUNG

Doch die gegen jeden politischen und sozialen Fortschritt verschworenen Dollarsöldner von Fort Gulick konnten nicht verhindern, daß ihr Lehrprogramm in Sachen Putsch jetzt an die Öffentlichkeit gelangt, ein Programm, das sie mit massenmörderischer Präzision und Konsequenz in Chile praktizieren. Hier ist das, was Pentagon-Dozenten in Fort Gulick ihren lateinamerikanischen Komplizen mit auf den Weg geben.

INSTRUKTION NR. 1/57

"Die ganze Weisheit beim Staatsstreich besteht darin, daß er einen plötzlichen, entschlossenen Schlag gegen das Herz der Regierung darstellt, einen Dolchstoß, der gleich beim ersten Stoß bis zum Heft eindringt ..."

Wir erlebten das blutige Komplott des chilenischen Putschgenerals Augusto Pinochet, der sich unlegitimiert zum Präsidenten ausrief, und seiner Junta-Handlanger Admiral José Merino und Luftwaffengeneral Gustavo Leigh. Für sie hat in erster Linie Roberto Garrido



↑ Fort Gulick - als Fuerte Gulick in einer panamaischen Karte von der Kanalzone eingezeichnet. In diesem Trainingszentrum des Pentagon wurden bisher 1882 chilenische Offiziere auf das brutale Vorgehen gegen ihr Volk vorbereitet - darunter auch der Präsidentenmörder Roberto Garrido.

die MPi auf den Präsidenten, "gegen das Herz der Regierung", abgefeuert.

INSTRUKTION NR. 18/57

"... und es ist selbstverständlich wünschenswert, daß der Geheimdienst der Regierung bis zu den höchsten Stellen durchsetzt wird ..."

Auch das geschah in aller Heimlichkeit:

Die Putschgenerale Pinochet und Leigh fungierten jahrzehntelang als Heeres- bzw. Luftwaffenattachés in Washington. Admiral Merino konnte man vor nicht allzulanger Zeit als Marineattaché in London erleben. Bekanntlich aber sind die Heeres-, Luftwaffen- und Marineattachés kapitalistischer Länder fest in den militärischen Geheimdienst integriert. Mehr noch: Pinochet, Leigh und Merino dienten als Verbindungsoffiziere zu NATO-Armeen!

INSTRUKTION NR. 49/57

"Wenn der Staatsstreich gelingt, wird eine Zeit kommen, in der die Anhänger der alten Regierung nur noch an die Flucht denken ... Wenn das Rückgrat des Widerstandes gebrochen ist, werden die fliehenden Verteidiger ein leichtes Ziel bieten. ... Je schneller die ... Truppen die Fluchtwege kontrollieren können, desto reicher wird wahrscheinlich die Ernte sein. Auch hierbei ist die Verfolgung wie in herkömmlichen Kriegen die Krone des Sieges..."

34 000 Arbeiter, Gewerkschafter, progressive Parteipolitiker, Kommunisten, Sozialisten, Christen, Greise, Kinder und Hunderttausende barbarisch Gefolterter gehören bisher zur "reichen Ernte" der chilenischen Killer in Uniform. Wo immer man die Santiagoer Junta packt, Spuren von ihr führen in die USA - und weiter. Pinochet und Konsorten lieferten die blutigste Konterrevolution in Lateinamerika, und das genau nach Putschdirektiven, die Hirnen von NATO-Generalstäblern entsprangen. Denn die Konterrevolution in Chile entspricht einem "NATO-Modell", ausgearbeitet unter dem Patronat des Vorsitzenden der Stabschefs der USA beziehungsweise von nicht weniger als 26 Marschällen und Generalen aus 14 NATO-Staaten.

Chile: Objekt der Globalstrategie

Südamerika - besonders Chile mit seinen strategisch wichtigen Rohstoffvorkommen, seiner über 4 500 km langen Küste am Stillen Ozean und dem Kap Hoorn - spielte in der Globalstrategie der USA immer eine bedeutende

The whole philosophy of the coup d'etat is that it is a sudden decisive blow at the heart of the government, a rapier thrust that goes home to the hilt at the first lunge rather than a broadsword cut. and it is as obviously desirable that the government's intelligence service should be penetrated at as high a level as possible. If the coup is successful there will be a time when the supporters of the old regime will be thinking only of flight. When the back of the resistance has been broken the fleeing defenders will be an easy target. The more rapidly these troops can control the avenues of escape, the richer the harvest is likely to be. And in this, just as in conventional war, successful pursuit is the crown of victory.

Rolle. Bereits Präsident Truman konzipierte für den USA-Kongreß im Jahre 1946 den Plan über die "Militärische Zusammenarbeit der (nord- und süd)amerikanischen Republiken". Schwerpunkte des Plans:

- eine einheitlich ausgebildete und geführte Armee "von der Antarktis bis Alaska";
- einheitliche Ausrüstung der Armeen aller 20 lateinamerikanischen Republiken nach Pentagon-Direktiven;
- optimale Ausnutzung der Menschen und Potenzen Lateinamerikas für die Militärstrategie der USA.

Chilenische Gorillas waren in diesem Pentagonplan stets eingerechnet.

Massenmord war vorbereitet

Der Klassengegner mußte allerdings 1973 zur Kenntnis nehmen: Die Macht des Volkes bauierte auf den Massen. Sieben politische Parteien bildeten den Block der Unidad Popular (UP) Chiles, darunter die Kommunistische Partei mit rund 200 000 Mitgliedern, die Sozialistische Partei mit 100 000 Mitgliedern, die Vereinigte Volksaktion (MAPU), die Radikale Partei (RP), die Sozialdemokratische Partei (PSD) und die kleineren Organisationen der Unabhängigen Volksunion (API) sowie die Christlichen Linken (IC). Die UP hatte schon im 1970er Wahlkampf an der Basis mehr als 15 000 Komitees der Volkseinheit in Städten, Dörfern, Betrieben und Instituten. Nahezu eine Million chilenische Werktätige waren in der Einheitlichen Gewerkschaftszentrale CUT organisiert. Fast die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung hat sich per Stimmzettel mit der UP solidarisiert. Das Häuflein der Santiago-Verschwörer in Uniform sah sich vor ein Riesenproblem gestellt. Im Anflug professionellen Größenwahns erklärte General Pinochet zunächst im kleinsten Kreise, später sogar auf einer Pressekonferenz:

"Ich bin bereit, dem gesamten Volk den Krieg zu erklären."

Putsch-Direktiven aus US-Fort Gulick:

- „Zweitens hat ein Staatsstreich sehr wenig Aussicht auf Erfolg, wenn die Streikräfte oder auch nur ein beträchtlicher Teil von ihnen regierungstreu bleiben..."
- Sogar nach einem erfolgreichen Staatsstreich ist es wahrscheinlich, daß für eine gewisse Zeit ein bestimmtes Maß an Chaos herrschen wird.“
- „Eine der ersten Handlungen der neuen Regierung wird es natürlich sein, das Kriegsrecht zu verhängen.“

Dazu verfügte er über Instruktoren und Instruktionen aus dem US-Fort Gulick. In den letzteren heißt es unmißverständlich:

INSTRUKTION:

"Die Personen, die das Herz der Regierung bilden, müssen natürlich unschädlich gemacht werden, aber die Aufstellung dieser 'Schwarzen Liste' muß sehr sorgfältig durchdacht sein. Einerseits ist es wichtig, daß keine Person ausgelassen wird, deren weitere Freiheit den Erfolg des Staatsstreichs gefährden könnte... Wenn der Staatsstreich erfolgreich ist, kann die Aushebung der Regierungsanhänger getrost bis in die Stabilisierungsperiode hineinreichen... Die Beseitigung der Regierungsführer kann auf zwei Wegen erreicht werden: entweder durch ihre Tötung oder durch ihre Gefangennahme. Von diesen Wegen ist die Tötung im allgemeinen der leichtere und zuverlässigere wie auch sicherlich der endgültigste."



Nicht nur die Henker in Uniform stellten die "schwarzen Abschußlisten" auf und handhabten sie - man erinnere sich der Attentatskette gegen regierungstreue Militärs - sondern auch die zivilen chilenischen Faschisten der "Patria y Libertad".

Hochverräter contra Militärs

Der erste Schlag der Konterrevolutionäre traf regierungstreue Offiziere und Mannschaften, denn die Putschisten fürchteten und fürchteten den bewaffneten Widerstand. In der Nacht vor Putschbeginn überwältigten sie General Prats und isolierten ihn durch strenge Haft. Seine Familie wurde in Geiselhaft genommen. (Prats wurde Tage später allein nach Argentinien abgeschoben.) In allen Kasernen wurden anhand der "Schwarzen Listen" politisch "Unzuverlässige Elemente" ohne Rücksicht auf Alter, Dienststrang und Dienststellung aus den Betten gerissen, entwaffnet, eingesperrt, liquidiert. Innerhalb einer Stunde "verschwanden" die von Rollkommandos der Konterrevolutionäre verhafteten regierungstreuen Generale. Inzwischen hatte der putschende Armeechef General Pinochet längst seine Junta formiert: Die Innen- und Wirtschaftsministerien übergab er Heeresgeneralen. In die Ministersessel der Außen-, Kriegs- und Finanzministerien setzte er Admirale. Die Ministerien für Öffentliche Dienste, Landwirtschaft, Gesundheit und Wohnungsbau bekamen Luftwaffengenerale zudiktiert. Die Ministerien für Arbeit und Bergwerke wurden von Gendarmeriegeneralen besetzt. Nur die Ressorts für Justiz und Erziehung wurden mit zivilen Faschisten bedacht. Dann schlugen Pinochets Verschwörer gegen Volk und Regierung Chiles los. Wie rückblickend bewiesen werden kann, genau nach dem NATO-Putschmodell aus dem Pentagon-Lehrprogramm:

INSTRUKTION NR. 37/57

"Das allgemeine Ziel der Angriffsperiode ist es, durch plötzliche Gewaltanwendung den gesamten Teil des Staatsapparates, der wirksamen Widerstand leisten könnte, kopflos zu machen, und in Verwirrung zu bringen ... Zeit ist das einzige, was die Aufständischen nicht verschwenden dürfen... Obwohl die Hauptstadt um jeden Preis genommen werden muß, sollte der Aufstand soweit wie möglich gleichmäßig im ganzen Land erfolgen. Die Nachrichtenverbindungen der Regierung müssen unterbrochen sein und die Regierungsanhänger terrorisiert werden. In dieser Hinsicht sollten die Aufständischen äußerst rücksichtslos sein."

Die Moneda, der Regierungspalast, sank in Trümmer. Jedes Ministerium mußte gestürmt werden. Todesschreie und Qualm über Santiago wie Valparaiso, Concepcion wie Valdivia zeugten von dem von NATO-Strategen geforderten "rücksichtslosen" Vorgehen.

Sie tragen sternenübersäte Paradeuniformen und spielen sich als Patrioten auf: die chilenischen Junta-Generale, die Gorillas von Santiago. Doch die Stunde der Wahrheit hat längst geschlagen - spätestens, als eine Junta-Delegation in Washington antrat, um zu melden, daß nach dem Putsch auftragsgemäß alle von der Regierung der Unidad Popular in Chile unter staatliche Kontrolle genommenen Betriebe und die Masse der aufgeteilten Ländereien kurzfristig wieder der in- und ausländischen Bourgeoisie übereignet werden. Die Junta er-

wies sich auch damit als ein Werkzeug der Monopole, von denen sie reichlich belohnt wurde. Bereits im November erhielt sie von Washington einen 300-Millionen-Dollar-Kredit. Somit kassierte sie für jeden der von ihr massakrierten UP-Anhänger - mehr als 30 000 - von der Wall Street ein Kopfgeld von 10 000 Dollar.

INSTRUKTION NR. 4/57 AUS DEM US-FORT GULICK

"Da es offensichtlich ist, daß der Staatsstreich die wirksamste und wirtschaftlichste Methode zur gewaltsamen Herbeiführung eines Regierungswechsels darstellt, ist es ... zweckmäßig, etwas ausführlicher zu untersuchen, welche Faktoren die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Staatsstreich bilden."

CIA-Agenten mischen mit

Papiere aus den Jahren 1970 bis 1972, aus denen die antichilenische Konspiration der ITT-Manager mit der CIA hervorgeht, geben Einblick in die funktionellen und personellen Kontakte des staatsmonopolistischen Systems der USA. Diese geheimen Papiere kamen mit Hilfe des mutigen Journalisten Jack Anderson über die "Washington Post" an die Weltöffentlichkeit. Darunter findet man die Mitteilung des ITT-Vizepräsidenten William Merriam an das ITT-Aufsichtsratsmitglied John McCone vom 9. Oktober 1970. Darin heißt es unter anderem:

"Heute habe ich mit unserem Verbindungsmann in der CIA, McLean, gesprochen... Wie mein Verbindungsmann sagte, müssen wir (im antichilenischen Komplott - J.M.) nach wie vor Druck auf die Geschäftskreise ausüben."

Andere von antiimperialistischen Kreisen der USA sichergestellte ITT-Dokumente weisen laut "Washington Post" nach,

"daß die Leitung der ITT enge Kontakte mit William Broe unterhielt, der damals Chef der Lateinamerika-Abteilung der CIA war. Gemeinsam arbeiteten sie Pläne für die Herbeiführung eines wirtschaftlichen Chaos in Chile aus, wobei sie hofften, daß dies die chilenische Armee zu einem Putsch veranlassen würde."

Drei Namen tauchten somit zunächst aus dem CIA-Dunkel auf. Es lohnt sich, in den Lebensläufen dieser Geheimdienstler zu blättern.



ITT-Chef Geneen, CIA-Verbindungsmann McCone

Der 71jährige John A. McCone, heute ITT-Aufsichtsratsmitglied, ist kalifornischer Konzernherr und hatte nacheinander im Staatsapparat der USA folgende Funktionen inne: stellvertretender Kriegsminister (1948/50), Staatssekretär der US Air Force (1950/51), Präsident der US-Atomenergie-Kommission (1958/61) und war schließlich selbst Direktor der CIA (1961/65). J.A. McCone war von vornherein als eine profilierte Figur des Militär-Industrie-Komplexes in das Komplott gegen Chiles fortschrittliche Regierung integriert. Auch der 58jährige Allan Francis McLean hat eine jahrzehntelange konterrevolutionäre Praxis hinter sich. Er war beispielsweise CIA-Berater des reaktionären Generals Suharto, der 1965 in Indonesien putschte und dabei schlagartig 500 000 Kommunisten und andere fortschrittliche Menschen umbringen ließ. Das Putschzentrum lag damals in Djakarta. Man erinnere sich, daß die chilenischen Faschisten im Sommer 1973 Häuserwände mit der Drohung gegen die UP beschmierten:

"Jetzt kommt Djakarta!"

Ebendiese Parole hatte der CIA-Mann McLean in Washington ausgegeben, der mittlerweile als CIA-"Sicherheitsberater" bei der sogenannten Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS), einem Machtblock der USA-Imperialisten und der lateinamerikanischen Kompradorenbourgeoisie, fungiert.

Vor dem international gefährlichen CIA - Lateinamerika - "Fachmann" William V. Broe, der seine Karriere als FBI-Spezialagent begonnen hatte, war aus der DDR schon vor einem halben Jahrzehnt in dem Nachschlagewerk "Who is who in CIA" gewarnt worden.

An der Spitze der CIA führte zunächst der CIA-Direktor Richard Helms den Untergrundkrieg gegen das Volk von Chile. Helms dirigierte bereits Mitte 1970 die reaktionärsten Kräfte des Andenlandes im Wahlkampf gegen den UP-Präsidentschaftskandidaten, Dr. Salvador Allende. Helms unterstützte mit seinem chilenischen Agentennetz intensiv den Präsidentschaftskandidaten der chilenischen rechtsradikalen National-Partei, den Großindustriellen Jorge Alessandri. Zu Helms' Methoden gehörten anti-kommunistische Provokationen und großangelegter Meinungssterror gegen die UP-Parteien. Die Machenschaften, zu denen auch versuchte Wahlmanipulationen gehörten, endeten zunächst in einem Riesenskandal, als von den chilenischen Sicherheitsorganen am 3. Mai 1970 eine ganze Flugzeugladung in den USA hergestellter Wahlkampfschriften für Alessandri beschlagnahmt wurde. Schon ein Jahr zuvor war vom Generalsekretär des chilenischen Gewerkschaftsverbandes CUT, Luis Figueroa, eine parlamentarische Untersuchungskommission durchgesetzt worden, die feststellte, daß die CIA mit Hilfe des sogenannten "Friedenskorps" in Chile emsig Spionage betrieb.

Am Vorabend der Präsidentschaftswahl versuchte CIA-Direktor Helms dann mit einer massiven Verleumdungskampagne in der chilenischen Rechtspresse noch einmal, Allende den Weg zum Präsidentenamt zu verbauen. 400 000 US-Dollar aus der CIA-Subversionskasse flossen zu diesem Zweck in die rechtsextremistischen Redaktionsstuben Chiles.

Als auch dieser Versuch scheiterte, wandten sich die ITT-Monopolherren am 23. Oktober 1970 mit ihren konterrevolutionären Forderungen direkt an den Dienstvorgesetzten von Helms, an Nixons Sicherheitsberater Henry A. Kissinger. Am 9. November 1970 schon versicherte Kissinger dem ITT-Vizepräsidenten und Multimillionär Merriam, der auch Leiter des Washingtoner ITT-Verbindungsbüros zur USA-Regierung ist:

"Es hilft sehr, Ihre Gedanken und Empfehlungen zu haben, und wir werden diese mit Sicherheit in Erwägung ziehen".



Hier entstand der Plan „Centaur“: CIA-Hauptquartier in den Virginia-Wäldern bei Washington

Im Chile benachbarten Bolivien stürzte der Heeresoberst Hugo Banzer am 22. August 1971 mit CIA-Hilfe die Linksregierung. In Costa Rica konnte ein von der CIA initiiertes Putsch gerade noch verhindert werden. Gegen das sozialistische Kuba wurden zwei CIA-Piraten-schiffe losgeschickt, die im Hoheitsgebiet dieses Landes aufgebracht werden konnten.

Gegen Chile aber wurde im CIA-Zentrum der auf den Umsturz zielende "Plan Centauro" aufgestellt. In Chile explodierten Tankstellen und sackten gesprengte Brücken zusammen. Pipelines wurden unterbrochen. Eine Flut von Drohbriefen steckte in den Briefkästen von UP-Anhängern. In den Straßen der Städte lauerten Attentäter. So spontan diese verschiedenen Anschläge in den Jahren 1972/73 auch erscheinen mochten, so sorgfältig geplant und abgestimmt waren sie jedoch - der "Plan Centauro" wurde realisiert.

Washingtoner Auftraggeber

Kurz nachdem, völlig rechtmäßig die USA-Telefongesellschaft des ITT-Monopols in Chile durch die UP-Regierung enteignet worden war, wandte sich am 1. Oktober 1971 der ITT-Vizepräsident Merriam an Nixons Sonderberater Peter G. Peterson:

"Ich meine, es sollte darauf hingewiesen werden, daß die Situation in Chile von der gesamten Administration (gemeint ist der Staatsapparat der USA - J.M.) absolut mit Vorrang zu behandeln ist und daß insgeheim, aber wirksam, alles getan werden sollte, um dafür zu sorgen, daß Allende die entscheidenden nächsten sechs Monate nicht übersteht. Das Weiße Haus sollte innerhalb des (vom Sicherheitsberater Henry Kissinger geleiteten - J.M.) Nationalen Sicherheitsrates einen Sonderstab einsetzen und auf Chile Druck ausüben. Diese Gruppe könnte Maßnahmen ergreifen mit dem Ziel:

- mit der CIA über Möglichkeiten zu diskutieren, wie sie den sechsmonatigen Druck unterstützen kann;
- verlässliche Quellen innerhalb des chilenischen Militärs anzubohren..."

Die Staatsspitze der USA griff erneut das ITT-Chilekonzept auf. Die koordinierende "Ar-

beitsgruppe Chile" wurde gebildet. Die CIA-Zentrale entwickelte unverzüglich den Umsturz-"Plan Centauro".

General Walters ohne Glacéhandschuhe

Dieser Plan trug die Handschrift des Generalmajors der US-Army Vernon A. Walters. Dieser wurde im Frühjahr 1972 von Präsident Nixon zum Vizedirektor der CIA berufen. Er war aus verschiedenen Gründen geeignet, die wirtschaftliche, psychologische und subversive Kriegführung gegen das chilenische Volk zu koordinieren. Militärisch kannte er den südamerikanischen Raum genau, denn Walters war ein Jahrzehnt lang Heeresattaché der USA in Rio de Janeiro gewesen. Seine diplomatischen "Spezialerfahrungen" sammelte er als mehrmaliger Berater des USA-Außenministers auf panamerikanischen Konferenzen. Die Methoden des Untergrundkrieges hatte General Walters im Geheimdienst-Camp Ritchie/USA intensiv studiert und persönlich als Starozent im US-Fort Gulick an lateinamerikanische Kursanten weitervermittelt. Als strenggläubiger Katholik - eine Seltenheit in der CIA - genoß er auch das besondere Vertrauen verschiedener christdemokratischer Führer, die vor allem durch ihre lähmende Obstruktionspolitik im Parlament die UP-Regierung bekämpften und progressive Maßnahmen hintertrieben.

Dokument indirekter Aggression

Der "Plan Centauro" ist ein Musterbeispiel imperialistischer Subversion, ein Beweis für die Politik indirekter Aggression. Er sah gebündelte Maßnahmen vor, die durch einen Putsch "gekrönt" werden sollten. Im einzelnen konzentrierte sich dieser CIA-Operationsplan auf

- diplomatische Sabotage Chiles,
- Erdrosselung der chilenischen Wirtschaft,
- Organisierung eines sozialen Chaos in Chile,
- Schaffung von Panikstimmung durch individuellen und Massenterror,
- Isolierung und Bekämpfung aller Angehörigen und Sympathisanten der Unidad Popular.

Die CIA scheute in der Wahl ihrer Mittel und Methoden nicht vor Morden und Sabotage zurück.

Gift auf den Feldern

Seitdem die chilenischen Bauern den Boden der 4 300 von der UP-Regierung enteigneten Latifundisten selbständig bewirtschafteten, fielen die Ernten schlecht aus - trotz günstigen Wetters, trotz jahrzehntelanger Produktionserfahrung und intensiver Pflege der Kulturen. In einzelnen Provinzen ging der Ernte-

ertrag um 30 bis 40 Prozent zurück. Der Reis reifte nicht, der Mais verkümmerte, der Weizen wuchs nicht. Die UP-Regierung mußte 1972 für 330 Millionen Dollar zusätzlich Lebensmittel importieren. Professoren und Studenten gingen aufs Land und fanden die Ursache für die Mißernten: Pflanzengifte "made in USA"! Der chilenische Botschafter in Mexiko, Hugo Vigorena, enthüllte dann diese Beispiele moderner Barbarei:

"Wir wissen, daß Agenten der CIA mit chemischen Giften Teile unserer Landwirtschaft ruinierten. Es waren Kampfmittel, die die Yankees vorher in Vietnam erprobt hatten und in unser Bewässerungssystem gaben. Die Bauern wunderten sich immer wieder, warum vor allem auf neuen Anbaugeländen die Pflanzen eingingen. Für die Giftnutzung gibt es Beweise. Sie liegen sicher verwahrt in einem Banktresor."

So sollten Hunger und Unruhe hervorgerufen werden - ganz wie es der Washingtoner "Plan Centauro" vorsah.

CIA-Spezialität: gefälschte Escudos

Nicht zuletzt handhabte die CIA gegen Volk und Regierung Chiles auch die äußerst perfide "papierene Waffe": Falschgeld. Die zivilen und militärischen Geheimdienstzweige der USA haben nach 1972 sowohl die Demokratische Republik Vietnam als auch Chile mit Falsifikaten überschüttet. Der Pentagon-Geheimdienst schleuste 1971 tonnenweise gefälschte Dong-Noten in die DRV ein bzw. warf das Geld von Bombern ab.

Zur gleichen Zeit steuerte die CIA einen wahren Strom gefälschter Escudos direkt oder über Drittländer nach Chile. Hortensia Allende, die Witwe des chilenischen Präsidenten, erklärte - übrigens von der USA-Regierung bis heute unwiderrufen:

"So wurden in den USA chilenische Banknoten gefälscht und in Chile in Umlauf gesetzt. Unser Land wurde damit buchstäblich überschwemmt. Das sollte die Inflation anheizen."

ITT und CIA bedienten sich dabei altbewährter Handlanger. Der SS-Sturmbannführer im SD Bernhard Krüger, der während des zweiten Weltkrieges Himmlers Falschgeldproduktion konzipierte und leitete, gehört zum Mitarbeiterstamm der Stuttgarter Standard Elektrik Lorenz AG. Diese Aktiengesellschaft ist der größte Tochterkonzern des ITT-Monopols in der BRD. Aber die Führten führen noch weiter: Himmlers raffinierteste Falschgeld-Vertriebsexperten haben sich an Chiles Grenzen herangeschoben. So auch der SS-Sturmbannführer und Kriegsverbrecher Fritz Schwendt alias Wenceslav Turi, der sich im Auftrag des US-Geheimdienstes im peruanischen Lima ansiedelte. Zur Zeit befindet er sich wegen immensen Geldschmuggels in peruanischer Untersuchungshaft. Schwendts "erfolgreichster" Falschgeldhändler aber, SS-Hauptsturmführer Federico H.C. Karnatz, lebte mit Wissen der BRD-Botschaft über ein Jahrzehnt lang in Chile und fungiert jetzt als Direktor mit Generalvollmacht in der argentinischen Bank, einer Tochtergesellschaft der Deutschen Bank AG. Eine mit der Wall Street tausendfach verbundene Großbank verzichtete also nicht auf einen international bekannten Falschgeldhändler. Und dieser Mann taucht in Buenos Aires, der Hauptstadt eines Landes auf, das eine über 3 500 km lange Grenze mit Chile aufweist. Wer glaubt da noch an Zufälle? Die "papierene Waffe" der CIA erfüllte gleichzeitig mehrere Zwecke:

Chiles Geldumlauf wurde künstlich aufgebläht, die Kaufkraft des Escudos ausgehöhlt, der Schwarzmarkt belebt. Gefälschte Escudos konnten von der CIA in beliebiger Höhe an die faschistische Organisation "Patria y Libertad", die streikenden Lastkraftwagenbesitzer, an Spione und Saboteure als Sold gezahlt werden. Disproportionen zwischen umlaufender Geld- und bereitstehender Warenmenge erhöhten außerdem die Lebenshaltungskosten.

All das sollte letztlich dazu dienen, das Vertrauen der Chilenen zur UP-Regierung auszuhöhlen. Da auf dem schwarzen Markt von Santiago und Valparaiso schließlich 1 500 Escudos für einen einzigen krisenschwachen Dollar gezahlt werden mußten (1970 entsprach 1 US-Dollar 18 Escudos), brauchte die CIA immer weniger Dollars einzusetzen, um die aktiven Feinde der Unidad Popular zu besolden. Deshalb war die Escudo-Fälschung eine der "stillen", doch international kriminellsten Aktionen der CIA im Auftrage der Wall Street.

Eine gepanzerte Limousine bringt den 54jährigen William Egan Colby zum Capitol. Colby ist der im Frühjahr 1973 von Präsident Nixon neuernannte CIA-Direktor, ein Mann, der seit 30 Jahren für die USA subversiv tätig ist. Er gilt im Weißen Haus wie in der Wall Street als Spezialist für konterrevolutionäre "Befriedungsprogramme". Seine CIA-Aktion "Phoenix" kostete mehr als 20 000 Vietnamesen das Leben. Am 11. Oktober 1973 - also genau einen Monat nach dem blutigen Putsch in Chile - berichtete er vor dem "Unterausschuß für interamerikanische Angelegenheiten" des USA-Repräsentantenhauses, in welchem Maße die CIA am Sturz der Volksregierung in Chile beteiligt war. Dem Geheimprotokoll dieser Sitzung zufolge - die Veröffentlichung ist der "Washington Post" zu verdanken - gestand CIA-Direktor Colby ein, daß seine Agenten bis zum Putsch unter allen oppositionellen Parteien agiert und "enge Kontakte mit den chilenischen Militärs unterhalten" hatten. Diese massive Einnischung des staatlichen Geheimdienstes der USA in die Innenpolitik Chiles war geplant. Sie war fester Bestandteil des CIA-"Planes Centauro".

Die politischen Marionetten

Reaktionäre Parteien und faschistische Schlägertrupps - vor allem die sogenannte Nationalpartei und die nach Nazimuster formierte "Patria y Libertad" - dienten der CIA bei der Durchführung ihres Planes, die Regierung



Die „papierene Waffe“ der CIA: Falschgeld. Gefälschte Dong-Noten (Foto oben), wurden 1971 tonnenweise über der DRV abgewor-

fen; gefälschte Escudos (Foto unten) aus den USA massenweise nach Chile gebracht. Fotos: ZB, NBI-Archiv

**INSTRUKTION NR.
32/57 AUS DEM FORT
GULICK**

„In militärischer Hinsicht kann der erfolgreiche Staatsstreich in drei verschiedene Phasen unterteilt werden, die wir zweckmäßigerweise als Vorbereitungs-, Angriffs- und Stabilisierungsperiode bezeichnen wollen. Die Vorbereitungsperiode beginnt mit dem ersten Verschwörungsversuch gegen das bestehende

Regime und endet mit dem ersten Schuß in der Hauptaktion... Es kann keinen Zweifel geben, daß die erste oder Vorbereitungsperiode bei weitem die schwierigste, gefährlichste und unsicherste ist. Von dieser Phase hängt sehr oft der Erfolg oder Mißerfolg der gesamten Operation ab.

Dr. Salvador Allendes zu stürzen. Der vor dem Putsch mehrmals in Washington instruierte CIA-Spitzenagent in der Christdemokratischen Partei, der 63jährige chilenische Expräsident Dr. jur. Eduardo Frei, besitzt in der Santiagoer Hindenburgstraße 683 einen als Putschistentreffpunkt dienenden Palast. Frei gehört seit Jahren dem Präsidium des antinationalen "Institutes Chileno Norteamericano" an und war 1941, mit 30 Jahren, als militant-antikommunistischer Katholik bereits Präsident der chilenischen Falange (Partido Político Falange Nacional). Schon bei der Präsidentschaftswahl 1964 hatte die CIA den Wahlkampf der Christdemokratischen Partei und ihres Kandidaten mit 20 Millionen US-Dollar finanziert. Nur mit großangelegtem Stimmenfang war es möglich, Freis Gegenkandidaten, Dr. Salvador Allende, noch einmal zu schlagen.

Die sich demagogisch "Patria y Libertad (Vaterland und Freiheit)" nennende Faschistenorganisation stand unter dem Kommando von CIA-Söldlingen wie Pablo Rodriguez, Sergio Pérez Cabezas und Roberto Thieme. Sie ging ebenso verbrecherisch wie die zur Nationalpartei gehörende Schlägerbrigade "Rolando Matus" vor.

Was bedeutet SACO?

Im Mai 1973 - in Washington war Minister Colby CIA-Chef geworden - malten Faschisten in Chile nachts an Kirchen- und Häusermauern die Parole: "SACO verwirklichen!" Wörtlich bedeutet Saco Sack, aber für die eingeweihten Initiatoren dieser CIA-Operation bedeuteten die vier Buchstaben: Sistema de Accion Civica Organizada (System der organisierten Zivilaktion). Eine Welle von Sabotage- und Diversionen sollte den militärischen Putsch vorbereiten und den Widerstand gegen die Putschisten lähmen. Die SACO-Direktiven wurden auf einer konspirativen Führerkonferenz der "Patria y Libertad", die zwischen dem 21. März und dem 1. April in Santiagos Rafael-Canas-Straße 214 tagte, fixiert und danach heimlich im ganzen Land an die UP-Gegner verteilt.

Angriff auf die Produktion

Die SACO-Operation sah für die reaktionären Privatindustriellen beispielsweise einheitlich vor:

- 1. mindestens 20 Prozent der einlaufenden Materialien zu verbergen,
- 2. einen Vorrat von Ersatzteilen in Keller-räumen außerhalb des Betriebs anzulegen und im Betrieb selbst den langsamsten Arbeitsrhythmus zu unterhalten...
- 10. dem staatlichen Sektor nur die Erzeugnisse schlechtesten Qualität und in geringsten Mengen zu liefern."

Während die chilenischen Werktätigen erfolgreich die Produktionsschlacht schlugen - in vielen Industriezweigen hatten die Staatsbetriebe beachtliche Zuwachsraten - schuf die Großbourgeoisie künstlich Engpässe, provozierte planmäßig Disproportionen, heizte sie die Spekulation an. Außerdem spitzte die Oligarchie die Devisenlage zu, indem sie mindestens 680 Millionen Dollar ins Ausland verschob.

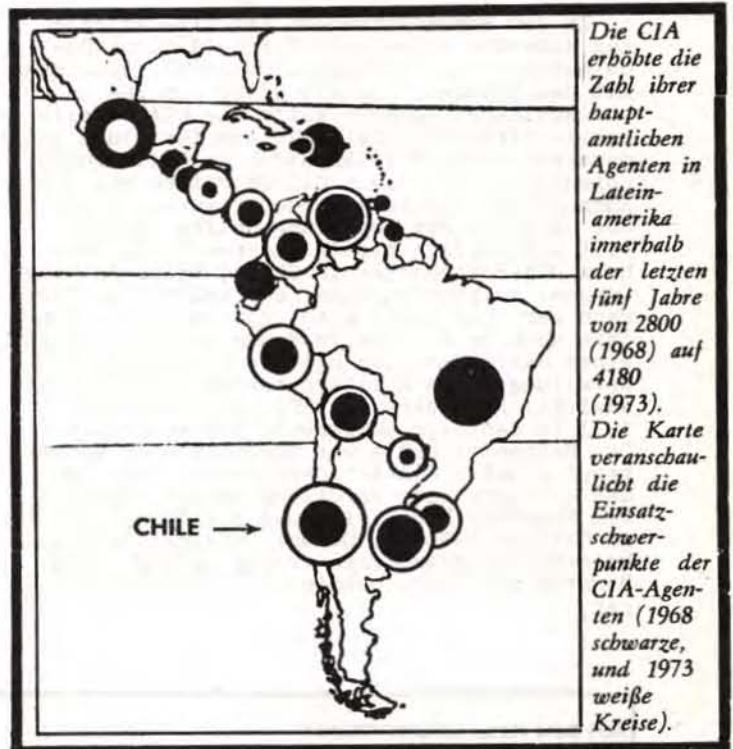
Desorganisation des Handels

SACO riet den Kaufleuten in Punkt 3 des Planes,

"an die Anhänger der Unidad Popular nach Möglichkeit nichts zu verkaufen bzw. sie mit den schlechtesten Waren in geringsten Mengen zu beliefern",

und in Punkt 6,

"keinem einzigen Anhänger der Unidad Popular die Zeit des Verkaufs der Waren, den Tag und die Stunde ihres Eintreffens mitzuteilen".



Die CIA erböhte die Zahl ihrer hauptamtlichen Agenten in Lateinamerika innerhalb der letzten fünf Jahre von 2800 (1968) auf 4180 (1973). Die Karte veranschaulicht die Einsatzschwerpunkte der CIA-Agenten (1968 schwarze, und 1973 weiße Kreise).

Viele Kaufleute, die sich nicht daran hielten, wurden Opfer faschistischer Überfälle. Vor vielen Läden bildeten sich lange Schlangen. Die UP-Regierung sicherte trotz enormer Schwierigkeiten die Versorgung mit Lebensmitteln und Industriewaren zu erschwinglichen Preisen. Da legte der in den USA ausgebildete CIA-Agent Leon Vilarín im Juli 1973 zusammen mit den Transportunternehmern 40 Tage lang 45 000 Lkw still. Unzählige Lkw wurden demonstriert, unbrauchbar gemacht. Aber Lastkraftwagen sind im etwa 4 000 km langen Chile das Haupttransportmittel. Die UP formierte deshalb freiwillige Transportbrigaden, 10 000 Fahrzeuge von zur UP stehenden Lastkraftwagen-Eignern rollten Tag und Nacht. Doch die Lkw wurden von den Faschisten aus Hinterhalten beschossen, einige Milchfahrer totgeprügelt, der Sekretär des regierungstreuen Lkw-Eignerverbandes, Oscar Balbao, bestialisch ermordet.

Die von der CIA ferngesteuerte SACO-Operation war noch umfassender. Mit ihr erhielten die Gegner der UP in den

Dörfern unter anderem die Direktive,

"alle Aktivisten der Unidad Popular zu ermitteln, sie zwecks Einschüchterung ständig im Auge zu behalten".

Den privaten Unternehmern wurde von "Patria y Libertad" nahegelegt, Namenslisten von Arbeitern und Angestellten,

"die mit der UP sympathisieren, anzufertigen und immer bei der Hand zu haben".

Diese Namenslisten waren dann die Grundlage für den fast beispiellosen Mordterror. Allein in den letzten drei Monaten vor dem Putsch wurden von den Sicherheitsorganen der UP-Regierung über 1 000 Attentate registriert, die 127 Tote und Verletzte zur Folge hatten. Die chilenischen Faschisten lieferten noch vor Putschbeginn Kopien der "schwarzen Listen" an ihre Gesinnungsfreunde im chilenischen Generalstab. So läßt sich die Eskalation des Terrors, läßt sich die Blutspur bis in das CIA-Hauptquartier zurück verfolgen.

Projekt Camelot ist unvergessen

In den Panzerschränken der CIA-Zentrale lag außerdem schon seit Mitte 1965 die Geheimanalyse des "Projekts Camelot". Gemeinsam mit dem Pentagon und mit Hilfe von in- und ausländischen Agenten hatte die CIA bereits damals versucht, Möglichkeiten für einen antidemokratischen Militärputsch in Chile auszuspielen. Als diese CIA-Operation von den Kommunisten Chiles aufgedeckt wurde, blieb der bürgerlichen Regierung Chiles im Juni 1965 schließlich nichts anderes übrig, als beim USA-Botschafter in Chile, Ralph Anthony Dungan, zu protestieren, der selbst ein CIA-Mann war. Das löste nicht nur in Chile, sondern auch in den USA Empörung aus. Seit fast einem Jahrzehnt also hat die CIA an der Vorbereitung eines Militärputsches in Chile mitgewirkt. Auch der von 1972 bis zum Putsch 1973 in Santiago amtierende USA-Botschafter Dr. Nathaniel Davis war persönlich in konterrevolutionäre CIA-Aktionen verstrickt. Nach der erfolgreichen Erfüllung seiner subversiven Funktion berief ihn das State Department im Oktober 1973 ab. Obwohl international gebrauchsmarkt, avancierte er zum persönlichen Berater des USA-Außenministers Henry Kissinger.

AUS DEM 1973er LEHRPROGRAMM DES USA-FORTS GULICK:

Zumindest in der letzten Vergangenheit wurden den technischen Einzelheiten des Staatsstreichs zu wenig militärische Erwägungen gewidmet. Es ist vielleicht natürlich, daß der Staatsstreich kein Studienobjekt in den meisten Offiziers-

schulen war... In vieler Hinsicht scheint diese Vernachlässigung als unangebracht, denn es ist möglich, daß der Staatsstreich in den militärischen Kalkulationen für die Zukunft eine immer größere Rolle spielen wird.

Mauser-Gewehre und MG 42

Kurz nach dem Putsch in Chile schrieb die BRD-Illustrierte "Stern" in einer Reportage über den 11. September 1973:

"Die Soldaten bestreichen mit ihren Maschinengewehren, MPs und Mauser-Gewehren Palast, umliegende Ministerien und Verwaltungsgebäude."

Eben diese Mauser-Gewehre stammten aus Betrieben des deutschen Militär-Industrie-Komplexes.

Ein Pariser Korrespondent kablete aus der chilenischen Metropole, daß Pinochets Mordkommandos des 2. Panzerregiments nach dem Massaker für die Junta-Generale

"ein Panzermarschlied der Hitlerwehrmacht sangen und eine Militärkapelle sodann den 'Badenweiler' spielte".

Axel Springers "Welt" rechtfertigte politisch das KZ im Santiagoer Nationalstadion und berichtete stolz über die dort verwendeten Maschinengewehre der Hitlerwehrmacht.



Ein Mann hetzt durch Santiago. Die Junta hat auf ihn eine Kopfprämie von umgerechnet 4 000 DM ausgesetzt. Die Wohnungen seiner Bekannten sind nach ihm durchsucht worden, die Häuser der Verwandten werden überwacht. Die Gruft auf dem Friedhof, die ihm als Unterschlupf diente, ist zu unsicher geworden; denn stündlich werden die Opfer des Massenterrors zu Grabe getragen. Kann sich Patricio Palma vor seinen Mördern retten? Er, noch vor wenigen Tagen Direktor für Industrie und Handel im Wirtschaftsministerium der UP-Regierung, ist in höchster Lebensgefahr. Deshalb sucht er in der BRD-Botschaft um Asyl nach. Er sieht darin die letzte Chance, den Häschern zu entkommen, denn die Santiagoer Botschaften Mexikos, Schwedens und der anderen Staaten sind mit Flüchtlingen überfüllt.

SA-Führer hofiert Junta

Doch der Botschafter der BRD weist ihn ab, wie er seit dem 11. September auch andere Schutzsuchende abgewiesen hat. Nicht umsonst hatte Bonns Auswärtiges Amt den 62jährigen Kurt R. Luedde-Neurath kurz vor dem Putsch als diplomatischen Repräsentanten bundesrepublikanischer Interessen nach Santiago beordert. Luedde-Neurath, seit 1938 Mitglieds-Nr. 4745 122 der Hitlerpartei und ehemaliger Sturmführer der SA, ist ein erprobter Verbindungsmann des deutschen Imperialismus zu Nazi-partnern, faschistischen Diktatoren und anti-kommunistischen Regimes. Während des zweiten Weltkrieges vertrat eben dieser Luedde-Neurath Hitlerdeutschland beim Kriegspaktpartner Japan und die BRD nach 1953 in Franco-Spanien, beim Diktator Duvalier auf Haiti und in Indonesien. Bereits zehn Tage nach dem blutigen Putsch absolvierte er als einer der ersten Botschafter der Welt formvollendet seinen Antrittsbesuch bei der Militärjunta.

Profitgeier über Chile

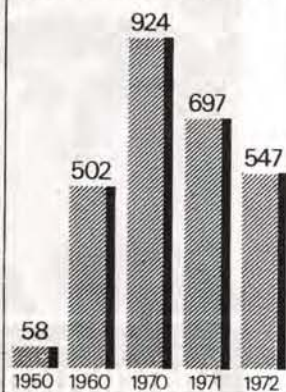
Bis 1970 war das BRD-Monopolkapital in der Andenrepublik Chile im Vormarsch. Mit 355 Millionen DM hatte die Bundesrepublik zwischen 1960 und 1970 die chilenische Bourgeoisie finanziell unterstützt. Außerdem investierten BRD-Konzerne und Großfirmen über 800 Millionen DM, um Extraprofite zu scheffeln. Mit 250 Millionen DM Kapital waren allein die Chemiegiganten Bayer AG, Farbwerke Hoechst AG und die Badische Anilin- und Sodafabrik in Chile eingedrungen. Aber auch die Elektro-Monopole AEG, Siemens, Bosch sowie Montankonzerne Preussag, Ferrostaal AG und der Bautrust Hochtief AG beuteten das chilenische Volk aus. Keine Tochtergesellschaft dieser insgesamt über siebzig Firmen war von der UP-Regierung enteignet worden. Doch die von Regierung und Gewerkschaftszentrale durchgesetzte Erhöhung der Löhne und Gehälter schränkte auch in diesen Betrieben den Profitwucher und die neokolonialistischen "Freiheiten" der Konzernbosse ein. Deshalb zogen sie alle flüssigen Finanzmittel aus Chile ab, unterstützen aber mit großzügigen Spenden die Gegner der Unidad Popular.

Die Filialen der Deutsch-Überseeischen Bank (Tochtergesellschaft der Deutschen Bank) und die der Deutsch-Südamerikanischen Bank (Tochtergesellschaft der Dresdner Bank) allerdings waren wie alle Auslandsbanken verstaatlicht worden.



Der Christdemokrat Eduardo Frei, österreichisch-schweizer Abstammung, wurde 1964 auch mit 50 Millionen DM-Wahlkampfgeldern aus der BRD von der Adenauer-CDU zum Präsidenten Chiles gemacht.

Einfuhr in Millionen DM



Seit dem Wahlsieg der UP drosselte die BRD ihre Importe aus Chile um 40 Prozent und entzog damit der Regierung Allende 800 Millionen DM für die Verwirklichung des sozialen Programms.

Immer wieder Erpressung

Die BRD-Imperialisten unterstützen ihre nordamerikanischen NATO-Partner im Kampf gegen den politischen und sozialen Fortschritt in Chile. Chiles Exportgut Nr. 1 ist Kupfer, das 78 Prozent der Devisen bringt. Chiles bedeutendster Kupferabnehmer war die BRD, die 36 Prozent ihres Bedarfs aus dem Andenstaat deckte. Innerhalb von 30 Monaten senkte sie ihre Bezüge aus den inzwischen verstaatlichten Kupferminen auf die Hälfte. Damit sollten Chile die für den Kauf von Lebensmitteln dringend benötigten Devisen entzogen werden, um die Verwirklichung des sozialen Programms der UP-Regierung zu hintertreiben. Im Auftrage des USA-Montanmonopols ließen BRD-Ämter und -Gerichte Anfang 1973 auch noch mehrere tausend Tonnen chilenischen Kupfers in Hamburg illegal beschlagnahmen. Durch Börsenmanipulationen halften die BRD-Kapitalisten, vorübergehend den Chile-Kupferpreis um etwa 30 Prozent herabzudrücken. Das gemeinsame Vorgehen des international verflochtenen Monopolkapitals führte dazu, daß die Einfuhren der BRD

aus Chile von 1970 bis 1972 um 40 Prozent gedrosselt wurden. Allein dadurch büßte die UP-Regierung von 1971 bis zum Herbst 1973 in ihrer Außenhandelsbilanz etwa 800 Millionen DM ein. Nachdem die Regierung Allende im April 1971 diplomatische Beziehungen zur DDR aufgenommen hatte, forr Bonns SPD/FDP-Regierung ihre sogenannte Entwicklungshilfe unverzüglich ein und setzte ihre Kreditzusagen für zinsgünstige "Kapitalhilfe" außer Kraft. Trotz dieses Erpressungsversuchs hielt die UP-Regierung an ihrer souveränen Entscheidung fest.

Im April 1973 tauchte der parlamentarische Staatssekretär im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit der BRD, Hans Matthöfer, abermals in Santiago auf und bot der UP-Regierung 15 000 Tonnen Weizen für den Fall an, daß sie in einem abzuschließenden Vertrag darüber Westberlin als Bestandteil der BRD deklarieren. Auch dieser würdelose politische Schacherversuch scheiterte an der Unbestechlichkeit Dr. Salvador Allendes und seiner Regierung. Im November 1973 schenkte die BRD-Regierung dann der Santiagoer Militärjunta eine erste "Hilfs"lieferung im Werte von 11 Millionen DM, zu der im Januar 1974 weitere 21 Millionen DM kamen.

Der Baron von „El Rocho“

Die von Multimillionären der BRD in Chile zusammengehamsterten Latifundien von meist 3 000 bis 5 000 ha Gutsgröße sind im Süden des Landes konzentriert. Mit feudalem Lebensstil plazierten sich die Besitzer des westdeutschen Hertie-Warenhauskonzerns, der "Quelle"- sowie "Otto"-Versandhäuser und der "Kaiser's-Kaffee"-Ladenkette unter chilenischem Himmel auf ihren Domänen. Zu ihnen gesellten sich aus der BRD-Aristokratie Brigitte Gräfin von Normann und Knut Freiherr von Kühlmann-Stumm, um nur ein paar Namen zu nennen. Der adlige Kühlmann-Stumm aus Hessen investierte mindestens 10 Millionen DM im Andenland. Ihm gehören drei Latifundien - darunter "El Rocho" und "Fundo Huillin" in der Osorno-Provinz - sowie mehrere Ziegeleien und Baustofffirmen bei Santiago. Die Millionäre mit Investitionen in Chile nutzten so ihre Macht, um verstärkte Untergrundattacken gegen die UP-Regierung zu fordern. Kühlmann-Stumm, ehemaliger Nazi-Generalstabsoffizier, saß beispielsweise nicht nur neben den "Chile-Experten" Bruno Heck und Heinrich Gewandt (beide CDU) sowie Hans-Jürgen Wischniewski (SPD) im Bundestag, sondern hatte als Mitglied des "Vertrauensmännerausschusses für die Geheimdienste" der BRD auch beste persönliche Beziehungen zu den in Pullach bei München residierenden BRD-Geheimdienstgeneralen Reinhard Gehlen, Gerhard Wessel, Heinz Burchardt und Hans Pilster.

Hamburg 11, Bei den Mühren, Hausnummer 70. Hier, in dem bekannten Überseehafen, ist der Sitz der Transtechnica GmbH & Co. Das ist eine am Südamerikageschäft beteiligte Firma, ordentlich im Handelsregister eingetragen, aber im Hamburger Telefonbuch nicht zu finden. Die Geschäftsleitung dieses mysteriösen Unternehmens verbreitete in der BRD schon am 20. September 1973, neun Tage nach dem blutigen Putsch in Chile, in einem exklusiven Kreis von Empfängern den "Situationsbericht Chile", eines "uns nahestehenden Herrn aus Santiago". Dieser namenlose Herr gab durch Transtechnica bekannt:

"Wir wissen, daß es schwierig ist, vor der Weltöffentlichkeit diesen Militärputsch zu rechtfertigen. Doch für uns, die wir im einzelnen wußten, welche Schritte man plante, besteht keinerlei Zweifel, daß die einzige Lösung ein Militärputsch war."

Und so kündigte Transtechnica auch gleich

"großen Bedarf an Importgütern" in Chile an und empfahl allen kapitalistischen Staaten, bald die Junta anzuerkennen.

"Die Botschaftsangehörigen in Chile, die Angehörigen des Generalkonsulats, des Goethe-Instituts, die Mitglieder des DED, der Adenauer- und der Friedrich-Ebert-Stiftung seien nicht zu Schaden gekommen",

meldete in der Zeit der chilenischen Massenmorde der Westberliner "Tagesspiegel" am 15. September 1973.

Einen Tag nach dem mysteriösen Rundbrief bestätigten das Auswärtige Amt in Bonn und die BRD-Botschaft in Santiago den amtlichen Verkehr mit dem Militärregime in Chile.

Spuren des westdeutschen Geheimdienstes BND

Wer aber waren in der BRD jene, die "im einzelnen wußten, welche Schritte man plante"? Das 1971 erschienene antikommunistische Testament des Generalleutnants a. D. der Bundeswehr Reinhard Gehlen, der bereits zu Hitlers Spionage- und Sabotageexperten zählte und bis 1968 Chef des Geheimdienstes der BRD (Bundesnachrichtendienst, BND) war, gibt darüber Auskunft. In seinem Buch heißt es auf Seite 385:

"Wir haben alle Veranlassung, die Entwicklung in Chile und den anderen Ländern, in denen eine Beteiligung der Kommunisten an der Regierungsmacht bereits verwirklicht ist oder bevorsteht, mit großer Aufmerksamkeit und Sorge zu beobachten."

Die folgend aufgeführten Aktivitäten des BND sind bereits konkrete Schritte aus der besorgte empfohlenen Aufmerksamkeit: Gehlens Nachfolger im Amt, Generalleutnant der Bundeswehr, Gerhard Wessel, der sich wie Gehlen seine Spuren unter Hitler verdient hatte, setzte sofort nach dem Wahlsieg Präsident Allendes den weit verzweigten Apparat des Bundesnachrichtendienstes gegen die Regierung der Unidad Popular in Gang. Fortan beschäftigten die drei operativen Abteilungen des BND ihre Lateinamerika-Referate mit der Untergrundarbeit in Chile. Unterstützt wurden sie dabei von der chilenischen Niederlassung der BRD-Konzerne. Viele Mitarbeiter der 12 000 in Chile tätigen BRD-Bürger wurden auf diesem Wege für subversive Aufgaben eingesetzt. Doch nicht nur das.

"Wessels BND ist", so wußte "Der Spiegel" kürzlich mitzuteilen, "zugleich Stammfirma zahlreicher Wirtschaftsunternehmen, die bei Finanzämtern und Handelsgerichten ordnungsgemäß angemeldet sind. Er sitzt im Kaffee-Export und in Schifffahrtslinien... Scheinfirmen und Tarnfirmen, Scheinbüros und Tarnwohnungen sind die Maschen eines nachrichtendienstlichen Netzes, das sich über die ganze Welt zieht und in der Bundesrepublik geknüpft wird."

Ganz offenbar gehört die Hamburger Transtechnica GmbH, auf deren Chile-Ratschläge die BRD-Regierung unmittelbar reagierte, zu diesem Untergrundsystem. Ebenso eine stattliche Reihe von Gesellschaften, die Beziehungen nach Afrika, Nahost, Südamerika und Fernost pflegen", wie das Hamburger Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" zu vermelden weiß. Die cleveren Redakteure dieser Zeitschrift wagen es natürlich nicht, die Namen dieser so fein umschriebenen "Gesellschaften" an den



←
Einer von Hitlers Spionage- und Sabotageexperten: Reinhard Gehlen, bis 1968 Chef des BND
Sein Nachfolger, Generalleutnant der Bundeswehr Gerhard Wessel, mobilisierte den BND-Apparat im Interesse der Monopole für den Untergrundkrieg in Chile. Viele der 12.000 in den Andenrepublik tätigen BRD-Bürger wurden dafür eingesetzt.



Geheimdienstchef G. Wessel, BND



Die Bundeswehr bildete im letzten Jahrzehnt 14 chilenische Offiziere an ihrer Führungs- bzw. Stabsakademie in Hamburg aus. Vor 1970 inspizierten die Nazikriegsverbrecher General Hans Speidel als Befehlshaber der NATO-Landstreitkräfte Europa-Mitte und der Generalinspekteur der Bundeswehr Josef Moll Chile. Die Mauserwerke AG (Flick-Konzern) in Oberndorf am Neckar rüstete bis 1970 Chiles Armee und Polizei mit Handfeuerwaffen aus. Der nazistisch orientierte "Deutsch-Chilene" Luftwaffengeneral Heidmann gehört jetzt zur Santiagoer Militärjunta.

AUS DEM LEHRPROGRAMM DES FORT GULICK:
Nur der größte Optimist kann hoffen, daß die gewaltsame Lösung politischer Probleme künftig aufgegeben wird. Es ist sicher wahrscheinlicher, daß man nach anderen Methoden der Gewaltanwendung suchen wird und unter diesen verdient der Staatstreich in jeder Hinsicht die größte Aufmerksamkeit.

Pranger zu stellen. Aber wir kennen sie und wir tun es. Es handelt sich dabei um die folgenden staatlichen und Parteiinstitutionen der BRD:

- "Konrad-Adenauer-Stiftung" der CDU mit einer Filiale in Chile;
- "Friedrich-Ebert-Stiftung" der SPD mit einer Filiale in Chile;
- "Ibero-Amerika-Verein", Hamburg;
- "Deutsch-Ibero-Amerikanische Gesellschaft", Frankfurt (Main);
- "Ibero-Klub", Bonn;
- "Deutsche Ibero-Amerika-Stiftung", Hamburg;
- "Institut für Ibero-Amerika-Kunde", Hamburg;
- "Deutscher Entwicklungsdienst (DED) ("Servicio de Voluntarios Alemanes"), Bad Godesberg, mit einer Filiale in Chile;

"Goethe-Institut", München, mit Filialen in Santiago und Valparaiso ("Instituto Chileno-Alemán de Cultura").

Wie tief diese Institutionen in die Vorbereitung des faschistischen Putsches verstrickt waren, läßt sich auch daran erkennen, daß jene BRD-Bürger, die zugegebenermaßen "im einzelnen wußten, was geplant war", von den brutalen Übergriffen der Junta gegen ausländische Diplomaten, Journalisten, Wissenschaftler und Studenten sorgsam ausgenommen wurden.

Bundeswehr und Junta

Zwei Monate nach dem Putsch, am 10. November 1973, nahm der Brigadegeneral a.D. der Bundeswehr Dr. jur. Friedrich Beermann die blutige Militärjunta sogar öffentlich in Schutz und diffamierte alle Andersdenkenden. Beermann ist nämlich nicht irgendwer. (1934 Offiziersanwärter in der Reichswehr; 1944 Oberstleutnant und Regimentskommandeur der Hitlerwehrmacht; 1955 Referent für "Sicherheitsfragen" beim SPD-Vorstand; 1962 Oberst im Generalstab und BRD-Repräsentant bei der Standing Group der NATO in Washington; seit 1969 Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion.) Und seine Meinung ist gewiß viel mehr als nur eine private.

"Friedrich Beermann hat die gleichen Ansichten schon einmal vorgetragen",

erfährt man von der Hamburger Zeitung "Die Welt".

"In der Bundestagsfraktion der SPD".

Aber nicht nur mit der Person Beermanns beweisen sich die schon traditionellen Bindungen des reaktionären Militärs Chiles an die Generalität des deutschen Imperialismus. Einer der vielen möglichen Beweise dafür ist jetzt bekannt geworden. Schon am 23. März 1971 hatte sich im Konferenzsaal des Bundeswehrbereichskommandos VI in der Münchener Dachauer Str. 128 eine exklusive Runde zusammengefunden.

Die Eingangskontrolle war besonders scharf. Es tagten die Südamerika-Experten der Bundeswehr und der militaristischen BRD-"Gesellschaft für Wehrkunde". Referent des Tages: Oberst Dr. rer. pol. Dietrich Fiechtner, aus Chile zurückgekehrter Militärattaché der Bundeswehr, einstiger Generalstabsmajor im Oberkommando des nazistischen Heeres. Diskussions-thema der Konferenz: Worin muß der Beitrag der Bundeswehr bestehen, um gemeinsam mit dem NATO-Partner USA Volksfrontregierungen in Lateinamerika zu verhindern.

Schon seit langem fällt auf, daß sich die BRD in Chile gern von belasteten Nazis und Angehörigen des hitlerschen Offizierskorps repräsentieren läßt. Das trifft zum Beispiel auch auf die Oberstleutnante im Generalstab Karl-Heinz Marbach und Franz Loyo zu, die als Militärattachés der Bundeswehr berufen wurden.

Aber nicht nur mit solchen offiziellen Repräsentanten der Bundeswehr hat man es dort zu tun. Andere machen ihren Einfluß in der Verkleidung von "Zivilpersonen" geltend. So tauchte der faschistisch belastete Vizeadmiral Friedrich Frisius als Großgrundbesitzer und konterrevolutionärer Bodenspekulant im chilenischen Rancagua auf. Die Santiagoer Lufthansa-Filiale wird von Reinhold Freiherr von Malapert-Neufville dirigiert, einem Kapitänleutnant der Nazikriegsmaschine. Frisius und der adlige Malapert-Neufville sind insgeheim in der Bad Godesberger "Marine-Offizier-Vereinigung (MOV)" organisiert, deren Satzung alle Mitglieder verpflichtet, wo auch immer, der Bundeswehr zu assistieren. Das "Instituto Chileno-Alemán de Cultura" der BRD in Santiago wurde von einem Dr. phil. Günter Bär aufgebaut, der als Offizier in Hitlers "Afrika-Korps" groß geworden ist. Jetzt amtiert in diesem "Instituto" der Augsburgener Dr. phil.

Rudolf M. Hartweg, der an der faschistisch geleiteten Universität von Madrid für seine Funktion vorbereitet wurde. Die Niederlassung dieses BRD-Instituts in Valparaiso wird von einem Dr. phil. Dieter Greiner geführt, der illegal die DDR verlassen hat, nachdem er 1953 als konterrevolutionärer Agent entlarvt worden war.

Unruhe im Weißen Haus

Am 17. September 1973 hatte der namentlich in das Anti-Chile-Komplott verwickelte Geheimdienstberater Nixons, Henry Kissinger, vor dem außenpolitischen Senatsausschuß der USA auszusagen. Kissingers Behauptung,

"weder die Regierung noch die CIA der USA sind in den Putsch in Chile am 11. September verwickelt",

ist von den bekanntgewordenen Tatsachen bereits widerlegt. Kissinger ging von der ihm wohlbekannten Geheimanweisung "NSC 10/2" vom Jahre 1948 aus. Darin gestattet der "Nationale Sicherheitsrat"

der CIA "Spezialoperationen", vorausgesetzt, "daß sie geheim und begrenzt genug sind, daß die Regierung der USA sie ableugnen kann."

Es war also nur folgerichtig, wenn US-Senator Edward Koch Kissinger entgegenhielt:

"Nur ein Kongreßausschuß, der Zeugen unter Eid vernimmt, kann endgültige Klarheit bringen. Das amerikanische Volk ist nicht bereit, Dementis der CIA und des Weißen Hauses ungeprüft zu glauben."

Im Oktober mußte der neue CIA-Direktor William Egan Colby unter Eid die Wahrheit eingestehen, daß die CIA alle oppositionellen Kräfte Chiles großzügig unterstützt hat. Der zutiefst in innenpolitische Auseinandersetzungen wie den Watergate-Skandal verwickelte USA-Präsident Nixon aber nutzte alle seine Beziehungen, um das Bekanntwerden weiterer Einzelheiten über die Subversion der USA gegen Chile zu verhindern. Wen wunderte es noch, daß seine Regierung die Santiagoer Junta sehr schnell anerkannte, ebenso wie dies die NATO-Partner Großbritannien und Belgien taten.

Ende 1973 setzten die USA in Santiago einen neuen Botschafter ein: den 61jährigen David Henry Popper, einen Mann von hohem politischem und militärischem Rang. Popper war Generalstabsoffizier der U.S. Army, hatte 1965 die Militärakademie der USA absolviert und danach das "Büro für die NATO und militärische Angelegenheiten" im State Department der USA geleitet.

Die Regierung der BRD allerdings war mit der Anerkennung der Militärjunta noch vier Tage schneller.

(Quelle: Neue Berliner Illustrierte, Serie in 10 Teilen, Berlin 1974)



Ligeia Balladares

Neruda kämpft an der Seite seines Volkes

Ligeia Balladares war langjährige Mitarbeiterin von Pablo Neruda. Sie lebt z.Zt. in der Bundesrepublik.

Mit jedem Tag, der vergeht, zeigt sich immer deutlicher die lebendige Anwesenheit Pablo Nerudas im Kampf der Völker.

Wenn seine Schritte noch über die Erde gehen könnten, wäre der Dichter heute hier, unter den Tausenden Jugendlichen der Bundesrepublik, die wir gesehen haben, wie sie solidarisch eintraten gegen den Faschismus, der heute das chilenische Volk geißelt.

Und er wäre auch in Frankreich, im sozialistischen Europa und in Westeuropa, in Amerika, auf allen Kontinenten, in jedem Ort der Erde, wo sich eine Stimme erhebt, um die Werte der Menschheit zu verteidigen.

Es ist wahr, er steht heute nicht mehr in diesem Kampf - in diesem Jahr 1974, in dem er 70 Jahre alt geworden wäre.

Aber dafür ist seine Dichtung lebendig und kämpferisch. Seine Dichtung entstand aus dem Blut und dem Bewußtsein, aus den Herzen der Völker. Nicht nur seines Volkes sondern aller Völker, die kämpften und noch immer kämpfen für ihre Befreiung, für ihr Recht auf Glück, auf Kultur und Gerechtigkeit.

Neruda umfaßte alles, und diese Universalität ist zugleich die Zurückweisung aller rückschrittlichen Kräfte.

Der Dichter war aus tiefstem Herzen Antimperialist und Antifaschist. Er war ein Revolutionär, und alle seine Schriften - auch die, die nicht einmal dem Anschein nach "politische Poesie" genannt werden können - drücken diese Grundhaltung aus.

Sein Buch "Spanien im Herzen", 1936 geschrieben, stellte nicht nur einen Höhepunkt der Poesie in der Weltliteratur dar, sondern reihete eine unbezwingbare Kämpferin in die Reihen der Revolutionäre ein, feurig und nachdenklich, verwegen und ernst zugleich.

Diese Kämpferin ist seine Poesie, und sie marschiert heute an unserer Seite. Sie klagt täglich die Namen und die Verbrechen des Faschismus an, sie kämpft mit denen, die heute in Chile den heldenhaften Widerstand organisieren, und sie marschiert mit den Jugendlichen und Erwachsenen in der ganzen Welt, die Solidarität üben mit den chilenischen Patrioten.

Von 1936 an, als Neruda "Generale - Verräter - seht mein totes Haus - seht das zerstörte Spanien" schrieb, bis zu seinem letzten Ge-



dichtband, den er 1973 in Isla Negra verfaßte, ist seine Stimme die Stimme eines leuchtenden und wachsamem Kämpfers gegen die Feinde des Volkes.

Im Vorwort dieses Buches "Anstiftung zur Ermordung Nixons und Lob der chilenischen Revolution" klagt Neruda die abscheulichen und sinnlosen Verbrechen des Imperialismus in Vietnam an. Gleichzeitig führt er Anklage gegen das Verbrechen, das im Dunkeln vorbereitet wurde gegen das chilenische Volk, das den Weg zu seinem Glück beschritten hatte. Die letzten Worte des genannten Vorworts sind folgende:

"Es ist unabänderlich: Gegen die Feinde meines Volkes ist mein Lied offensiv und hart wie araukanischer Stein."

"Das kann eine kurzlebige Funktion sein. Aber ich erfülle sie. Und ich benutze die ältesten Waffen der Poesie: den Gesang und das Pamphlet, die auch von Klassikern und Romantikern benutzt wurden mit dem Ziel, den Feind zu schlagen."

"Und jetzt, Achtung! Ich beginne zu schießen!" Hier ist sie und feuert ihre Salven in das Bewußtsein der Menschheit ab - die Dichtung unseres größten Dichters, die Stimme unseres geliebten Genossen.

Kurzinformation

Chile-Solidarität

Am 6. und 7. Juli d.J. fand in Paris die gesamteuropäische Solidaritätskonferenz mit dem chilenischen Volk statt.

700 Vertreter von 108 kommunistischen, sozialistischen, sozialdemokratischen und liberalen Parteien, Gewerkschaften, Jugendverbänden und anderen demokratischen Vereinigungen aus 28 Ländern nahmen an der Konferenz teil.

Als Vertreter des chilenischen Widerstandes waren Carlos Altamirano, Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Beatrix Allende, Tochter des ermordeten chilenischen Präsidenten, Gladys Marin, Generalsekretärin des Kommunistischen Jugendverbandes, Bosco Parra, Generalsekretär der christlichen Linken, Arcalaus Coronel, Generalsekretär der Radikalen Partei, Eduardo Aqueredo, stellvertretender Generalsekretär der MAPU, Eduardo Rojas, stellvertre-

tender Präsident der CUT, Edgardo Enriquez, einer der Führer des MIR u.a. anwesend.

In seiner Rede dankte Carlos Altamirano der Solidaritätsbewegung in aller Welt für ihre Unterstützung. Die Weltöffentlichkeit müsse versuchen zu verhindern, daß die Junta militärische Hilfe erhält: "Jedes Flugzeug, jede Kanone, jedes Gewehr wird gegen das chilenische Volk eingesetzt." Altamirano schilderte, wie sich die Einheit aller chilenischen Patrioten weit über die Organisationen der Unidad Popular hinaus im Kampf gegen die faschistische Diktatur entwickelt.

Die Konferenz beschloß, Beobachter und Juristen nach Chile zu senden. Eine weitere Delegation wurde beauftragt, das Anliegen der Konferenz bei der UNO zu erläutern. Einstimmig verabschiedete die Konferenz einen Appell an die Weltöffentlichkeit, der allen Regierungen und allen internationalen Organisationen zugeleitet wird.

Der Appell hat folgenden Wortlaut:

Der verfassungsmäßige Präsident der Republik Chile, Salvador Allende, ist am 11. September 1973 bei dem Staatsstreich, der zur Errichtung eines faschistischen Militärregimes führte, heldenhaft bei der Verteidigung der verfassungsmäßigen Einrichtungen und der Regierung, die das chilenische Volk sich frei gegeben hatte, gefallen.

Wie er starben als Opfer der inneren Reaktion und des Imperialismus Tausende von Werktätigen, Demokraten und loyale Militärangehörige, die für ihr Land und für ihr Volk Gerechtigkeit, Demokratie, Freiheit und nationale Unabhängigkeit gewünscht hatten.

Seitdem sind die Werktätigen, die Demokraten, das ganze chilenische Volk, einschließlich vieler von denen, die sich gegen die Regierung der Unidad Popular gewandt hatten, der Willkür, dem Terror und dem Elend unterworfen.

Seitdem sind willkürliche Verhaftungen, Forderungen, Gerichtsverfahren, summarische Hinrichtungen zum System erhoben worden. Seit fast einem Jahr werden die Prinzipien und Garantien der allgemeinen Erklärung der Men-

schenechte mit Füßen getreten, und dies unter dem Vorwand eines juristischen Monstrums, eines „inneren Kriegszustandes“.

Das chilenische Volk kämpft heldenhaft, um seine elementaren bürgerlichen, demokratischen und gewerkschaftlichen Freiheiten wiederzugewinnen.

Um endlich mit dieser unbarmherzigen Unterdrückung Schluß zu machen, um die in Gefängnissen und Lagern durch Folterungen und fabrizierte Prozesse bedrohten Menschenleben zu retten, damit endlich das Verbrechen aufhört, fordern wir, die wir aus ganz Europa in Paris am 6. und 7. Juli 1974 zusammentraten, feierlich:

- Einstellung des „inneren Kriegszustandes“ in Chile;
- Einstellung der willkürlichen Verhaftungen, der Folterungen, der Terrorurteile;
- Freilassung der Führer der Unidad Popular, die durch fabrizierte Prozesse bedroht sind und deren Leben in Gefahr ist, vor allem von Luis Corvalán, Clodomiro Almeyda, Carlos Morales,

Fernando Flores, Pedro Felipe Ramirez und allen anderen Führern der Unidad Popular, wie der verfassungstreuen Armeeangehörigen, Aufklärung über das Schicksal der verschwundenen Führer wie Gustavo Rous und van Schouwen; Freilassung aller Kämpfer des Volkswiderstandes und aller politischen Gefangenen der Gefängnisse, der Internierungslager und der Deportationsinseln; Die Achtung des Asylrechtes und freies Geleit für alle Flüchtlinge in den Botschaften;

- Wiederherstellung der elementaren bürgerlichen, demokratischen und gewerkschaftlichen Freiheiten und der Menschenwürde und der Menschenrechte.

Wir appellieren an die gesamte Weltöffentlichkeit, an alle Männer und Frauen, die für Gerechtigkeit und Freiheit eintreten, mit allen Mitteln für die Durchsetzung dieser Forderungen zu handeln, was auch immer ihre politische Meinung, ihre philosophische Überzeugung oder ihr religiöser Glaube sein möge. Genug der Trauer, des Blutes und der Tränen in Chile. Gerechtigkeit und Freiheit für das chilenische Volk!



Irak

Die eifrigsten Befürworter des US-Völkermords in Vietnam und der faschistischen Konterrevolution in Chile haben plötzlich, so könnte man meinen, ihr Herz für die nationale Befreiungsbewegung entdeckt:

- für "das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes" (RCDS-Flugblatt, Mai 1974),
- für "einen erbarmungslosen Guerillakrieg der Kurden" (Quick, 9.5.1974), oder gar für
- "die kurdische Revolution" (Die Welt, 18.6.1974).

Und ihre Bewunderung gilt dem 75jährigen Kurdenführer Barazani, dem Großgrundbesitzer, Religionsgelehrten (Mulla), General und Stammesführer.

Für die Illustrierte 'Quick' ist Barazani

"der letzte große Rebell" und beileibe nicht nur "eine Gestalt, die aus Karl Mays Roman 'Durchs wilde Kurdistan' direkt in die Gegenwart verschlagen wurde", sondern darüber hinaus "ein Mann, der Weltpolitik macht". 'Quick' erhofft sich von ihm und den kurdischen "Freischärlern" die Rückeroberung der "verstaatlichten irakischen Ölquellen" für "den Westen" und damit den "Bankrott des sozialistischen, moskauhörigen Irak".

In einem Exklusiv-Interview mit Barazani läßt sich 'Quick' das so bestätigen:

"BARSANI: Die westlichen Interessen sind durch die arabische Ölpolitik im Irak verletzt worden. Es ist höchste Zeit, daß das geändert wird. Ich glaube, die westlichen Interessen sind auf unserer Seite, nicht auf der anderen".

Für 'Quick' kommt das allerdings nicht überraschend. Denn:

"Die blauäugigen Kurden stammen von den Indogermanen ab".
Und: "Eines ist sicher: Deutsche Abwehrraketen ... sind bereits im Einsatz". Barazani "Freunde" von der 'Quick' jubiliert: "Wo die Kurden rebellieren, machen sie Moskau nervös". (zit. nach Quick, 9.5.1974)

In einer Balkenüberschrift verkündete 'Die Welt' am 18.6.1974:

"Die Kurden - ein stabiler Partner Israels und Persiens".

In den Augen der Springer-Presse

"sind die Kurden in dem riesigen und politisch wie militärisch vielschichtigen Raum zwischen Israel und dem Iran auch der einzige stabile prowestliche Faktor".
Folgerichtig wird Barazani zur "Trumpfkarte des CENTO-Paktes" im Kampf gegen "die sich ständig vertiefende Zusammenarbeit zwischen der aus der linkssozialistischen Baath-Partei und den Kommunisten bestehenden Volksfrontregierung in Bagdad und der Sowjetunion". (Die Welt, 18.6.)

In diese Phalanx der äußersten Reaktion reißen sich - wie in Sachen Entspannungspolitik, Abrüstung oder Chile - auch die maoistischen Kräfte ein:

Der letzte große Rebell

Q
QUICK

In den wilden Bergen von Kurdistan kämpft General Barsani um die Freiheit seines Volkes - und um viel Öl.



Sie ergreifen Partei für die "kurdischen Freiheitskämpfer" bei deren "blutigen" Verfolgungen gegen "die Mitglieder der revisionistischen KP" wie gegen die "Baath-Faschisten" (Befreiung, Nr. 3/1974, S. 28/29) bzw. gegen "die sowjetischen Sozialimperialisten und das faschistische Regime in Bagdad" (Internationale Solidarität, Nr. 5/1974, S.11).

Der sozialdemokratische 'Vorwärts' schließlich tut sich mit der kritiklosen Wiedergabe einer Dokumentation Barazanis hervor, die dieser an UNO-Generalsekretär Waldheim sandte. In der Überschrift eines 'Vorwärts'-Artikels vom 20. Juni d.J. finden wir:

"Kurden: Vernichtungsfeldzug mit modernsten sowjetischen Kampfflugzeugen, Napalm und Giftgas".

Die SPD wäre gut beraten, den im folgenden zitierten Situationsbericht des linken britischen Sozialdemokraten P. Duff vom Mai 1974 zur Kenntnis zu nehmen:

"Inzwischen hat sich das Verhältnis eines Teils der Kurden, vor allem der von General Barazani geführten Demokratischen Partei Kurdistans (DPK), zu der Regierung verschlechtert. Barazani beschuldigte die Regierung, Teile der Bevölkerung zur 'Arabisierung' der von Kurden bewohnten Gebiete umgesiedelt zu haben; auch habe sie versucht, ihn ermorden zu lassen u.a.

Die Regierung behauptet ihrerseits, viel für den kurdischen Norden getan zu haben: Schulen gebaut, eine Universität in Sulaimaniyah errichtet, die Wasser- und Elektrizitätsversorgung verbessert und die lokale Industrie entwickelt zu haben.

Die DPK forderte mehr Zeit, um die Vorschläge sorgfältig zu überprüfen. Doch bevor die ver-

einbarten 15 Tage vorbeigingen, waren Barazani und seine Anhänger in die Berge gegangen, um den Guerilla-Krieg zu eröffnen. Der grundlegende Unterschied zwischen dem, was Bagdad anbietet, und dem, was Barazani fordert: Die Regierung bietet Autonomie innerhalb der Irakischen Republik, während Barazani völlige Unabhängigkeit für einen kurdischen Staat fordert, der mit der Republik verbündet ist.

Es ist wichtig, hier festzustellen, daß nicht alle Kurden Barazani zustimmen.

Die Baath-Partei hat kurdische Mitglieder und die Kommunistische Partei hat eine beträchtliche Zahl von Anhängern in den kurdischen Gebieten. (...)

Während die Kurden in der Kommunistischen Partei dafür sind, der Regierung weitere Konzessionen abzurufen, lehnen sie - gemeinsam mit den Kurden in der Baath-Partei - die von Barazani eröffneten Feindseligkeiten ab.

Wo könnte Barazani Hilfe für seinen Mini-Krieg erhalten?

Die Antwort auf diese Frage läßt an der Klugheit des Generals zweifeln (er hat gesagt, daß er sich mit dem Teufel verbünden würde, um seine Forderungen durchzusetzen); denn seine wichtigsten Freunde sind der Iran, die USA, Israel und die 1972 enteigneten Öl-Konzerne.

Es besteht kein Zweifel daran, daß der Iran der DPK einige militärische Hilfe gibt. Barazani verfügt über eine bewegliche Radio-Station, die einen stärkeren Sender hat als die in Bagdad und die über die Grenzen hin- und herbefördert werden kann. Seit der Kampf wiederaufgenommen wurde, hat es östlich von Bagdad Zusammenstöße zwischen der irakischen und der iranischen Armee gegeben, die den Eindruck erweckten, als werde eine zweite Front eröffnet. Die Öl-Gesellschaften kommen ins Bild, weil eine der wichtigsten Fragen, die

die DPK und die irakische Regierung trennen, die Ölfelder in der Gegend von Kirkuk sind. Die Kurden behaupten, daß sie die Mehrheit der Bevölkerung in diesem Gebiet stellen. Sie weigern sich, die Ergebnisse der Volkszählung von 1957 anzuerkennen und haben vom Angebot der Regierung, eine neue Volkszählung durchzuführen, keine Notiz genommen. Sie wollen wenigstens einen Teil, wenn nicht die ganze Summe des Öl-Gewinns. Die Regierung betrachtet das Erdöl als einen nationalen Besitz, der der ganzen Bevölkerung zugute kommen soll. (...)

Was die Rolle der USA betrifft, so haben sie ebenso wie Israel, im Augenblick ganz offensichtlich ein Interesse daran, die arabische Einheit zu zerstören und den Irak in Schwierigkeiten zu bringen.

Es ist darum bezeichnend, daß Baba Ali, einer der Söhne Barazanis, auf der Suche nach Waffen und Beistand westwärts nach Beirut ging, um dort den US-Botschafter McMurtrie Godley zu treffen. Godley hat große Erfahrungen auf diesem Gebiet. Als Botschafter in Laos hat er viele Jahre lang den "geheimen Krieg" organisiert und die sehr schweren Bombardierungen der "Ebene der Tonkrüge" sowie der befreiten Gebiete veranlaßt. Er war auch verantwortlich für die Finanzierung und Organisation der Meos (eines laotischen Bergvolkes, d.Red.), die den Großteil der Königlichen Lao-Armee stellten.

Ohne Zweifel wäre Godley nur zu glücklich, mit den Kurden zusammenzugehen...

Können die legitimen Forderungen im Zusammengehen mit so zweifelhaften Freunden gefördert werden?"

(in: Londoner "Tribüne", herausgegeben vom linken Flügel der Labour Party, 17.5. 1974)

Iran/Arabischer Golf

In einer Botschaft an das iranische Volk verurteilte das Exekutivkomitee des ZK der iranischen TUDEH-Partei ("Partei der iranischen Arbeiterklasse") den aggressiven Krieg des Schah-Regimes gegen das Volk von Oman und die Kämpfer der Befreiungsfront PFLOAG in der Provinz Dhofar.

Dieser Krieg verfolge das Ziel, "den Thron eines mittelalterlichen und reaktionären Herrschers, des Sultan Quabus, zu schützen, die kolonialistische Herrschaft im Süden der arabischen Halbinsel aufrechtzuerhalten und die Voraussetzungen zur Beseitigung der fortschrittlichen arabischen Befreiungsbewegung in diesem Gebiet zu schaffen".

In der Erklärung der TUDEH-Partei heißt es weiter: "... Der Schah unternahm diesen Krieg zur Unterstützung der englischen Kolonialisten und entsprechend der Nixondoktrin, 'welche die Sache der Verteidigung der kolonialistischen Ausraubung den regionalen Gendarmen übergeben möchte'. ... Entgegen den lügnerischen Behauptungen des Schahs gefährdet nicht diese Bevölkerung die Sicherheit des Persischen Golfes; ... Die Truppenentsendung nach Oman, welche entsprechend der imperialistischen Inspiration

und aufgrund der Quabus-Bitte erfolgte, beruht darauf, daß dieser Herrscher im eigenen Land keine Stütze hat und gezwungen ist, durch die Bajonette einer despotischen Soldateska den eigenen schmutzigen und wackligen Thron zu bewahren.

Der Quabusvorschlag zur Entsendung der Truppen nach Oman ist von einigen arabischen Ländern mit Abscheu und Verachtung abgelehnt worden, vom Schah jedoch wurde er mit Freude und Zufriedenheit angenommen. Der Appetit des Sultan Quabus, der ständig zerschmetternde Schläge der Dhofar-Kämpfer hinnehmen muß, konnte auch durch die Entsendung einer 4.000 Mann starken Truppe mit außergewöhnlichen Ausrüstungen - allein im letzten Jahr - nicht gestillt werden. Unlängst kam dieser reaktionäre Sultan nach Teheran und konnte vom Schah noch ausgedehntere militärische Unterstützung erhalten. Dieser Punkt wurde in dem letzten gemeinsamen Kommuniqué entlarvt. ... Die Auswirkungen dieses schmutzigen Krieges und anderer reaktionärer Handlungen des Regimes sind verschärfte Repression und Unterdrückung im Inneren. Bezeichnend ist, daß der Schah in

seinem letzten Interview mit der englischen Zeitung "Sunday Times" in aller Offenheit sagte: 'Wir sind zur Zeit strenger geworden'."

Die Botschaft der TUDEH-Partei schließt mit dem Appell: "Wenn alle fortschrittlichen Kräfte unseres Landes, alle die Gerechtigkeit und Wahrheit lieben, alle die an der Seite des Befreiungskampfes der Völker stehen, alle die für Frieden und Sicherheit in der Region eintreten, mit Tapferkeit und Initiative gegen den Aggressionskrieg des Regimes kämpfen, kann diesem Mörderregime Einhalt und den Dhofar-Patrioten wirksame Unterstützung zuteil werden. Jeder Schlag gegen den schmutzigen Krieg ist ein Schlag gegen das despotische Regime! Es ist notwendig, daß in dieser Richtung schnelle und wirksame Maßnahmen getroffen werden!

Wir werden in Zukunft mit allen Kräften in dieser Richtung kämpfen. Der Solidarität und Unterstützung der iranischen Bevölkerung sind wir in unserem Bestreben sicher."

Südvietnam

Als 'Antwort' auf den 6 Punkte-Friedensvorschlag der Provisorischen Revolutionären Regierung (PRR) der Republik Südvietnam (RSV) vom 11.März 1974 eskalierte das Saigoner Regime in den letzten Monaten seine militärischen Überfälle auf befreites Territorium:

So meldete die Agentur "Befreiung" Mitte Juni, daß die Thieu-Armee von April bis einschließlich Juni d.J. in 24.000 Fällen die Vereinbarung über die Feuereinstellung brach, d.h., Hunderttausende von Granaten und Tausende Bomben explodierten in den von der RSV kontrollierten, dichtbesiedelten Gebieten.

Einer Mitteilung der Nachrichtenagentur ADN vom 3.6.1974 zufolge, setzte Thieus Luftwaffe bei Bombenangriffen in der Provinz Thu Dan erstmals wieder chemische Kampfstoffe ein.

Bevorzugte Ziele der alleine vom 11.-25.Mai registrierten 6.100 bewaffneten Überfälle der Söldnerarmee auf Gebiete der RSV waren: Schulen, Krankenhäuser, Wohnsiedlungen und bestellte Felder (ADN, 1.6.1974).

Es ist nur zu offensichtlich, daß das von ökonomischen und politischen Krisen zerrüttete Thieu-Regime diese Obstruktionspolitik ohne die gewaltige Militär- und Wirtschaftshilfe der USA nicht fortsetzen könnte. Die Unterstützung Washingtons stieg von 2 Mrd Dollar im Jahre 1972 auf 2,3 Mrd Dollar 1973. Wie kriegsorientiert diese US-Hilfe ist, zeigt die Tatsache, daß rund 85% der Gesamtsumme auf Rüstungsgüter und Finanzspritzen für den Saigoner Militär- bzw. Polizeiapparat entfallen. Dies unterstreichen ferner die Anfang Juni bekanntgewordenen US-Lieferungen von ca. 140 Jagdbombern des Typs F-5e an Saigon. Während

die von Nixon beantragte Erhöhung der Militärhilfe von 1,6 auf 1,8 Mrd Dollar (offiziell: 0,9 Mrd Dollar) am 11. Juni d.J. vom Senat der USA gebilligt wurde, verwarf dieser auf der gleichen Sitzung jede Aufbauhilfe für die von den USA angerichteten Zerstörungen in der Demokratischen Republik Vietnam (DRV). Und dies, obgleich sich Washington - gemäß dem Pariser Vietnamabkommen (Artikel 21) - zu 2,5 Mrd Dollar Aufbauhilfe für Nordvietnam verpflichtet hatte (vgl. Süddeutsche Zeitung, 17.2.1973).

Die Regierung der RSV forderte indessen wiederholt Washington und Saigon zur Wiederaufnahme der im April/Mai d.J. abgebrochenen Konsultationen auf. Die Gegenseite ignoriert dieses Entgegenkommen der RSV bis heute, ebenso wie sie eine positive Antwort zum 6 Punkte-Vorschlag der RSV (vgl. AIB, Nr.5/1974, S. 26-29) schuldig blieb.

Luis Cilia: Meu Pais

Diese Langspielplatte sei allen empfohlen, die portugiesische Musik bisher mit der für den Export produzierten Fado-Folklore gleichsetzten.

Luis Cilia, der eigene und fremde Texte vertont hat und sich auf der Gitarre begleitet, dokumentiert durch Lieder und Musik die Unterdrückung und die Leiden seines Volkes unter der faschistischen Herrschaft. Er beschuldigt dieses Regime der Grausamkeit, des Zynismus und des Verbrechens, prangert die Barbarei des Kolonialterrors und des Rassismus an.

Aber er erklärt auch, daß nicht die Soldaten den Krieg machen, nennt beim Namen, was sie in Angola, Guinea-Bissau und Moçambique "verteidigen" sollen, deckt auf, wofür der Staat Geld vergeudet, verhöhnt die Demagogie Salazars und Caetanos.

Luis Cilia's Lieder sind jedoch nicht resignativ oder verbittert.

Sie geben Zuversicht und Hoffnung, erzählen vom Widerstand der Arbeiter, Bauern und Fischer, vom Heldentum der illegalen Kämpfer und von dem Tag, wo die Kraft der "Millionen Brüder" die Gefängnisse aufbrechen, den Faschismus vernichten wird.

Die Schallplatte Meu Pais von Luis Cilia ist in der Reihe "Le Chant Du Monde" erschienen.

Zu beziehen über: Weltkreis-Verlags GmbH
46 Dortmund
Brüderweg 16